Nr. 220. 15. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustrirter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1898 unter Nr. 7576. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen, sowie Arbeitsmarkt 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.
Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. | Dienstag, den 20. September 1898. | Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3.

Die kulturelle Bedeutung der Gewerkschaften.

Gegenwärtig, wo die Gewerkschafts-Organisationen wieder den heftigsten Angriffen ausgesetzt sind, dürfte eine volkswirthschaftliche Studie des Dr. M. Tugan-Baranowsky, Privatdozent der Nationalökonomie an der Petersburger Universität, größeres Interesse verdienen. Der Verfasser kommt in einer Untersuchung über die sozialen Wirkungen der Handelskrisen in England, veröffentlicht im „Archiv für soziale Gesetzgebung und Statistik", zu dem Schluß, daß die Handelskrisen in England, trotzdem sie in der letzten Hälfte unseres Jahrhunderts stärker und andauernder aufgetreten sind, nicht so verheerende soziale Wirkungen gezeitigt haben, als es in der voraufgegangenen Periode geschah. Die Erklärung für diese Erscheinung findet der Verfasser in der Erstarkung der Trades-Unions, die in Zeiten der Arbeitslosigkeit durch Unterstützung die Arbeiter vor einem Hinabsinken in das Vagabundenthum und die Verbrecherwelt bewahren und die Lebenshaltung der Arbeiterklasse selbst fortdauernd gehoben haben.

In zwei lehrreichen Tabellen wird der Nachweis für die Richtigkeit dieser Auffassung geführt. Die eine Tabelle umfaßt die Zeit von 1823—1850, die andere den Zeitraum von 1871—1896. Wir finden hier das Auf und Ab der Ziffern für die Eheschließungen, die Sterblichkeit, die Zahl der vor das Schwurgericht Gestellten und die Kosten der Armenpflege, aus den vorwiegend industriellen Grafschaften Lancaster und Chester in Vergleich gestellt zu den Zahlen, die aus der Berechnung für die überwiegend landwirthschaftlichen Grafschaften Cambridge, Essex, Norfolk, Oxford, Lincoln, Suffolk und Wilts gewonnen sind; die letzte Rubrik giebt die Höhe des Exports an und dürfte damit die Andeutung enthalten, in welchen Jahren Handelskrisen und in welchen eine günstige Konjunktur sich bemerkbar machte. Die erste Tabelle veranschaulicht diese Verhältnisse in dem zweiten Viertel unseres Jahrhunderts:

Jahre	Landwirthschaftliche Grafschaften: Die Zahl der Verehelichten auf 10 000 der Bevölkerung	Die Zahl der Todesfälle auf 10 000 der Bevölkerung	Die Zahl der vor das Schwurgericht Gestellten auf 100 000 der Bevölkerung	Die Kosten der staatlichen Armenunterstützung pr. Kopf der Bevölkerung (in Pf. St.)	Industrielle Grafschaften: Die Zahl der Verehelichten auf 10 000 der Bevölkerung	Die Zahl der Todesfälle auf 10 000 der Bevölkerung	Die Zahl der vor das Schwurgericht Gestellten auf 100 000 der Bevölkerung	Die Kosten der staatlichen Armenunterstützung pr. Kopf der Bevölkerung (in Pf. St.)	Der Werth des Exports der Produkte d. Vereinigten Königreichs (in Pfund Sterling)
1823	153	—	103	0,735	195	—	135	0,209	35,5
1824	149	—	110	0,735	192	—	159	0,210	38,4
1825	151	—	107	0,734	201	—	167	0,222	38,9
1826	149	—	113	0,752	174	—	187	0,307	31,5
1827	149	—	132	0,722	175	—	194	0,256	37,2
1828	154	—	108	0,746	193	—	159	0,230	36,8
1829	140	—	139	0,802	173	—	173	0,253	35,8
1830	146	—	125	0,785	177	—	157	0,243	38,3
1831	153	—	153	0,804	174	—	171	0,243	37,2
1832	154	—	146	0,764	184	—	187	0,218	36,5
1833	154	—	141	0,707	186	—	166	0,198	40,0
1834	152	—	156	0,634	189	—	194	0,170	41,6
1835	136	—	151	0,532	187	—	174	0,148	47,4
1836	133	—	164	0,418	192	—	152	0,135	53,4
1837	128	—	170	0,401	161	—	180	0,152	42,1
1838	—	203	155	0,442	—	261	167	0,149	50,1
1839	141	188	158	0,439	177	288	186	0,159	53,2
1840	143	210	165	0,439	171	300	224	0,168	51,4
1841	145	207	159	0,438	171	258	239	0,181	51,6
1842	141	202	183	0,442	157	257	265	0,216	47,4
1843	139	197	180	0,431	179	254	218	0,193	52,3
1844	142	205	174	0,448	193	243	168	0,172	58,6
1845	149	201	141	0,443	211	246	159	0,171	60,1
1846	148	208	151	0,467	200	308	169	0,187	57,8
1847	142	213	162	0,508	169	342	187	0,200	58,8
1848	140	212	159	0,454	177	271	205	0,249	52,9
1849	142	216	157	0,425	189	294	173	0,203	63,6
1850	141	201	152	—	206	241	173	—	71,4
	145	206	147	0,579	183	274	182	0,205	47,1

Durchschnittszahlen

Die Lage der landwirthschaftlichen Bevölkerung zeigt hiernach in dem zweiten Viertel unseres Jahrhunderts nur ziemlich unbedeutende Schwankungen mit Ausnahme jener in der Kriminalität, welche verhältnißmäßig bedeutend waren und vornehmlich durch den Ausfall der Ernte hervorgerufen wurden. Die Handelskrisen, welche nicht von Mißernten begleitet waren, sind von keinem irgendwie merklichen Einfluß auf die Lage der landwirthschaftlichen Arbeiter Englands gewesen. So blieb trotz der Krise des Jahres 1825 in den landwirthschaftlichen Grafschaften die Zahl der Eheschließungen beinahe unvermindert und der Pauperismus nahezu stationär. Dasselbe gilt von der Krise des Jahres 1836. Im Jahre 1847 hat sich wiederum die Lage der landwirthschaftlichen Bevölkerung verschlimmert infolge der Mißernte des voraufgegangenen Jahres. Dagegen hat die berühmte „Reform" der Armengesetzgebung im Jahre 1834 vermittels Arbeitshaus und Zwangsarbeit trotz der guten Ernten zu Anfang der 30er Jahre eine Verminderung der Zahl der Eheschließungen sowie eine Steigerung der Zahl der Verbrechen bewirkt.

Die Tabelle für den industriellen Bezirk zeigt weit größere Schwankungen und spiegelt den stärkeren Einfluß der Handelskrisen auf die Lage der Industriearbeiter wieder. In den Jahren 1823 bis 1825, wo der Handel blühte, steigt die Zahl der Eheschließungen und erreicht 1825 das Maximum für das Jahrzehnt. Dieselbe Erscheinung wiederholt sich in der Periode von 1833 bis 1836 und von 1843 bis 1845. In der Zwischenzeit fällt die Zahl je nach der Stärke der Handelskrise.

Der Pauperismus wächst in den Jahren 1826, 1842 und 1847, das ist in jenen Jahren, in welchen die englische Industrie die größten Stockungen erlebte, außerordentlich an. Die Sterblichkeit steht in einem umgekehrten Verhältniß zu den Eheschließungen. 1843 bis 1845 sinkt sie stark; im Jahre 1846 erfolgt ein Steigen, und das Maximum wird im Jahre 1847 erreicht. Im Jahre 1849 wüthet in England die Cholera; trotzdem war in diesem Jahre die Sterblichkeit in der Industriebevölkerung viel niedriger als im Jahre 1847; das will sagen, daß für die Industriebevölkerung eine Handelskrise verderblicher war als eine Epidemie. Die Kriminalität weist ebenfalls auf einen engen Zusammenhang mit der ökonomischen Lage der Bevölkerung hin. Die Geschäftsstockung im Anfang der 40er Jahre ruft ein besonders starkes Wachsthum der Kriminalität hervor.

Ein anderes Bild bieten die fünfundzwanzig Jahre von 1871—1896. Diese Zeiträume zeichnen sich in England durch ein Zurückgehen der Waarenpreise aus, die Konkurrenz anderer Länder, insbesondere Deutschlands, bewirkte eine Verlangsamung in der Entfaltung der Produktion und die englische Industrie hatte fortgesetzt unter Geschäftsstockungen zu leiden.

Dagegen haben die Fabrikgesetzgebung und die mächtige Entwickelung der Arbeiter-Organisationen die Lage der Arbeiter gehoben und insbesondere die Löhne der Industrie-Arbeiter erhöht. Und hierdurch ist, wie die folgende Tabelle zeigt, der Einfluß der periodischen industriellen Schwankungen auf das englische Volksleben wesentlich modifizirt worden:

Jahre	Landwirthschaftliche Grafschaften: Die Zahl der Verehelichten auf 10 000 der Bevölkerung	Die Zahl der Todesfälle auf 10 000 der Bevölkerung	Die Zahl der vor das Schwurgericht Gestellten auf 100 000 der Bevölkerung	Die Zahl der Paupers am 1. Juli jedes Jahres auf 10 000 der Bevölkerung	Industrielle Grafschaften: Die Zahl der Verehelichten auf 10 000 der Bevölkerung	Die Zahl der Todesfälle auf 10 000 der Bevölkerung	Die Zahl der vor das Schwurgericht Gestellten auf 100 000 der Bevölkerung	Die Zahl der Paupers am 1. Juli jedes Jahres auf 10 000 der Bevölkerung	Der Werth des Exports der Produkte d. Vereinigten Königreichs (in Pfund Sterling)
1871	138	199	58	616	189	267	87	269	223
1872	143	184	47	553	199	245	86	225	256
1873	144	183	48	513	194	244	85	208	255
1874	140	187	46	489	188	269	91	194	240
1875	135	204	45	458	188	257	84	178	223
1876	139	179	44	419	185	248	98	170	201
1877	131	181	44	402	176	233	97	173	199
1878	132	192	50	391	166	249	93	190	193
1879	129	190	45	388	152	234	97	234	192
1880	129	190	42	393	160	232	84	215	223
1881	133	173	39	389	153	211	80	206	234
1882	132	177	45	380	168	225	88	190	241
1883	134	179	39	366	164	222	79	199	240
1884	136	183	44	356	160	226	72	194	233
1885	128	180	37	350	154	214	67	196	213
1886	131	184	43	353	151	221	65	204	213
1887	127	172	42	348	152	224	58	201	222
1888	125	168	42	351	154	207	62	196	235
1889	129	159	36	346	157	217	55	190	249
1890	131	175	35	344	163	228	55	179	264
1891	135	177	30	—	164	232	49	—	247
1892	139	179	33	—	161	210	49	—	227
1893	131	169	32	—	151	220	43	—	218
1894	133	154	32	—	158	183	43	—	216
1895	132	169	34	—	156	218	38	—	226
1896	137	152	—	—	165	194	—	—	240
	133	179	41	410	167	228	72	201	228

Durchschnittszahlen

Die Schwankungen in den Ziffern der Eheschließungen und der Pauperismus sind in dieser Tabelle weit geringer, wenn auch ihre Abhängigkeit von der Lage der Industrie noch zu verspüren ist. Diese Abhängigkeit verschwindet aber fast vollkommen bei der Kriminalität und der Sterblichkeit, die unter geringen Schwankungen fortgesetzt herabgehen.

Welches ist nun der Grund für die Abnahme der Wirkungen der industriellen Ebbe und Fluth auf die Lage des Arbeitsmarktes? Hauptsächlich die Thätigkeit der Arbeitervereinigungen. In der zweiten Tabelle sind die Daten angeführt über die Veränderung der Zahl der Paupers während der in betracht kommenden Zeit. Es ist hier ersichtlich, daß in den letzten 20 Jahren der industrielle Niedergang eine nur ganz unbedeutende Wirkung auf die Zahl der Personen hatte, welche als Paupers vom Staat unterstützt wurden. Kann aber daraus gefolgert werden, daß die Zahl der Arbeitslosen zur Zeit der Krisen nicht gestiegen war? Durchaus nicht.

Im Jahre 1879 erhielten beinahe 1/3 der Mitglieder der Unions der Ironfounders of England Arbeitslosen-Unterstützungen; in der Mitte der achtziger Jahre und in den Jahren 1893—94 waren mehr als 10 pCt. derselben arbeitslos. In den Epochen des industriellen Aufschwunges (anfangs der 70er wie auch anfangs und Ende der 80er Jahre) hingegen war der Prozentsatz der Arbeitslosen gering. In ähnlicher Weise schwankt der Prozentsatz der Arbeitslosen auch in den anderen Unions.

Dr. Baranowsky kommt deshalb zu folgendem Schluß: „Es wird klar, welche Bedeutung die Trade-Unions in bezug auf die Handelskrisen haben. Indem die Unions die Arbeitslosen unterstützen, paralisiren sie den Einfluß der Krisen auf die Arbeiter und bewahren diese vor dem Verhungern oder vor einer Wanderung ins Arbeitshaus. Die Verbesserung der Lebensverhältnisse der englischen Arbeiter, das Aufhören der verderblichen Wirkungen der Handelskrisen muß hauptsächlich auf das Konto der Entwicklung der Trade-Unions wie der sonstigen kooperativen Vereine der englischen Arbeiterklasse gesetzt werden.

Es ist sehr interessant, die beiden Tabellen zu vergleichen. Die erste giebt ein Bild von dem Leben der englischen Bevölkerung im zweiten Viertel dieses Jahrhunderts. Wir sehen schroffe periodische Veränderungen wichtiger Erscheinungen des Volkslebens, welche in offenbarem Zusammenhange mit den Veränderungen im Zustande der Industrie stehen. Besonders sprunghaft sind die Veränderungen im Leben der Industriebevölkerung. Jede Krisis übt eine devastirende Wirkung in den Reihen der Arbeiterklasse aus, die Arbeitshäuser werden mit Arbeitslosen überschwemmt, die Gefängnisse füllen sich ebenso, die Sterblichkeit steigt in einem enormen Maße, die arbeitslosen Volksmassen schließen sich gern einer politischen Bewegung an, und die Jahre der Krisen sind zugleich Jahre revolutionärer Bewegungen.

Zur selben Zeit entwickeln sich die Industrie und Handel des Landes rasch. Das enorme Anwachsen der Waarenausfuhr Englands steht in einem schroffen Kontraste mit der Verschlechterung der Lebensverhältnisse der arbeitenden Klasse.

Die zweite Tabelle bietet uns ein ganz anderes Bild. Der englische Export steigt nicht mehr. An stelle des energischen Steigens mit starker Senkung in den Jahren der Krisen sind regelmäßige wellenartige Schwankungen auf demselben Niveau getreten. Die industrielle Entwicklung des Landes schreitet in einem verlangsamten Tempo vorwärts.

Und zugleich sind im Volksleben alle Merkmale eines steigenden Wohlstandes zu beobachten. Die Sterblichkeit, die Kriminalität und der Pauperismus sinken rasch. Die Krisen üben nicht mehr den früheren Einfluß auf die Lage der Bevölkerung aus. Selbst in den Industriebezirken hat die Geschäftsstockung nicht mehr die frühere verderbliche Wirkung auf die Arbeiterklasse: die Sterblichkeit und die Kriminalität steigen nicht mehr und auch die Zahl der Paupers wächst kaum merklich. Die organisirte Arbeiterschaft unterstützt ihre Arbeitslosen selbst. Die Arbeitslöhne stehen in den Jahren des industriellen Niederganges nur ein wenig niedriger, als zur Zeit des Aufschwunges.

Aus allem geht mit Klarheit hervor, welche tiefe Aenderungen sich in den Lebensverhältnissen der englischen Bevölkerung der letzten 50 Jahre vollzogen haben. Die Handelskrisen haben ihren destruktiven Charakter wie ihre frühere revolutionäre Bedeutung verloren."

Man sollte meinen, daß diese Lehren der englischen Arbeiterbewegung nicht spurlos an den leitenden Kreisen Deutschlands vorübergehen könnten, daß diese erkennen sollten, wie unkulturell und gemeinschädlich sie handeln, wenn sie durch drakonische Gesetze die freie Entwicklung und Bethätigung der gewerkschaftlichen Organisationen zu behindern trachten.

Aber wenn die Herrschenden nichts lernen wollen, so werden die Beherrschten um so eifriger dazu bereit sein. Die deutschen Arbeiter werden auch aus der Erkenntniß der außerordentlichen Leistungen der englischen Gewerkschaftsbewegung einen Ansporn gewinnen, daß sie ihre eigenen Organisationen zu der gleichen Macht und dem gleichen Einfluß auf die soziale Lage der Arbeiter nicht nur, sondern auch auf die Gestaltung des gesammten öffentlichen Lebens emporführen. Von diesem Wollen, von dieser bedeutsamen Kulturarbeit wird sie alles Schreien und Toben der Reaktionäre nicht abzuhalten vermögen.

Dem Treiben jener Kreise, welche uns ein Zuchthausgesetz bescheeren und die Gewerkschaften zerstören wollen, setzen wir den Ruf entgegen: Auf, deutsche Arbeiter, strömt in Schaaren herbei und füllt die Kadres der gewerkschaftlichen Organisationen!

Unangenehme Wahrheiten.

(Schluß.)

Man hätte denken sollen, nach solchen allgemein als schmachvoll für die daran betheiligten Beamten charakterisirten Enthüllungen hätte das Spitzeltreiben aufhören sollen, zumal der Zweck, der auch heute wieder erreicht werden soll, schon damals für immer vereitelt war: nämlich die Sozialdemokratie für die von den Polizeispitzeln genährte und gepflegte anarchistische Propaganda und die daraus resultirenden Verbrechen verantwortlich und dadurch Stimmung für neue Unterdrückungsmaßregeln zu machen. Aber: Die Katze läßt das Mausen nicht. Der „Sozialdemokrat", dem alle diese Enthüllungen zu danken war, hatte deshalb die Ausweisung über sich ergehen lassen müssen, aber ein halbes Jahr später durchlief die Nachricht die Welt, ein deutscher Polizei-Inspektor, Wohlgemuth aus Mülhausen, sei beim Anwerben eines Lockspitzels ertappt, verhaftet und dann zehn Tage später ausgewiesen worden. Wie bei der Lockspitzel-Enthüllung der Schröder-Haupt erwies sich auch diesmal der Schweizer Bundesrath als feig und schwach: neben dem Wohlgemuth wurde auch der Genosse Lutz ausgewiesen, der, um die Beweise für die Lockspitzelei zu erbringen, scheinbar auf das Angebot eingegangen war. Herr Wohlgemuth und die deutsche Reptilpresse suchten nachher die Wohlgemuth-Affäre als harmlos hinzustellen; im Vergleich zu dem Schröder'schen Dynamit- und „Freiheits"-Skandal war sie gewiß geringfügiger, aber bedeutsamer und wichtiger als Beweis dafür, daß die Lockspitzelei that-

sächlich praktizirt werde. Wieder sind es amtliche, vor Gericht von Wohlgemuth selber bestätigte Briefe eines preußischen Beamten, die diesen Beweis erbringen. In einem Briefe vom 5. April 1889, schreibt der Herr Polizei-Inspektor an den Schneider Lutz:

Geehrter Herr Lutz!

„Im anliegenden Kouvert erhalten Sie die erbetenen 200 M., über deren Empfang sowie auch über die erhaltenen 80 M. Sie mir Bescheinigung ertheilen wollen. Sie bestanden bei unserer Besprechung auf eine feste Bezahlung von monatlich 200 Franken, welche Ihnen gewährt werden soll und wären Sie jetzt bis zum 1. d. M. bezahlt. Von den 40 Mark Ueberschuß wollen wir weiter nicht reden. Hoffentlich werden Sie bis jetzt befriedigt sein. Daß Sie je nach Ihren Leistungen neben den 200 Fr. ab und zu mit besonderen Gratifikationen bedacht werden sollen, ich nicht ausgeschlossen und soll meine Sorge sein. Jetzt sehe ich aber auch Ihren regelmäßigen ausführlichen Berichten entgegen, von welchen ich außer den besonderen schleunigen Mittheilungen jeden Montag einen solchen erwarte . . . Halten Sie mich beständig auf dem laufenden und **wühlen Sie nur lustig drauf los, nehmen Sie sich aber in Acht, daß meine Briefe in keine fremden Hände fallen.** Wegen ihrer demnächstigen mündlichen Mittheilungen schreiben Sie mir näheres. Entweder auf der nächsten Station Lutterbach oder Dornach oder auch abends auf meinem Bureau, Kreisdirektion, Zimmer Nr. 8, oder in meiner Wohnung abends, nicht am Tage, und legen Sie einen falschen Bart an, damit Sie hier nicht erkannt werden. Das beste wird sein, Sie kommen in meine Wohnung, dort sieht Sie niemand. . . ."

Man beachte einmal: „Von den 40 M. Ueberschuß wollen wir nicht weiter reden" — sonst pflegt der preußische Bureaukratismus um 40 Pf. ganz andere Kapriolen zu schlagen. Hier auf dem Gebiete der Spitzelei „spielt Geld keine Rolle." Die Geheimfonds sind ja dazu da, und aus dem Prozeß Tausch haben wir erfahren, daß sogar beim preußischen Kriegsministerium Quittungen über ausgegebene Gelder auch dann anstandslos der Rechnungsmappe einverleibt werden, wenn der Empfänger der Quittung sogar an deren Echtheit gelinde Zweifel hegt! Wieviel weniger hier! Weiß man doch, daß ein anderes Subjekt des Herrn Wohlgemuth jahrelang unter der Judasmaske eines Genossen zwölf Exemplare des „Sozialdemokrat" in Basel abholte und bei der Abonnementsbezahlung stets noch eine Summe für die Parteikasse extra entrichtete, die unter dem Stichwort „Die lustigen Brüder im Elsaß" quittirt werden mußten.

Ferner: Bei seiner späteren Vernehmung in Berlin hat dann freilich Wohlgemuth auf seinen Diensteid erklärt, er habe Lutz jede provokatorische Thätigkeit untersagt. Das „Wühlen Sie nur lustig drauf los" ist freilich zu dieser Diensteid-Betheuerung eine etwas eigenthümliche Illustration, die erst recht zur Bedeutung gelangt in einem zweiten Brief, dessen Echtheit der Herr Polizeikommissar vor Gericht ausdrücklich zugegeben hat. Da heißt es — 16. April 1889:

„Geehrter Herr Lutz!

Also am Ostersonntag am 21. d. M. treffe ich Sie in Rheinfelden. Stunde und Lokal wie damals, falls Sie nicht anders bestimmen. Wie ich höre, hat am 9. d. M. der Gendarm in Hüningen den Genossen Vogel aus Schaffhausen mit Schrift erwischt. **Haben Sie bei der Expedition mitgewirkt? . . ."**

Am 5. April schreibt der Herr Wohlgemuth: „Wühlen Sie nur lustig drauf los," am 11. April frägt er bereits: „Haben Sie bei der Expedition mitgewirkt?" Man wird zugeben, daß dies eine eigenthümliche Art ist, Lutz jede provokatorische Thätigkeit zu untersagen, wie der reingefallene Wohlgemuth später auf seinen Diensteid versichert. Zumal wenn man weiter entgegenstellt, daß Wohlgemuth am 17. Februar bereits Lutz versichert hatte: „Strengste Schonung Ihrer Person sichere, ich Ihnen im voraus zu." Und in seinem Briefe vom 29. März, worin er Lutz sogar mit „Lieber Herr Lutz" apostrophirt, wiederholt er nochmals: „Schonung Ihrer Person liegt am nächsten in meinem Interesse." — Ja, warum immer diese wiederholte Schonungsversicherung? Wenn er nichts Strafbares thut, braucht ja solche „Schonung" nicht!

Sei dem, wie ihm wolle: der Spitzel muß zum Lockspitzel werden und die Polizei muß das so gut wissen wie andere Leute, sie braucht den Lumpen, der sich ihr hingiebt, nicht einmal besonders dazu aufzufordern.

Außerdem hat sie im Laufe der Jahre so viele Erfahrungen auf diesem Gebiete machen können! Und gerade die Mülhauser Polizei! Ein Vorgänger des Herrn Wohlgemuth — der sattsam bekannte Herr Kaltenbach — hatte nach den Darlegungen eines Agenten in der Schweiz zuweilen auch den Auftrag, für die russische Regierung, bez. Polizei Nachforschungen anzustellen und Gefälligkeitsdienste zu leisten. Eines Tages ertheilte Herr Kaltenbach seinem Genfer Agenten den Auftrag, den — später in Freiburg i. B. durch einen Hotelkellner verrathenen und dann durch die preußische Regierung nach Rußland ausgelieferten — russischen Revolutionär Deutsch aufzuspüren und zu überwachen. Als der Agent nichts erfahren konnte, kam Brief auf Brief und endlich die Weisung, man müsse für die russische Regierung den Aufenthaltsort erfahren, koste es, was es wolle, Geld stehe genügend zur Verfügung. Der Agent glaubte endlich zu verstehen, was „man" von ihm wolle. Er verabredete sich mit einem Freunde: sie staffirten gegen angemessene Bezahlung einen Dritten aus genau nach der Beschreibung, welche sie über Deutsch von Kaltenbach erhalten hatten. Der Pseudo-Deutsch reiste ins Engadin; einige Tage später erhielt Kaltenbach in Mülhausen eine Depesche, worauf er sofort in die Schweiz abreiste. Bis er aber mit seinem Agenten in Davos ankam, war dieser wieder weg. Nach ein paar Tagen erhielt der Agent wieder die Nachricht: „Pseudo-Deutsch ist an der Riviera. Kaltenbach reiste nach Nizza. Natürlich war Pseudo-Deutsch fort. Nach Marseille. Und so ging die Hetzjagd zum Gaudium der Gamer ein paar Wochen fort. Erst „Deutsch", dann der Freund, dann der Agent, bis ihr in Paris von der russischen Gesandtschaft ein Ende gemacht wurde, nachdem die „lustigen Brüder" einen Betrag von ca. 30 000 Franks erschwindelt hatten. Die später nach dem Selbstmorde Kaltenbach's aufgetauchte Version, er habe von vornherein Kenntniß von diesem Schwindel gehabt, braucht nicht mal wahr zu sein, auf alle Fälle hat die politische Polizei in Mülhausen und Berlin davon Kenntniß erhalten und damit zu den hunderten von Beweisen einen neuen erhalten, daß der Spitzel, wenn er nichts zu melden hat, selber Meldenswerthes arrangirt — heute geheime Zirkel, morgen Attentatsvorbereitungen, übermorgen was Anderes, immer aber das, was — nach seiner Auffassung — seine Auftraggeber zu hören wünschen. Dann giebt's für alle Theile Honorare, Ehren, Beförderungen!

* * *

Diese „alten Geschichten" heute wieder auszugraben, halten wir für sehr angebracht gegenüber dem Treiben der Regierungs- und Unternehmerpresse aus Anlaß der Genfer Unthat und gegenüber dem Versuch, die Unwissenheit und Feigheit des deutschen Bürgerthums zu mißbrauchen zu einem Entrüstungssturm gegen den Anarchismus „und die zu ihm führenden Bestrebungen" — nämlich die Sozialdemokratie. Einmal hat der Anarchismus bei uns in Deutschland niemals eine Rolle gespielt; ohne das Ausnahmegesetz und die Unterstützung, die er durch die Polizeispitzel s. Z. fand, wäre er bei uns überhaupt nicht in Erscheinung getreten; seitdem aber ist er innerlich längst und völlig überwunden. Und wenn heute von der Regierungs- und Unternehmerpresse sogar auf das Niederwald-Attentat und auf Reinsdorf verwiesen wird, so thäte diese Presse in ihrem Interesse besser, davon zu schweigen. Bismarck hat freilich in seinem brutalen Erlaß an den deutschen Gesandten in Bern (an die Adresse des schweizerischen Bundesrathes) noch am 5. Juni 1889 geschrieben, „die Zentralleitung der deutschen Sozialdemokratie hat ihren Sitz in der Schweiz" — was mit allen Thatsachen in offenem Widerspruch stand; einmal war die Zentralleitung der deutschen Sozialdemokratie niemals in der Schweiz gewesen und zweitens war sogar Redaktion und Leitung des „Sozialdemokrat" gerade seit Jahr und Tag aus der Schweiz ausgewiesen und nach London übersiedelt. Wenn Bismarck ferner amtlich in jenem Erlaß behauptet: „Die Zentralleitung der deutschen Sozialdemokraten entsendet von dort ihre Agenten und verbreitet von dort aus die dort gedruckten Brandschriften zur Entzündung des Klassenhasses und zur Vorbereitung des Aufruhrs in Deutschland" — so konnte der Bundesrath amtlich bekannt machen, daß der „Sozialdemokrat" niemals den Aufruhr in Deutschland vorbereitet, weil sonst die Schweizer Gerichte eingeschritten wären, und was die in der Schweiz zu diesem Zweck gedruckten Brandschriften anbetraf, so konnte er wohlfeil und unwiderleglich auf den deutschen Lockspitzel Schröder hinweisen, der mit dem von der Polizei erhaltenen Gelde die „Freiheit" drucken ließ und mit Kenntniß der Berliner Polizeileitung Dynamit bei sich lagerte. Und ebenso unwahr ist die heute wieder kolportirte Behauptung, die Bismarck damals ebenfalls amtlich aufstellte, Reinsdorf habe „seine politische Ausbildung in der Schweiz erhalten" und sei zur Verübung seiner „Mordthaten unmittelbar aus der Schweiz nach Deutschland gekommen". Reinsdorf trat schon 1878 unter dem falschen Namen Bernstein als Vertreter des Anarchismus in Leipzig auf; Reinsdorf war zu der Zeit auch der Freund Hödel's, der seinerseits wieder der Protégé des nationalliberalen „Leipziger Tageblattes" und Mitglied der Stöcker'schen christlich-sozialen Partei war, wie Stöcker's damaliger politischer Busenfreund, Ehren-Grünenberg, eidlich vor Gericht bestätigt: er habe im Auftrage Stöcker's sofort nach dem Attentat den Namen Hödel in den Büchern löschen und neue Mitgliederlisten anfertigen müssen. Und dunkel, wie das ganze Niederwald-Attentat, ist auch die Vorgeschichte desselben. Reinsdorf, der übrigens aus nicht politischen Gründen die Schweiz verließ, hat selber vor dem Reichsgericht erklärt: **„der Herr Polizeikommissar Gottschalk hat wahrscheinlich schon vor dem Attentat darum gewußt"** und festgestellt wurde in dem Prozeß weiter, daß einer der Mitverschworenen **auf Kosten der Polizei nach dem Attentatsort gefahren!** Bemerken wir dazu nur noch, daß eine der Gottschalk'schen Vertrauenspersonen damals der Spitzel Palm war, daß Palm bis zur letzten Stunde das Vertrauen Reinsdorf's genoß, daß Palm an den „anarchistischen" Berathungen theilnahm und vielleicht (wie Kaufmann bei Stellmacher) den Attentatsplan mitberieth und einflüsterte; und fügen wir ferner bei, daß jener Polizeikommissar Gottschalk derselbe Gottschalk ist, den Landauer bereits vor Monaten und erst letzter Wochen wieder in der Sache Ziethen öffentlich der Fälschung von Aktenstücken und des Falscheides bezichtigte, ohne bisher dafür auch nur angeklagt worden zu sein, so wird Jedermann begreifen, daß das Niederwald-Attentat und Reinsdorf für die heutige Hetze schlechte Kronzeugen sind. Aber Jedermann weiß auch, daß die heutige Hetze gegen die Sozialdemokratie unter dem Deckmantel der Verfolgung des Anarchismus seitens der Unternehmerklasse und ihrer Preßlakaien nur den einen Zweck hat: Knebelung der Arbeiterklasse zwecks rücksichtsloser ungehinderter Ausbeutung.

Wo aber der Anarchismus wirklich Anhänger heute noch hat, hilft gegen ihn die Unterdrückungspolitik garnichts: man braucht nur auf Italien zu verweisen. Gegen den Anarchismus hilft auch heute einzig und allein das, was der schweizerische Untersuchungsrichter am Schlusse seiner Denkschrift dem Bundesrathe anempfiehlt:

„Als das wirksamste Mittel zur Bekämpfung des Anarchismus betrachtet der Unterzeichnete die möglichst weitherzige Erfüllung der berechtigten Forderungen des Arbeiterstandes. Der Anarchismus ist nicht von ungefähr entstanden; er entstand und besteht, weil große Kreise der Menschheit wirklich Noth leiden oder doch im Kampfe ums Dasein keine Aussicht haben, sich aus ihrer elenden Lage durch die eigene Arbeit zu befreien; er besteht, weil unsere Zeit zwischen Kapital und Arbeit eine unheilvolle Kluft geschaffen hat, welche ganze Klassen unserer Bevölkerung in schroffen Gegensatz zu einander bringt. Die sogenannten besitzenden Klassen müssen in liberaler, opferwilliger und loyaler Weise den sogenannten arbeitenden Klassen entgegenkommen, der Staat muß zwischen beiden den versöhnenden Vermittler machen und mit seiner ganzen Kraft die Beseitigung wirklich vorhandener sozialer Mißstände anstreben. Dann wird auch der Arbeiter von Verirrungen zurückkommen, wie sie uns in Most's Lehren und in den Thaten seiner Schüler entgegentreten. Bekämpfe man unablässig den krassen Egoismus, welcher die Signatur unserer Zeit ist, welcher uns im Großen in der Schutzzollpolitik der Großmächte und im Kleinen auf Schritt und Tritt im täglichen Handel und Wandel begegnet. Sorge man dafür, daß dem Arbeiter für sich und die Seinigen körperliche und geistige Gesundheit bewahrt bleibe, und daß er für die Tage der Krankheit, der Arbeitsunfähigkeit und für den Fall seines Todes sich und die Seinen gegen Noth und Elend sicher stellen kann. Dann wird der Anarchismus verschwinden, denn dann, aber auch erst dann hat man das Uebel an der Wurzel erfaßt. Diese Ueberzeugung hat sich in den letzten Jahren in immer weiteren Kreisen Bahn gebrochen, die gesetzgebenden Behörden aller Kulturstaaten stehen bereits auf diesem Boden. Verfolge man den betretenen Weg und es werden keine ausnahmsweisen Maßregeln nöthig sein."

Politische Uebersicht.

Berlin, den 19. September.

Allerlei Attentate. Unter den zahlreichen Attentatsgerüchten, die dieser Tage von allen Richtungen der Windrose her ausgestreut wurden und deren Verlogenheit sich zum Leidwesen unserer attentatslüsternen Reaktionsleute alsbald herausstellte — sollten doch Attentate auf die Königin Wilhelmine von Holland, auf den Prinzregenten von Bayern, den Großherzog von Baden, den Kronprinzen von Italien begangen worden sein — ist eines, das sich bewahrheitet. Es **ist ein Attentat versucht worden gegen den König von Korea** und Mitglieder der kaiserlichen Familie. Nach Depeschen aus Hongkong hat ein hoher koreanischer Palastbeamter eingestanden, auf Veranlassung eines früher auf der russischen Botschaft thätig gewesenen Dolmetschers habe er Arsenik in den Kaffe gemischt, um den König sowie einige andere Mitglieder des königlichen Hauses zu vergiften. Als Motiv der That wird angegeben, der betreffende Dolmetscher habe sich rächen wollen, weil er in Ungnade gefallen sei. Die Meldung klingt sehr verdächtig. Man wird sicherlich noch anderen tieferen Gründen suchen müssen.

Rußland hat es bekanntlich längst auf Korea abgesehen und mußte nur infolge der heftigen japanischen Gegnerschaft, die es vorfand, zurückweichen. Aber offenbar hat es nie daran gedacht, dauernd seine Ansprüche auf die große, für die Zukunft ungemein wichtige koreanische Halbinsel aufzugeben. Liegt nun nicht die Vermuthung gar zu nahe, daß es nicht ein bloßer Zufall ist, daß der Dolmetscher, der das Attentat angestiftet hat, gerade auf der russischen Botschaft war!

Jedenfalls zeigt auch dieser Fall, daß der Fürstenmord aus gar mancherlei Motiven hervorgehen kann, daß sehr hochgestellte Personen und nicht nur arme, durch Elend und Verwahrlosung von Jugend an verzweifelte Individuen „anarchistische" Thaten zu vollbringen bereit sind.

Gegen wen will die internationale Reaktion nun wohl dieses Attentat ausnutzen?

Der Kaiser und die Familie Bismarck. Der Kaiser soll, wie die „Welt am Montag" unter aller Reserve mittheilt, in bezug auf seinen Besuch in Friedrichsruh und das Verhalten der Familie Bismarck sich gegenüber einer Persönlichkeit seiner Umgebung äußerst mißmuthig geäußert haben: „Unerhört! Wie ein Schuster habe ich mich behandeln lassen müssen."

Wir wissen den Vergleich nicht zu würdigen. —

Der Befehl des Kultusministers an den Berliner Magistrat, die Thätigkeit des Stadtv. Singer in der städtischen Schuldeputation zu verhindern, hat, wie vorauszusehen war, den jubelnden Beifall der reaktionären Presse gefunden. Die „Kreuz-Zeitung" und die „Post" sehen dankerfüllt in dem Erlaß den Anfang eines strammen Regiments und beglückwünschen den Minister, daß er die Theorie des beschränkten Unterthanenverstandes zunächst auf dem Gebiete des Volksschulwesens zur Geltung bringen will. Nach der Meinung der dunklen Ehrenmänner, welche den Lesestoff für Junker, Kohlen-, Eisen- und Textilbarone bestimmen, weiß ja natürlich der hochwohlweise Polizeibureaukratismus viel besser, was der Jugend auf der Schule gut ist, als wie die von der Gemeindevertretung hierfür gewählten Männer ihres Vertrauens. Die Zustimmung der „Kreuz-Zeitung" und „Post" ist für den „Minister für Geistesfreiheit" eine wohlverdiente Genugthuung. Wir gratuliren dazu. —

* * *

Deutsches Reich.

Das preußische Landwirthschafts-Ministerium und der Thomasmehl-Boykott des Bundes der Landwirthe. Die Mittheilung der „Nationallib. Korr.", daß das Landwirthschafts-Ministerium die Forstverwaltung veranlaßt habe, kein Thomasmehl zu beziehen, wird von dem Blatte „Der Westfale" mit dem Hinzufügen bestätigt, daß die Verfügung auch für das Ressort der Domänen gelte.

Wenn Arbeiter einen Biertwirth boykottiren, entrüstet sich die gesammte bürgerliche Presse; Polizei, Staatsanwälte und Gerichte treten dann in Thätigkeit. Wenn der Bund der Landwirthe aber einen Boykott proklamirt, dann folgen ihm die höchsten Behörden! —

Rechnungshof für das Deutsche Reich. Nach einer parlamentarischen Korrespondenz wird ein Gesetzentwurf vorbereitet, der einen besonderen Rechnungshof für das Deutsche Reich vorsieht. Eine solche Vorlage beschäftigte bereits in der Tagung von 1872 den Reichstag und scheiterte damals ebenso wie 1874 an den Forderungen des damaligen Abgeordneten Dr. Miquel. Man hat sich bis jetzt damit beholfen, daß alljährlich durch besonderes Gesetz die Vollmacht für die preußische Oberrechnungskammer verlängert wird, die Obliegenheiten eines Rechnungshofes für das Reich wahrzunehmen. Mit der Länge der Zeit haben sich aber die Unzuträglichkeiten gesteigert, was zur endlichen Erledigung der so lange ruhenden Angelegenheit geführt haben wird. —

Postalische Maßregelung. Wir veröffentlichten einen Erlaß des Staatssekretärs des Reichs-Postamts, in dem die Einleitung des Disziplinarverfahrens gegen den Postschaffner Fr. K. Wolf in Braunschweig mitgetheilt wurde. Wolf soll darnach öffentlich sozialdemokratische Gesinnung bekundet haben.

Wir wiesen sofort darauf hin, wie seltsam es sei, eine solche Mittheilung an alle Postbeamten bekannt zu geben, ehe noch das Disziplinarverfahren gegen den betreffenden Postschaffner beendet sei. Nun theilt der „Volksfreund" in Braunschweig die Vorgänge bei der Reichstagswahl mit, wegen deren die Maßregelung des Wolf geschehen soll. Der „Volksfreund" erklärt, daß die gegen W. ergangene Denunziation völlig grundlos sei, daß der 24 Jahre im Dienst gestandene Postschaffner keinerlei Anlaß gegeben habe, um ihn zu bestrafen. —

Die Scharfmacher v. Haßler, Servaes, Luck, Jenke, so schreibt treffend die „Freis. Ztg.", haben mit ihrem Telegramm an den Kaiser sich eines Vergehens gegen das Vereinsgesetz schuldig gemacht. Das Telegramm ist unterzeichnet namens des Zentralverbandes Deutscher Industrieller, des Vereins Deutscher Eisenhüttenleute, des bergbaulichen Vereins für den Oberbergamtsbezirk Dortmund und des Vereins für die wirthschaftlichen Interessen Rheinlands und Westfalens. §8 des preußischen Vereinsgesetzes aber verbietet politischen Vereinen, miteinander in Verbindung zu treten. Die Judikatur aber hat entschieden, daß ein Verein, der im allgemeinen nicht den Zweck hat, auf öffentliche Angelegenheiten einzuwirken, mit dem Augenblick, wo er in einem einzelnen Falle eine solche Einwirkung auf politische Gegenstände beschließt und ausübt, in die Kategorie der politischen Vereine tritt. Diejenigen also, die nach strengeren Gesetzen für andere rufen, haben sich selbst einer Gesetzesverletzung in ihrer Kundgebung schuldig gemacht. —

Madrid, 14. September. („Post".) Die zurückkehrenden Soldaten fraternisiren mit den Republikanern. Wahl eines Separatisten. Trotzdem die hiesige Zensur Telegramme aus Coruna und Santander nicht kursiren läßt, steht es doch hinlänglich fest, daß ein Theil der aus Kuba zurückkehrenden Soldaten mit den sich versammelnden Volksmassen gemeinsame Sache macht, und „es lebe die Republik" rief, worauf die Regierung verschiedene Verhaftungen vornehmen ließ.

Ein anderer großer Skandal ist die Wahl des Abgeordneten Arana für die Baskischen Provinzen. Diesem Herrn, Direktor der Zeitung „Biskaitarra", ist seiner politischen Ideen wegen häufig der Prozeß gemacht worden, und deshalb tritt er jetzt öffentlich dafür ein, daß weder er noch seine Provinzen zum spanischen Reiche gehören wollen. In dieser Bestrebung unterstützen ihn alle seine nach tausenden zählenden Wähler. Der „Heraldo" äußerte sich sehr richtig zu diesem Vorfalle: „Das ist das einzige, was uns noch fehlte, der Separatismus im eigenen Hause, die Spanier schämen sich Spanier zu sein." —

Die Einbehaltung eines Theils des Lohnes jugendlicher Arbeiter zu dem Zwecke, diese zum Sparen zu zwingen, ist von verschiedenen Behörden Preußens unter den Fabrikanten angeregt worden. Da der Erfolg hinter den Erwartungen zurückblieb, richtete der Regierungspräsident von Düsseldorf einen neuen Erlaß an die Handelskammern seines Bezirks. In der Handelskammer in Barmen, wo man sich am Sonnabend mit dieser Sache beschäftigte, war die Stimmung aber sehr entschieden gegen den Sparzwang. Die „Barmer Zeitung" theilt darüber mit: Der Vorsitzende der Kammer, Kommerzienrath Barthels, erklärte, er könne sich schon deshalb nicht zur Einführung des Sparkassenzwanges für seine jugendlichen Arbeiter entschließen, weil ein steter Mangel an jugendlichen Arbeitern trotz der sehr guten Löhne sich fühlbar mache und dieser Mangel sich durch den Sparkassenzwang noch als drückender erweisen werde. Herr Hinsberg protestirte unter Beifall der Versammlung gegen die irrthümliche Anschauung des Regierungspräsidenten, als ob den Fabrikanten ein faktisches Recht auf Einhaltung von Ersparnissen gegeben sei. Herr Steinhoff beantragte, dem Regierungspräsidenten mitzutheilen, daß es allmälig des Zwanges genug sei und die Kammer dessen weitere Förderung ablehne. Die Versammlung erklärte schließlich die Mittheilung des Regierungspräsidenten durch Kenntnißnahme für erledigt.

Kriegervereinliches. Der Vorstand des Militär- und Kriegervereins zu Roda in Sachsen-Altenburg schloß sein Ehrenmitglied, den Fabrik- und Ziegeleibesitzer Emil Müller aus, weil er einem Vertreter der Sozialdemokratie gestattet habe, in seiner Fabrik ein- und auszugehen, und weil er, Müller, selbst einem Kameraden gegenüber geäußert habe, er stehe auf dem Boden der Sozialdemokratie. Herr Müller schrieb einen Brief an den Vorstand, in dem er die Behauptung, er habe sich als auf dem Boden der Sozialdemokratie stehend bekannt, als unwahr bezeichnete, was den Thatsachen entspricht.

Die Kampagne der Kriegervereine unter dem Oberbefehl von Exzellenz Spitz, wird nur zur Verwirrung in den Kriegervereinen selbst führen. —

Marinetechnischer „Fortschritt". Aus Kiel wird uns geschrieben: Einer der Hauptbegründungspunkte für die dauernde Festlegung von bestimmten Schiffstypen durch die Flottenpläne war bekanntlich die Behauptung vom Stillstand der Technik im Kriegsschiffsbau.

Die Verhältnisse sollten sich so geklärt haben, daß die vorhandenen Pläne durch ein Fortentwickeln der Technik umgestoßen, nicht befürchtet werden könne.

Wie sehr diese schönen Reden nur auf die Durchdrückung der verlangten Schiffe berechnet waren, ließ sich bald erkennen, als bekannt wurde, daß die Entwicklung der Technik die Entsendung von schiffsbautechnischen Berathern für den Geschwaderchef erforderlich mache.

Jetzt nun sollen wieder ganz durchgreifende Aenderungen bei den nach dem Flottengesetz zu bauenden 14 kleinen Kreuzern vorgenommen werden.

Die jetzt im Bau befindlichen Kreuzer erhalten Maschinen von etwa 6000 Pferdekräften, wodurch den Schiffen eine Geschwindigkeit von 19—20 Knoten gegeben werden sollte. Die jetzt zu bauenden Kreuzer sollen aber Maschinen bis zu 9000 Pferdekräften und eine Geschwindigkeit von 21—22 Knoten erhalten.

Natürlich müssen da auch die Kohlenräume vergrößert werden und für die schwereren Maschinen muß auch das ganze Schiff stärker gebaut sein. Auch die Besatzung dieser Schiffe muß eine stärkere werden.

Diese Aenderungen, welche als Ergebniß der Erfahrungen des spanisch-amerikanischen Krieges anzusehen sind, dürften ohne Zweifel auch Kosten verursachen, die im Flottengesetz noch nicht vorgesehen sind. Woher soll dies Geld genommen werden? —

Der Typhus ist während der Manöver in dem Mecklenburg-Schwerin'schen Jäger-Bataillon Nr. 14, das zur Zeit in den Reichslanden garnisonirt, ausgebrochen. Infolge dessen wurden die 1. und 4. Kompagnie des Bataillons in ihre Garnisonstadt zurückbefördert. —

Das Neueste vom „groben Unfug". Das „Volksblatt" für Halle theilt mit: So ziemlich der Rekord in der Anwendung des berühmten § 360, 11 des St.-Ges.-B. dürfte damit erreicht sein, daß dem Steinsetzer Matz in Giebichenstein eine Klage auf groben Unfug zugegangen ist, weil er am Stichwahltage einen gegnerischen Stimmzettel zerrissen und die Papierstücke des auf den Geheimrath Dugend lautenden Stimmzettels dem Vertheiler derselben, dem Schulhausmann Henze, vor die Füße geworfen hat. Nächsten Montag findet vor dem Halleschen Schöffengerichte die Verhandlung statt. —

Die „Deutsche Tagesztg." leugnet unsere Mittheilungen über die Finanzverhältnisse des „Bundes der Landwirthe" ab. Das Blatt ist schlecht unterrichtet und schießt ebenso daneben, wenn es glaubt, wir hätten diese Mittheilungen von „einem fortgejagten früheren Beamten" des Bundes erhalten. Unsere Quelle steht wesentlich höher. Soeben wird uns von anderer Seite die frühere Mittheilung noch bestätigt und zwar mit dem Hinzufügen, vom „Wahlfonds" habe der Bund aus der Reichstagswahl-Kampagne noch viel übrig behalten, da er seine konservativen Freunde nur mangelhaft unterstützt habe, der Rest werde aber doch wohl bei den Landtagswahlen verpofamentirt werden. Wir haben beide Nachrichten, wenn es die „Tagesztg." interessirt, aus Ostpreußen erhalten, und sie sind zuverlässiger als die dem Bündlerblatt gewordenen Mittheilungen, vorausgesetzt, daß es nach bestem Wissen redet. Mit einfachen Ableugnungen kommt man gegen uns nicht auf. —

München, 19. September. Das Landgericht München I hat entgegen der Entscheidung des Amtsgerichts München I in der Klagesache Björnson's gegen die „Münchener Neuesten Nachrichten" das Hauptverfahren eröffnet. —

Die „M. N. N." hatten Björnson wegen seiner Mittheilungen über angebliche Aeußerungen des deutschen Reichskanzlers zum Dreyfus-Prozeß scharf angegriffen. —

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Von der Beuthener Strafkammer wurde der Barbier Joseph Gorzella aus Ober-Lagiewnik wegen Majestätsbeleidigung zu drei Monaten Gefängniß verurtheilt. — Wegen angeblicher Majestätsbeleidigung wurde der Schlosser Kaus in Königshütte verhaftet. —

Oesterreich.

Wien, 19. September. Die zur Zeit hier weilenden Mitglieder des Exekutivkomitees der Rechten hatten gestern Besprechungen wegen der Modifikation der Forderungen, welche die Jungczechen und Slovenen an die Regierung stellen und bezüglich deren die Polen vermittelnd eingreifen werden. —

Wien, 19. September. In der Brigittenau fand gestern Nachmittag eine von der sozialdemokratischen Parteileitung einberufene Protestversammlung gegen das Genfer Attentat und gegen den Anarchismus überhaupt statt. Die Versammlung war sehr stark besucht.

Wien, 19. September. Der Kaiser hat das Gesetz betreffend die Gehaltserhöhung der Beamten sanktionirt.

Frankreich.

Zur Revision des Dreyfus-Prozesses. Einige radikale Blätter sprechen sich entschieden gegen die Wiederernennung des Generals Zurlinden zum Militärgouverneur von Paris aus; diese dürfe nicht stattfinden, selbst wenn der General vom Präsidenten Faure eine dahingehende Zusage erhalten hätte. Zurlinden habe sich durch sein Rücktrittsschreiben öffentlich gegen die Entscheidung der Regierung aufgelehnt, und es wäre bedenklich, ihm den Oberbefehl über die gesammte Pariser Garnison anzuvertrauen.

Ueberhaupt tritt der Gegensatz zwischen den militärischen Befehlshabern, denen man die tollsten Streiche zutraut, und den Freunden der Republik, auch weiter in sehr schroffer Form hervor. So soll General Mercier die Aeußerung gethan haben, das von ihm befehligte 4. Armeekorps sei bereit, die Ehre der Armee zu vertheidigen, wenn die Dreyfus-Freunde dieselbe anzutasten wagen würden. „Petite République" bemerkt hierzu, es sei Pflicht jedes Soldaten, Offiziere, die ihn zu einem Bürgerkrieg führen wollten, einfach niederzuschießen.

„Figaro" meldet, im Justizministerium werde ein besonders abgeschlossener Raum für die Berathungen der Kommission hergerichtet, damit sie völlig ungestört die Revisionsfrage berathen könne. Die Entscheidung sei nicht vor Ablauf von zehn Tagen zu erwarten.

Die Kommission soll am Mittwoch zusammentreten. Sie besteht aus 6 Mitgliedern, wovon drei Richter am Kassationshofe und drei Direktoren im Justizministerium sind. Wenn diese Kommission sich für die Zulässigkeit der Revision ausspricht, geht dieselbe an den Kassationshof, welcher dann über die Einleitung des Revisionsverfahrens endgiltig entscheidet.

Esterhazy ist seit einigen Tagen in London. Der dortige „Observer" schreibt, allerdings in recht reklamehafter Weise, über ihn und seine angeblichen Enthüllungspläne:

Da er seinen Schnurrbart abrasiren ließ, ist er nicht leicht zu erkennen. Als Ursache seiner Flucht gab er dem Gewährsmann des „Observer" an, daß es für ihn keine Gerechtigkeit in Frankreich mehr gebe und daß der Zeitpunkt gekommen sei, die nöthigen Enthüllungen zu machen, die klar zeigen, welche Rolle Esterhazy in der mysteriösen Dreyfus-Angelegenheit gespielt habe. Esterhazy werde die Wahrheit sagen, er sei nicht mehr als Soldat seinen militärischen Vorgesetzten gegenüber verpflichtet, denn diese hätten ihn seinem Schicksale überlassen, er sei aus der Armee entfernt, er habe nur seine eigene Ehre in Betracht zu ziehen. Esterhazy habe, was er auch gethan, im blinden Gehorsam gegen seine Vorgesetzten gethan. Blinder Gehorsam sei sein Motto gewesen, während seiner ganzen militärischen Laufbahn. Er hätte seinen Bruder erschossen, wenn ihm dies befohlen worden wäre. Esterhazy's Enthüllungen würden eine Lichtfluth auf den Dreyfus-Fall werfen. Von tausend Dokumenten, die den Dossier Dreyfus bilden, seien ungefähr sechshundert gefälscht. Esterhazy wolle darthun, von wem und unter welchen Umständen die Fälschungen begangen seien. Es sei möglich, daß die Enthüllungen, die Esterhazy publiziren wolle, diesem es unmöglich machen würden, je nach Frankreich zurückzukehren, das Licht, das aber auf die mysteriöseste Angelegenheit des Jahrhunderts geworfen werde, werde dazu beitragen, die öffentliche Meinung nicht nur Frankreichs allein, sondern der ganzen zivilisirten Welt zu beruhigen.

Nach anderen Meldungen soll Esterhazy sich doch bereits wieder in Paris befinden und als Zeuge für den zu erwartenden Prozeß zur Verfügung stehen.

Belgien.

— Anarchisten-Gesetzgebung. Aus Brüssel wird gemeldet: Die auswärts verbreitete Nachricht, daß die belgische Regierung dem Parlament, das im November zusammentreten wird, ein Gesetz gegen die Anarchisten vorlegen werde, entbehrt jeder Grundlage.

Die einflußreiche „Independance" erklärt alle Verhandlungen über eine internationale Anarchisten-Konvention für aussichtslos, weil England, Belgien und die Schweiz ihre einheimische Gesetzgebung nicht der Kontrolle fremder Staaten unterstellen wollen. Dagegen fordert das Blatt eine Verschärfung der Fremdenpolizei, eine schonungslose Ausweisung aller fremden Anarchisten und die schärfste Bewachung der einheimischen. —

Spanien.

Madrid, 19. September. Wie die halbamtlichen Blätter melden, ist die Einlösung des Koupons der kubanischen Schuld gesichert. —

Madrid, 18. September. Das konservative Blatt „Tiempo" veröffentlicht einen Artikel Silvela's, in welchem dieser erklärt, die konservative Partei werde danach streben, ihre Kräfte zu sammeln, um die Krisis zu gunsten der Krone zu lösen. —

Madrid, 18. September. Der oberste Militärgerichtshof hat den Chef der Marine auf den Philippinen, Admiral Montojo, und den Direktor des Arsenals von Cavite, Sostoeu, von ihren Kommandos suspendirt und sie angewiesen, so schnell als möglich nach Madrid zu kommen. —

Türkei.

Aus Kandia meldet das „Reuter'sche Bureau" vom 18. September: Heute Nachmittag gab der Sultan Befehl an Dschewad Pascha, den Forderungen des Admirals Noël, betreffend die Entwaffnung der Bevölkerung, zuzustimmen. Das große Fort an der Einfahrt des Hafens ist heute von dem englischen Detachement besetzt worden.

Nach einer Meldung des „Standard" ist Admiral Noël von den Verhaftungen, die Edhem Pascha vornahm, sehr unbefriedigt. Unter den ausgelieferten 61 Gefangenen ist nicht einer der Hauptschuldigen. Daher theilte Noël dem Pascha die Namen von 20 Rädelsführern mit, deren sofortige Verhaftung er verlangt. —

Asien.

Tientsin. („Frankf. Ztg.") Der japanische Marquis Ito ist hier eingetroffen; er begiebt sich nach Peking. Die chinesischen Blätter empfehlen eine Annäherung zwischen China und Japan; eine Allianz zwischen den beiden Ländern ist möglich. — Bischof Anzer berichtet, daß infolge von Hungersnoth in Schantung unter der Bevölkerung feindselige Haltung herrsche. —

Manila, 18. September. In Mulolos trat gestern unter großer Begeisterung die Nationalversammlung der Eingeborenen zusammen. Der Aufständischenführer Aguinaldo wurde lebhaft begrüßt.

Afrika.

Algier, 18. September. Bei den heutigen Wahlen zu den Generalräthen wurden bisher nur Antisemiten gewählt. In Bona kam es zu Unruhen, zwei Personen wurden verwundet.

Amerika.

Mexiko, 17. September. Die Deputirtenkammer wurde heute eröffnet. Der Finanzminister erklärte, im Rechnungsjahr 1897/98 haben die Staatseinnahmen aus Steuern 52 500 000 Piaster betragen, d. h. über 2 000 000 mehr als im Vorjahre. —

Kampf um das Koalitionsrecht!

Dem Zuchthaus verfallen.

Die biederen Innungs-Wagnermeister der bayerischen Haupt- und Residenzstadt wären, wenn die vom Kaiser angekündigte Gesetzesvorlage schon Geltung hätte, und gegen Meister und Gesellen mit gleicher Strenge angewendet würde, dem Zuchthause verfallen. In einem von der „Münchener Post" gedruckten Rundschreiben theilt die Vorstandschaft den Mitgliedern mit, daß in einer Meisterversammlung folgender Beschluß gefaßt wurde:

„Da seitens der Meister schon mehrere Klagen über Gehilfen laut wurden, welche es darauf abgesehen haben, ihrem Meister Schaden zufügen zu können, wird, um sich gegen solche zu sichern, ein schwarzes Buch angelegt, wie es die Gehilfen gegen die Meister auch haben. (Das ist unwahr. Red. der „M. P.") Jeder Meister wird daher ersucht, denjenigen Arbeiter eintragen zu lassen, der seinen Meister zu schädigen sucht."

An der freien Arbeit werden alle jene Wagnergehilfen gehindert, deren Name in das schwarze Buch eingetragen wird. Also —

Bereits während der letzten Reichstagswahl-Kampagne veröffentlichte Genosse Schwartz in Lübeck ein von einem Vorstande eines Metall-Industriellen-Verbandes an eine große Firma gerichtetes Schreiben, das wie folgt lautet:

„Laut Beschluß der letzten Versammlung des Vereins ..... Metall-Industrieller am Donnerstag, den 8. Juni, werden Sie hiermit ersucht, den Former .... innerhalb 8 Monaten nicht zu beschäftigen, weil derselbe ohne allen Grund bei der Firma ..... gekündigt hat, deshalb die Vermuthung naheliegt, daß selbiger von irgend jemand aus Ihrem Betriebe dazu aufgefordert resp. ermuntert worden ist, dieses aber laut Protokollbeschluß und durch Unterschriften eines jeden Betriebes für unzulässig erklärt ist.

...., den 4. Juni 1897. J. A.:
(Unterschrift.)

Mit Vorstehendem erklären sich einverstanden
(folgt die Unterschrift einer Firma.)

Also hierdurch wird ein Arbeiter, der weiter nichts gethan, als daß er „vermuthlich" seine Lage verbessern wollte, mit dreimonatlicher Hungerstrafe belegt! Der Mann hat doch sicherlich gerne arbeiten wollen, ist arbeitswillig gewesen, gleichwohl ist er, und zwar ohne daß man ihm auch nur angedeutet hätte, warum, ein Vierteljahr hindurch von freiwilliger Arbeit abgehalten worden! Wie viele Jahre Zuchthaus gedenken Sie festzusetzen für dieses Vergehen, bei dem der Dolus so klar zu tage liegt, wie ein gewissenhafter Richter es nur wünschen kann, Herr Graf Posadowsky? —

In Teterow in Mecklenburg

ist die vom Gewerkschaftskartell auf vorigen Sonnabend einberufene Versammlung, wo Redakteur Groth aus Rostock über das Koalitionsrecht und die sogenannte Zuchthausvorlage sprechen sollte, vom Bürgermeister verboten worden. Diese Maßregel ist wahrscheinlich auf eine Denunziation der Junkerpresse zurückzuführen. Die konservativen „Mecklenb. Nachrichten" schrieben anläßlich der öffentlichen Gewerkschaftsversammlung, die wegen der Zuchthausvorlage vorige Woche in Rostock abgehalten wurde: „Das Thema des Vortrages ist unzweifelhaft ein politisches, der Inhalt des Vortrages war es nicht weniger, und schließlich ist auch noch eine Resolution zu gunsten der sozialdemokratischen „Mecklenb. Volksztg." angenommen worden. Bekanntlich ist zu politischen Versammlungen die Genehmigung des großherzogl. Ministeriums des Innern erforderlich. Zu sozialdemokratischen Versammlungen wird diese Genehmigung nie ertheilt. Wie diese sozialdemokratische Versammlung in Rostock ungehindert hat stattfinden können, ist daher schwer verständlich."

Nützen wird diese Versammlungsverbieterei unseren Gegnern gar nichts; wie die „Mecklenb. Volkszeitung" ankündigt, werden die Arbeiter einfach durch Flugblätter über die ihnen drohende Schmälerung des Koalitionsrechts aufgeklärt werden. —

Partei-Nachrichten.

Zu den Landtagswahlen in Reuß j. L., die am 27. September vorgenommen werden, haben sich die sozialdemokratischen Kandidaten außer auf die in unserem Parteiprogramm festgesetzten Forderungen noch auf folgende, speziell für Reuß in betracht kommende verpflichtet: Beseitigung des Vorrechts der Höchstbesteuerten auf die 3 besonderen Sitze im Landtage, sowie des erblichen Fürstensitzes von Köstritz; Aufhebung des reaktionären Vereinsgesetzes vom 5. Juli 1852.

Eine Parteikonferenz für den Regierungsbezirk Merseburg wurde am Sonntag in Halle a. S. abgehalten. Es waren 7 Reichstags-Wahlkreise durch Delegirte vertreten. Die Konferenz nahm eine einheitliche Regelung der Organisation und Agitation vor, ferner wurden über die Verbreitung des „Volksblatts für Halle" Beschlüsse gefaßt. Zur Landtagswahl wurde keine Stellung genommen, da die einzelnen Wahlkreise schon ihre Entscheidung getroffen haben.

Bei der diesjährigen Reichstagswahl im hannöverschen Kreise Lüneburg-Winsen fielen von je 100 abgegebenen Stimmen auf unsere Partei 23,30 gegen 22 im Jahre 1893. Auf dem Lande erhielten wir 15,60 pCt. gegen 14,80, in den Städten Lüneburg, Winsen und Soltau 43,5 gegen 42. Seit dem Jahre 1871 hat sich unser Stimmenantheil wie folgt gestaltet: 1871 betrug derselbe 0,26, 1874: 1,78, 1884: 2,43, 1887: 4,94, 1890: 19,41, 1893: 22, 1898: 23,30 pCt.

Aus dem Leipziger Stadtverordneten-Kollegium scheiden mit Ablauf dieses Jahres neben einer Anzahl bürgerlicher Vertreter auch vier Sozialdemokraten aus, und zwar in der Klasse der Ansässigen Gastwirth Schönherr und Bäckermeister Bernstein, in der Klasse der Unansässigen Konsumvereins-Geschäftsführer Fell und Photograph Pinkau.

Für Parteizwecke gingen aus Zwickau ein: Hermann G. 5,—. Lutz 9,15. Waldemar 10,—. Ernst B. 5,—. Albin S. 10,—. Gewerkschaften 80,—. Anton S. 10,—. Feiner David 9,63. Mode 1,75. Wadel 5,05. Langer 9,50. Schedewitz 9,35. Schneider 4,30. Crossen 9,—. Reubockwa 9,—. Theodor —,50. Papierkiste Schedewitz 4,94. Heinrich 10,—. Ernst S. 10,—. Julius 10,—. Von einer Wasserpartie 105,04. Weber 21,72. Rother Hahn 11,80. Für Alte 6,20. Summa 456,43 M.

Polizeiliches, Gerichtliches ꝛc.

— Der aus Oesterreich gebürtige Parteigenosse Spitzer in Hildesheim ist nach Verbüßung der wegen Posadowsky-Beleidigung gegen ihn erkannten sechswöchigen Gefängnißstrafe aus dem ganzen preußischen Staate ausgewiesen worden.

— Der verantwortliche Redakteur der Magdeburger „Volksstimme", Genosse Müller, wurde vom Landgericht wegen Beleidigung des Ortsvorstehers von Osterweddingen zu 100 M. Geldstrafe verurtheilt. Es handelte sich um eine Notiz, worin gesagt war, ein Gutsbesitzer in Osterweddingen habe ein schwangeres Mädchen so geschlagen, daß ihr das Blut aus Mund und Nase floß. In der Verhandlung konnte jedoch nur festgestellt werden, daß der Ortsvorsteher, der diese Notiz auf sich bezog, das Mädchen ins Gesicht gestoßen hatte. Das als Zeugin geladene Mädchen behauptete, nach diesem Stoß heftiges Nasenbluten gehabt zu haben, was von anderen Zeugen jedoch nicht gesehen worden war. Deshalb erfolgte Verurtheilung. — Ferner sollte Redakteur Müller in einer Versammlungsrede in Osterweddingen groben Unfug dadurch begangen haben, daß er bei der Widerlegung der Angriffe eines gegnerischen Wahlflugblattes zugegeben hatte, daß die Sozialdemokratie republikanisch und ihr Ziel die Errichtung der sozialistischen Republik sei. Müller hatte wegen dieser Sache auch eine Vernehmung vor dem Amtsgericht, das Verfahren ist aber natürlich eingestellt worden. — Am 20. September verläßt der frühere verantwortliche Redakteur Vahle das Gefängniß in Gommern nach einem achtmonatigen Aufenthalt. Sieben Tage später wird auch Redakteur Baumüller wieder auf freien Fuß gesetzt. Mögen sich beide erprobte Mitkämpfer von den Wirkungen der Haft bald vollständig erholen!

— Wegen Verjährung hatte das Landgericht in Kassel in einem Prozeß, der gegen den früheren verantwortlichen Redakteur des „Volksblatts für Hessen und Waldeck", Genossen Schott, und gegen den Mühlenbesitzer Kowes wegen angeblicher Beleidigung des Bürgermeisters von Melsungen anhängig war, die Einstellung des Verfahrens beschlossen. Das Ober-Landesgericht hob diesen Beschluß auf und ordnete die Eröffnung des Hauptverfahrens an.

Preußische Landtagswahlen.

Hinter verschlossenen Thüren

haben die Nationalliberalen wieder eine Landesversammlung abgehalten, in der sie die Wahlaussichten besprochen haben und ihren Wahlaufruf fertigstellten. Mehr Wesentliches erfährt man von dem geheimen Konventikel nicht. Morgen soll der Wahlaufruf veröffentlicht werden. —

Der Wahlaufruf der Freisinnigen Vereinigung

ist heute veröffentlicht worden. Wir entnehmen demselben die folgenden Stellen: „.... Würde der Plan der Konservativen gelingen, sich im preußischen Abgeordnetenhause eine doppelte Majorität — theils mit den Freikonservativen, theils mit dem Zentrum — zu sichern, so ständen wir vor einer weiteren gefährlicheren rückschrittlichen Bewegung in Gesetzgebung und Verwaltung. Der Versuch, ein freiheitsfeindliches Versammlungs- und Vereinsgesetz für Preußen zu schaffen, ist in der letzten Session nur mit einer Majorität von wenigen Stimmen zurückgewiesen. Gelingt es den Konservativen und Freikonservativen auch nur sechs neue Sitze zu gewinnen, so würde dieser Versuch unverzüglich mit Erfolg erneuert werden. Auch das nur mit geringer Majorität abgelehnte Assessorengesetz würde wieder eingebracht werden. Aehnliche Versuche auf anderen, zur Kompetenz des Reiches gehörigen Gebieten würden folgen und damit ein unheilvoller, in seinen Wirkungen unabsehbarer Gegensatz zwischen der Volksvertretung des Reichs und derjenigen des größten Einzelstaates geschaffen werden. Große Gefahren drohen der Schule und der Freiheit der Wissenschaft. Wird der konservative Einfluß durch die bevorstehenden Abgeordnetenwahlen verstärkt, so wird mit noch größerem Nachdruck als bisher die Wiedervorlegung des Zedlitz'schen Schulgesetzes verlangt werden. .....

„.... Das seit Jahrzehnten verurtheilte Dreiklassen-Wahlrecht mit der öffentlichen Abstimmung ist, seidem dasselbe infolge der neuen Steuergesetze noch erheblich verschlechtert wurde, völlig unhaltbar geworden. Auch das Gemeinde-Wahlrecht bedarf nach dem Zugeständniß der Staatsregierung einer durchgreifenden Reform. Die alten liberalen Forderungen auf dem Gebiete der Bildung, der Selbstverwaltung, des Wege-, Armen-, Jagdrechts, der Vertheilung der Steuerlasten, der Stellung der Beamten müssen mit größerem Nachdruck geltend gemacht werden. ..."

Sozialpolitisch ist dieser Wahlaufruf noch inhaltsloser wie der der Freisinnigen Volkspartei. —

Der Abg. Rudolf Parisius,

der seit 1861 dem Abgeordnetenhause angehört, scheidet aus dem parlamentarischen Leben. Den Wünschen der „Jungen" in der Freisinnigen Volkspartei ist damit in einem Falle Rechnung getragen. —

In Waldenburg in Schlesien und Burg in der Provinz Sachsen

werden sich die Parteigenossen an der Landtagswahl nicht betheiligen. Dagegen haben, wie eine Depesche meldet, die Sozialdemokraten **Hannovers** die Betheiligung mit großer Mehrheit beschlossen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Der Streik bei Fischer u. Richter, Oranienstr. 119, dauert unverändert fort. Es handelt sich um Verkürzung der Arbeitszeit und Einführung der gesetzlichen Feierabendstunde für die weiblichen Personen. Zuzug ist streng fernzuhalten. Die Lohnkommission.

Die Maurer und Zimmerer in Spandau beschlossen am Sonntag, für dieses Jahr wegen der vorgerückten Zeit von weiteren Maßnahmen abzusehen und den Streik auf eine günstigere Zeit zu vertagen. Der Zuzug von Maurern und Zimmerern nach Spandau ist jedoch nach wie vor fernzuhalten.

Für die im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe beschäftigten Arbeiter Deutschlands wird am 25. Dezember d. J. ein allgemeiner Berufskongreß nach Kassel einberufen. Auf die Tagesordnung sind u. a. folgende Punkte gestellt: Die Unfallversicherungs-Gesetzgebung mit besonderer Berücksichtigung unseres Berufs. Die §§ 315 und 316 des Kleinbahn-Gesetzes und ihre Anwendung auf die Straßenbahnen. Das Fiasko der Sozialreform im Handelsgewerbe und die Sonntagsruhe im Verkehrsgewerbe. — Zutritt sollen alle auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden, in öffentlicher Versammlung gewählten Delegirten haben, gleichviel welcher Richtung der Organisation sie angehören. Alle Anfragen, den Kongreß betreffend, sind an Joh. Hoffmann, Berlin, Friedenstr. 406, zu richten.

Deutsches Reich.

Der Dank der Magdeburger Bauprotzen. An das hochverehrliche bauende Publikum und an die wohllöblichen Behörden richtet der Vorstand des Arbeitgeberverbandes des Maurer- und Zimmerergewerbes ein Dankschreiben für das Wohlwollen, welches den Mitgliedern des Verbandes während der Dauer der letzten Monate entgegengebracht worden ist. — Unser Magdeburger Parteiorgan bemerkt hierzu: „Unserer Meinung nach hätte der Vorstand klüger gehandelt, wenn er kein Wort mehr über seine Machinationen geäußert hätte, denn den wohllöblichen Behörden und dem verehrlichen bauenden Publikum ist hoffentlich ein Licht aufgegangen über die Art der Agitation des Arbeitgeber-Verbandes."

In Laurahütte fand Sonntag, den 18. d. M., eine große Bergarbeiter-Versammlung, in der über die Absendung einer Petition der minderberechtigten Mitglieder des oberschlesischen Knappschaftsvereins an den Kaiser, an den Landtag und an das Ober-Bergamt berathen wurde. Die Versammlung war sehr gut besucht und verlief in vollständig geordneter Weise. Die Befürchtungen des Amtsvorstehers Schröter, der wegen etwa bevorstehender Unruhen die Abhaltung verbieten wollte, und des Landrathes, der sie auch nur zögernd zugab, erwiesen sich also als unbegründet. In dieser Versammlung legte Genosse Winter aus Beuthen in längerer Rede den Versammelten das ganze Knappschaftswesen und die Benachtheiligung der Arbeiter durch seine Mängel dar und ermahnte zur Organisation im Deutschen Berg- und Hüttenarbeiter-Verbande. Er fand allgemeinen Beifall, ebenso die polnisch sprechenden Genossen Borys und Setteck aus Zabrze resp. Domb.

Die Breslauer Zimmerer haben in einer gutbesuchten Versammlung beschlossen, im Hinblick auf die Gründung eines Verbandes der Arbeitgeber des Baugewerbes in Deutschland und in Erwägung des Beschlusses des Verbandes, mit den Arbeitern bei Differenzen nicht zu paktiren, sowie in anbetracht des in Breslau gemachten Vorschlages, im nächsten Jahre die Bauarbeiter auf mindestens vier Wochen auszusperren, jede Woche 400 Mark an die Streikkasse abzuführen, wozu jeder Zimmerer eine Extrasteuer von 50 Pf. wöchentlich leisten soll.

Ein Tendenzurtheil gegen die Boykottkommission und die Mannheimer „Volksstimme" fordert die „Karlsruher Zeitung". Sie schreibt zu der bekannten Entschädigungsklage der Brauereien wörtlich folgendes:

„Man darf auf die Rechtsprechung des Mannheimer Landgerichts begierig sein. Gilt es doch, endlich einmal den Berufshetzern und ihrem Anhang klar zu machen, daß, wenn sie selbst keine Lust zur Arbeit haben, sie doch nicht berechtigt sein dürfen, die Verwerthung ihrer Arbeit anderen Personen unmöglich zu machen. Die Ausnützung der den Arbeitern gewährleisteten Koalitionsfreiheit zur Erlangung besserer Arbeitsbedingungen darf doch nimmermehr dazu führen, daß dem Arbeitgeber die Möglichkeit, zu produziren und seinen Erzeugnissen einen Absatz zu verschaffen, ohne weiteres unterbunden wird."

Also: „es gilt, den berufsmäßigen Hetzern und ihrem Anhang klar zu machen" — das ist der Zweck, die Tendenz des Urtheils, das von Karlsruhe aus verlangt wird. Mit größerer Schamlosigkeit ist noch selten in einem amtlichen Blatt die Tendenzjustiz gepredigt worden. Interessant ist noch die praktische Deutung, welche die Koalitions-Freiheit in dem Blatt erfährt; dieselbe „darf doch nimmermehr dazu führen, daß dem Arbeitgeber die Möglichkeit zu produziren, — und seine Produkte abzusetzen, unterbunden wird." Mit andern Worten: Streiken ist verboten! — sonst wird ja dem Arbeitgeber „die Möglichkeit zu produziren", unterbunden. Boykottiren ist verboten! sonst kann er ja nicht absetzen. Kein Streik und kein Boykott, aber — die Koalitionsfreiheit soll bestehen bleiben; — was bleibt dann von der Koalitionsfreiheit praktisch noch übrig? Dann ist sie nicht mehr, als das bekannte Lichtenberg'sche Messer ohne Heft und ohne Klinge!

Ausland.

Die Achtstundenarbeit ist seit 7 Jahren auf den Werken einer der großen Schiffsbaufirmen, der Gebrüder Short in Sunderland, eingeführt. Die Arbeitszeit hatte vorher 53 Stunden betragen. Jetzt wird aber in 48 Stunden mehr gearbeitet als in den 53 Stunden. Und zwar gab es auch im Anfang keinen Ausfall, und hat das Mehr der Gesammtleistung fortwährend zugenommen. Die Leute gehen um ½8 Uhr — nach dem Frühstück — an die Arbeit und arbeiten mit nur einer Pause (1½ Stunden) für Essen und Ausruhen bis 5 Uhr Nachmittag. Die Firma, welche den Achtstundentag nur versuchsweise eingeführt hatte, ist mit dem Ergebniß höchlich zufrieden und erklärt den jetzigen Zustand, auch geschäftlich, für weit günstiger als den früheren. —

Sämmtliche Stockdrechsler der Stockfabrik Philipp Bumiller in Wien, VII, Neubaugasse 27, befinden seit mehr als sechs Wochen im Streik. Die Ursache desselben war eine beabsichtigte Lohnreduktion von 10—50 pCt. Trotz der Bemühungen des Herrn Bumiller und des mit ihm verbündeten Meistervereins, welche in ganz Oesterreich Streikbrecher anzuwerben suchten, steht die Fabrik bis heute leer. Nur ein Kleinmeister wirthschaftet in derselben herum. Nun hat Herr Bumiller in der Leipziger „Zeitschrift der Drechsler" um „mehrere tüchtige Stockdrechsler annoncirt, denen er „dauernde Beschäftigung" verspricht. Die Wiener Drechsler halten es für selbstverständlich, daß die Fachkollegen in Deutschland, sobald sie von der Sachlage informirt sind, den Kampf nicht erschweren werden. Der Meisterverein drohte bereits mit der Aussperrung sämmtlicher organisirten Arbeiter. Nachdem es dem Verein jedoch klar wurde, daß, wenn dieser Beschluß durchgeführt werden solle, mehr als 90 pCt. der Arbeiter entlassen werden müssen, so ist es bis heute bei der Drohung geblieben. Zuzug muß aber auf jeden Fall ferngehalten werden.

Der Streik der Pariser Erdarbeiter gewinnt an Ausdehnung. Bereits haben einige Syndikate von Bauarbeitern sich bereit erklärt, eventell dem Streik anzuschließen. Während die Streikenden sich musterhaft bewegen, provozirt die Polizei geradezu die Konflikte durch die rigorosesten und lächerlichsten Maßnahmen. In einigen Vororten hat man die Polizei mit Revolvern bewaffnet. Am Sonntag haben Versammlungen der Arbeiter sowohl als auch der Unternehmer stattgefunden. Die Ersteren beharren auf ihren Forderungen, die Unternehmer geben sich durch eine Erklärung den Anschein, als ob sie mit den Forderungen der Arbeiter wohl einverstanden wären, die Behörden müßten nur die Tarife revidiren, d. h. die Unternehmer wollen für die Arbeiten, die sie übernommen, höhere Preise haben, dann sind sie bereit, den Arbeitern mehr zu zahlen.

Soziales.

Krankenkasse und Aerzte. Die „National-Zeitung" schlägt in einer Besprechung des Remscheider Aerztestreiks vor, daß Schiedsgerichte eingerichtet werden möchten, die aus Vertretern der Aerzte und der Krankenkassenvorstände bestehen und einen unparteiischen Vorsitzenden haben. „Ein Akt der Gesetzgebung wäre dazu nicht erforderlich; es genügte, wenn eine dahin gehende Klausel allen zwischen Kassen und Aerzten geschlossenen Verträgen einverleibt würde. Dann könnte auch der Hoffnung Raum gegeben werden, daß ähnliche Unzuträglichkeiten zwischen Aerzten und Krankenkassen, wie sie in Leipzig, Barmen, Remscheid und anderen Orten vorgekommen sind, ein für alle Mal verschwinden würden."

In Köln ist die Orts-Krankenkasse für Fabrikarbeiter auf Anordnung des Regierungspräsidenten von der Gemeindebehörde aufgefordert worden, ihr Vertragsverhältniß mit dem dortigen Verein für freie Arztwahl zu lösen. Ferner ist der Orts-Krankenkasse für Handwerker Nr. 2, die vor kurzem die Einführung der freien Arztwahl beschlossen hatte, der Abschluß eines Vertrags mit dem Verein für freie Arztwahl untersagt und der Kassenvorstand angewiesen worden, die Frage der ärztlichen Behandlung der Mitglieder anderweit zu erledigen. In einer Versammlung der Mitglieder sämmtlicher Kölnischer Krankenkassen mit freier Arztwahl wurde mitgetheilt, die Behörde bekämpfe nicht die freie Arztwahl als solche, auch habe sie Bedenken finanzieller Natur nicht geäußert, sondern sie mache nur formale Einwände geltend, sie fechte die bestehenden Verträge an. Demgegenüber wurde betont, daß die Statuten der betreffenden Kölnischen Kassen dem Erlaß des Regierungspräsidenten der Provinz Brandenburg angepaßt seien und daß ähnliche Einrichtungen, wie sie jene Kölnischen Kassen haben, auch in Bayern, Sachsen und zum theil selbst im Rheinland unangefochten beständen. Die Versammlung nahm einstimmig eine Resolution an, worin erklärt wird, daß die betheiligten Kassen an der relativ freien Arztwahl festhalten und daß die Vorstände das zur Durchführung dieser Erklärung Erforderliche mit allen gesetzlich zulässigen Mitteln betreiben sollen.

Ein Gewerbegericht hat nun auch, nach langem Zögern, die Stadt St. Johann an der Saar errichtet.

Der Verein deutscher Irrenärzte beschäftigte sich auf seiner Jahresversammlung in Bonn mit der Fürsorge für die Geisteskranken. Direktor Dr. Sioli aus Frankfurt a. M. theilte mit, er habe auf grund von Umfragen in 45 der größten Städte Deutschlands festgestellt, daß betreffs der Fürsorge für Geisteskranke in den deutschen Großstädten noch viel zu wünschen übrig bleibe. Ein sehr großer Mißstand sei die Schwierigkeit bei der Aufnahme in die Irrenanstalten. Nothwendig sei, daß in jedem Krankenhause eine selbständige Abtheilung für Geisteskranke errichtet werde. Dr. Lührmann aus Dresden bezeichnete es als nothwendig, daß in allen großen Städten sogenannte Stadtasyle errichtet werden, wohin Personen, die der Geisteskrankheit verdächtig sind, ohne weitere Schwierigkeiten gebracht werden können. Eine schnelle Unterbringung sei erforderlich, um die Verdächtigen vor Ausschreitungen, vor Begehung von Verbrechen, vor Selbstmord u. s. w. zu bewahren, aber auch schon deshalb, weil bei sofortiger ärztlicher Behandlung und entsprechender Isolirung die Patienten oftmals nach kurzer Zeit geheilt werden können. In einem solchen Stadtasyle müsse selbstverständlich auch die Entlassung ohne weitere Schwierigkeit erfolgen können. Diese Stadtasyle hätten auch den Vortheil, daß die Patienten mit großer Leichtigkeit von ihren Angehörigen besucht werden könnten.

Diese Vorschläge fanden den lebhaftesten Beifall der Versammlung.

Geh. Medizinal-Rath Prof. Dr. Kräpelin aus Heidelberg betonte die Nothwendigkeit, dem großen Publikum unbehinderten Zutritt in die Stadtasyle zu gestatten, damit die Vorurtheile über das Wesen der Irrenhäuser verschwinden.

Die Berliner Arbeiter

nahmen gestern in acht ausgezeichnet gut besuchten Versammlungen zu den gegen das Koalitionsrecht geschmiedeten Plänen Stellung. In allen Versammlungen fand einstimmige Annahme die folgende

Resolution.

Die heute Versammelten erheben einmüthig Protest gegen die von der Regierung geplante Verschlechterung des Koalitionsrechts der Arbeiter.

Sie protestiren dagegen, daß das schon jetzt unzureichende Koalitionsrecht dadurch völlig wirkungslos gemacht werden soll, daß die Aufforderung oder „Anreizung" zum Streik bestraft und den Arbeitern die im Kampfe um eine bessere Lebenshaltung unentbehrliche Waffe entwunden werden soll.

Sie protestiren gegen die Schaffung eines Ausnahmegesetzes gegen die Arbeiter, das den Streik bestraft, während Aussperrungen, Verrufserklärungen und schwarze Listen von seiten der Unternehmer wie bisher straflos bleiben sollen.

Sie protestiren, daß die Organisation von Streiks mit der entehrenden Strafe des Zuchthauses betroffen werde, und die Bestrebungen der Arbeiter und Arbeiterinnen, ihre Lebenshaltung zu erhöhen, gesundheitsschädliche Arbeitsbedingungen abzuwehren, oder, wie es bei Arbeiterinnen oft geschehen muß, Angriffe auf ihre Sittlichkeit mit Arbeitsniederlegung zu beantworten, ebenso bestraft werden sollen, wie Betrug, Meineid oder andere schimpfliche gemeine Verbrechen.

Ferner protestiren sie gegen die Absicht einer derartigen Gesetzgebung, die im höchsten Grade kulturfeindlich wirken, und, indem sie den Arbeitern das natürlichste und selbstverständlichste Grundrecht nimmt, ein gewinngieriges Unternehmerthum in seinem Bestreben, die Arbeiterklasse zu unterdrücken, stärkt. Die Versammelten hoffen, daß die gesammte deutsche Arbeiterschaft geschlossen zusammenstehen und durch einen einstimmigen Protest den drohenden Schlag gegen das Koalitionsrecht nicht nur abwehren, sondern zugleich auf den nothwendigen Ausbau der Koalitionsfreiheit dringen wird. Ihre Aufgabe wird es sein, in anbetracht der schon jetzt von den Unternehmern herbeigeführten und noch weiter geforderten Drangsalirungen der Arbeiter um so eifriger durch massenhaften Beitritt die Gewerkschaftsorganisationen zu stärken.

Die Versammlungen nahmen den folgenden Verlauf:

Im **Königshof,** Bülowstraße, sprach Genosse Bernhard Bruns. Die zahlreich besuchte Versammlung spendete den Ausführungen des Redners lebhaften Beifall.

In der Versammlung bei **Martens,** Friedrichstraße, die äußerst gut besucht war, hatte Robert Schmidt das Referat übernommen. Redner zeigte in eingehender Darstellung, welchen starken Einfluß die Vereinigung der Unternehmer auf die Gesetzgebung und die maßgebenden Kreise ausüben. Die ganze Strömung gegen die Arbeiterbewegung ist das Werk profitgieriger Interessenkreise, die mit brutalen Mitteln die Arbeiterbewegung niederhalten wollen. Die Arbeiterschaft möge sich deshalb zur entschiedenen Abwehr rüsten. Von einer Diskussion wurde nach dem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag abgesehen; und die Theilnehmer der Versammlung trennten sich mit einem begeisterten Hoch auf die Arbeiterbewegung.

Der große Saal des Konzerthaus Sanssouci war mit seinen Tribünen bis auf den letzten Platz gefüllt, so daß ein beträchtlicher Theil der Anwesenden mit Stehplätzen vorlieb nehmen mußte. Das Referat hielt Genosse Keßler, der in trefflicher Weise, oftmals durch Beifall unterbrochen, die gegenwärtige Auslegung des § 153 der Gew.-Ordn. durch die Gerichte beleuchtete, und dies den kaiserlichen Erlassen von 1890 gegenüberstellte. Jedenfalls habe, so bemerkt Redner, die Art, wie die letzte Kaiserrede von der Schleifstein-Presse fruktifizirt wurde, zur Stärkung der gewerkschaftlichen Organisation beigetragen. Die Resolution fand einstimmige Annahme. Von einer Diskussion nahm die Versammlung Abstand.

Die Versammlung in den **Andreas-Festsälen** war überfüllt. Nach dem mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag des Genossen Poetzsch nahm die Versammlung einstimmig die Resolution an. Mit großer Begeisterung stimmten die Versammelten in das ausgebrachte Hoch auf die internationale Sozialdemokratie ein.

Zu einer Massenkundgebung sondergleichen gestaltete sich die Versammlung in **Böhow's Brauerei.** Bereits vor dem festgesetzten Beginn hatte sich eine derartige Menschenmenge eingefunden, daß sämmtliche Tische entfernt wurden, und viele, die etwas später kamen, wieder den Heimweg antreten mußten, ohne in das Lokal hineinzukommen. Dr. Herzfeld war der Referent des Abends. In sachlichen und treffenden Worten schilderte er an Hand der Geschichte den Kampf um und gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter. — Brausender Beifall folgte dem häufig von Mißbilligungs- und Entrüstungsäußerungen unterbrochenen Vortrag. Eine Diskussion fand nicht statt. Mit einem dreifachen Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung schloß die Versammlung.

Der große Saal des **„Köllner Hofes"** war gut gefüllt. Alle Sitzplätze waren vergriffen, viele Anwesende mußten in den Gängen stehen. Genosse Dupont äußerte in seinem Vortrag, daß es uns angenehm sein könne, wenn wir immer wieder solchen schönen Stoff bekommen, wie jetzt mit der Ankündigung des „Zuchthausgesetzes". Der Redner legte dann die Geschichte und Ziele der Gewerkschaften dar, die nicht nur Kampf- sondern auch Bildungsmittel seien. Die jetzigen Strafen seien schon hoch genug, um das Zuchthaus entbehrlich zu machen. Der Streik sei oft das letzte Mittel. Und das wollen wir uns nicht nehmen lassen! Die Resolution im Sinne des oft von stürmischem Beifall unterbrochenen Vortrages wurde einstimmig angenommen. Eine Debatte wurde nicht gewünscht.

In der Versammlung in der **Moabiter Brauerei** hatte Genosse Litfin das Referat übernommen. In fast zweistündiger Rede legte der Referent die wirthschaftlichen und politischen Verhältnisse klar. Er verwies auf die Wandlung in bezug auf die Sozialgesetzgebung, die sich in der Regierungskreisen seit einigen Jahren geltend gemacht habe und forderte die Versammlung zum energischen Protest gegen die angedrohten Maßnahmen auf. Die beste Abwehr bestehe im Beitritt zur Gewerkschafts-Organisation. Lebhafter Beifall folgte diesen Ausführungen.

In der **Tonhalle** hatten sich die Maurer versammelt. Sowohl der große Saal, wie die geräumige Gallerie waren schon lange vor Beginn der Versammlung vollständig besetzt. Mit erkennbarem Interesse folgte die mehr als tausendköpfige Zuhörerschaft dem Vortrage des Genossen Stadthagen, der, auf zahlreiche Thatsachen sich stützend, ausführte, daß das Unternehmerthum in Bethätigung der brutalsten Ausbeutung selbst vor Gesetzesübertretungen nicht zurückschreckt, um dem Arbeiter die Anwendung des Koalitionsrechts unmöglich zu machen, und daß, um diesem kulturfeindlichen, gemeingefährlichen Treiben des Unternehmerthums ein Ende zu machen, kein besseres Mittel vorhanden sei, als die Arbeiter aufzuklären und sie um die Fahne der Sozialdemokratie zu schaaren. Von einer Diskussion sah die Versammlung ab und nahm eine Resolution im Sinne des Referats einstimmig an.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Düsseldorf, 19. September. (W. T. B.) Naturforscher- und Aerztetag. Professor Dr. Tillmanns-Leipzig bespricht die Wirkung der modernen Geschosse und verurtheilt die von den Engländern in den indischen Feldzügen verwendeten Dumdum-Geschosse.

Braunschweig, 19. September. (W. H.) Den „Br. Neuest. Nachr." zufolge ist am Sonnabend die Glashütte von Limberg u. Ko. in Gifhorn vollständig niedergebrannt. 130 Arbeiter sind dadurch brotlos geworden. Man glaubt, daß Brandstiftung vorliegt.

Triest, 19. September. Eine Bande slovenischer Bauern stürmte den einsam gelegenen Maierhof Domio und drohte den Besitzer, einen Italiener, sammt seiner Familie zu verbrennen. Ein Theil der Räuber wurde verhaftet, die übrigen entkamen.

Zürich, 19. September. (W. H.) Der bekannte englische Alpinist Gaston Bimus ist sammt seinem Führer von der Charmoz-Spitze abgestürzt. Beide sind todt. Die Leiche Bimus' ist bereits geborgen.

Scheidegg, 19. September. (W. T. B.) Anläßlich der Einweihung der ersten Strecke der Jungfraubahn Scheidegg—Eigergletscher fand heute Mittag 12½ Uhr auf dem Gletscherbahnhof nach einer Festpredigt und Gesangsvorträgen die Aufführung eines von Leonhard Steiner-Zürich gedichteten Festspiels statt. Auf die Aufführung folgte ein Bankett.

Neuchatel, 19. September. (W. T. B.) Vier italienische Anarchisten wurden hier auf Anordnung des General-Prokurators der Eidgenossenschaft verhaftet. Sie heißen Bozzino, Colombelli, Merno und Germani. Bei Germani soll, wie gerüchtweise verlautet, ein anarchistisches Blatt gedruckt worden sein.

Paris, 19. September. (W. T. B.) Die Jahresversammlung des Freimaurer-Konvents nahm in ihrer heute Vormittag abgehaltenen ersten Sitzung einstimmig eine Resolution an, in welcher sie das Ministerium Brisson zu dessen Haltung in der Dreyfus-Angelegenheit beglückwünscht und sich verpflichtet, dasselbe zu unterstützen zur Vertheidigung der großen Grundsätze der Revolution, welche die Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetze ohne Unterschied der Rasse und der Religion feststellte.

Rom, 19. Septbr. (W. H.) Die Vorschläge Canevaro's betreffs Kreta's bezwecken hauptsächlich die Theilnahme Deutschlands und Oesterreichs an der gemeinsamen Aktion.

Madrid, 19. September. (W. T. B.) Von tausend spanischen Soldaten, die auf dem Dampfer „San Ignacio" von Kuba nach der Heimath zurückgeschafft wurden, starben während der Fahrt 123. Man mißt die Schuld für diese Todesfälle dem Umstande zu, daß die Amerikaner die Spanier zwangen, ihre Kranken einzuschiffen, um ihre eigenen Kranken in den Spitälern unterbringen zu können.

Haag, 19. September. (W. T. B.) Das in der auswärtigen Presse verbreitet gewesene Gerücht von einem der Königin Wilhelmina Ende August während ihres Aufenthalts in Soestdijk begegneten Zwischenfall ist völlig grundlos. Es ist weder der Königin noch ihrer Hofdame irgend etwas passirt, was das Gerücht erklären könnte.

Athen, 19. September. (W. H.) Der englische Admiral forderte die Auslieferung mehrerer türkischer Notablen auf Kreta, die dort mehrfach Massacres angestiftet haben. Im Weigerungsfall droht der Admiral mit dem Bombardement Kandia's.

Sofia, 19. Septbr. Bei den Ergänzungswahlen zur Sobranje für 9 Deputirtensitze in 7 Wahlkreisen wurden durchweg Kandidaten der Nationalpartei gewählt, darunter in Sofia der Justizminister Zgurew. Radoslawow ist bei der Wahl unterlegen. Die Wahlen haben sich nach dem neuen Wahlgesetz, unter der Kontrolle der Richter und der Kandidaten vollzogen. Die Ordnung wurde nirgends gestört.

Bradford, 19. September. (W. T. B.) An einem Wagen der elektrischen Straßenbahn versagte, als er eine starke Steigung herunterfuhr, die Bremse. Der vollbesetzte Wagen schlug um; fünfzig Personen erlitten schwere Verletzungen, darunter mehrere tödtlich.

Washington, 19. September. (W. T. B.) Fünf Regimenter, die gegenwärtig in San Francisco sind, erhielten Befehl, nach Manila abzugehen. Die nöthigen Maßnahmen für den Transport derselben sollen sofort getroffen werden.

Verantwortlicher Redakteur: **Wilhelm Schröder** in Halensee. Für den Inseratentheil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin. **Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsblatt.**

Internationaler Glasarbeiter-Kongreß.

Berlin, den 18. September 1898.

Der internationale Glasarbeiter-Kongreß — es ist der fünfte seiner Art — ist heute Mittag 1 Uhr im Saale des Englischen Gartens, Alexanderstraße hierselbst, eröffnet worden. Außer den Delegirten hatten sich zahlreiche Gäste, Mitglieder der Glasarbeiter-Organisation und anderer Gewerkschaften, eingefunden, so daß der geräumige, mit rothen Fahnen und Emblemen hübsch dekorirte Saal fast überfüllt war.

Die Gesangvereine „Vorwärts" und „Frohsinn" aus Stralau begrüßen die Theilnehmer des Kongresses durch zwei gemeinsam vorgetragene Lieder, die mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurden. Dann ergriff der Reichstags-Abgeordnete Horn-Löbtau das Wort zu der Begrüßungsansprache. Er sagte: „Zum ersten Male wird in Deutschland ein internationaler Glasarbeiter-Kongreß abgehalten, nachdem in den Vorjahren schon solche in England, Frankreich und der Schweiz stattgefunden haben. Es ist für die Glasarbeiterbewegung gewiß von hoher Bedeutung, daß wir endlich auch einmal in Deutschland die fremden Genossen der Glasbranche gegenwärtig finden und mit den Kollegen aus allen kultivirten Ländern Fühlung gewinnen und über die Wege berathschlagen können, welche einzuschlagen sind, um das Schicksal der Glasarbeiter zu mildern. Sind es doch gerade unsere Kollegen, welche die härteste Arbeit unter den größten Mühsalen im Schweiße ihres Angesichts verrichten müssen. Gerade heute, bei der riesigen Entwickelung des Kapitalismus ist es für die Glasarbeiter aller Länder höchste Zeit, sich zusammenzuschaaren und mit vereinten Kräften ihre Lage zu verbessern. Weil dieser Gedanke der Zusammengehörigkeit überall bei Ihnen durchgedrungen ist, weil er Sie alle beseelt, heiße ich Sie herzlich willkommen; zuerst die ausländischen Gäste, dann unsere deutschen Kollegen. (Bravo!)

Begrüßungstelegramme waren von der Gewerkschaft der Glas- und Porzellanmaler in Wien und von den Glasarbeitern in Hannover eingegangen. Eine vorläufige Feststellung der Prüfung ergab, daß England 7 Delegirte, Deutschland 14, Oesterreich 2, Dänemark und Belgien je einen Delegirten entsandt haben. Mehrere französische Delegirte werden noch erwartet. Es folgte die Wahl des Bureaus.

Gewählt wurden als Präsidenten des Kongresses Ascholl (England) und Buck (Deutschland), als Schriftführer Preußler (Oesterreich) und Graf (Deutschland).

Hierauf nahm der Sekretär des internationalen Komitees der Glasarbeiter, Greenwood (Castleford), das Wort. Er gab der Befriedigung der Engländer darüber Ausdruck, einmal in Berlin tagen zu dürfen, besprach die große Wichtigkeit der Glasarbeiter-Organisationen im allgemeinen, zumal diese ja noch sehr weit zurück sind, und den Werth der internationalen Kongresse im besonderen. Seit 12 Jahren versuchten die Engländer mit den festländischen Kollegen in Verbindung zu treten. Hoffentlich werde dieser Kongreß zur Stärkung der internationalen Solidarität das seinige beitragen. Er betonte weiter, daß die Glasarbeiter ihre Ziele auf gesetzlichem Wege verfolgten. Es sei deshalb nicht nothwendig, daß die englischen Delegirten polizeilich überwacht würden, denn es liege ihnen fern, auch nur das geringste zu thun, was gegen das Gesetz verstoße. Er hoffe, die Engländer würden den Kongreß mit dem Bewußtsein verlassen können, daß auch die festländische Organisation Fortschritte mache und daß bald alle Arbeiter der verschiedenen Länder eine einzige Brüderschaft bildeten, die nur ein Herz, ein Vaterland und eine Gesinnung haben, wie es so schön in dem Begrüßungsliede geheißen habe. (Bei der Uebersetzung wurde der Schluß lebhaft akklamirt.

Preußler (Redakteur der Wiener „Solidarität") giebt der Freude Ausdruck, daß auch die Oesterreicher diesmal, zum ersten Male, an dem Kongresse theilgenommen haben. Die Organisation in Oesterreich sei noch sehr schwach, namentlich infolge des großen Nothstandes der böhmischen Glasarbeiter, bei denen die Noth der schlesischen Weber aus den 40er Jahren ihre Auferstehung feiere. Zehntausend in der Hausindustrie beschäftigte österreichische Glasarbeiter verdienten bei 16stündiger Arbeitszeit nur 1,50 fl. (Lebhafte Bewegung, hört, hört!) Selbst die Regierung habe bei dieser Noth schon eingreifen müssen. Für die österreichischen Fachgenossen gäbe es weder Sonntags- noch Nachtruhe, was moralisch und physisch demoralisirend wirke. Er verspreche aber, daß trotzdem die Oesterreicher brav zur internationalen Organisation halten würden. (Lebhafter Beifall.)

Lambillotte-Belgien erinnerte in seiner Begrüßungsansprache an den großen belgischen Glasarbeiterstreik, der den Führern der Bewegung 20 Jahre Zwangsarbeit eingebracht habe. In Belgien seien 4000 Glasarbeiter organisirt, zum großen Theil Rekruten, die von dem Werthe der Bewegung noch nicht recht durchdrungen seien. Von dem Kongresse erhoffe er aber die allerbesten Anregungen. (Beifall.) (Lambilotte ist belgisches Parlamentsmitglied.) Völkel (ein jetzt in England lebender sächsischer Glasarbeiter, der unter dem Sozialistengesetz ausgewiesen worden ist) sprach als Kosmopolit. Er erinnerte an die Zeit des Sozialistengesetzes, dem auch die Glasarbeiterorganisation zum Opfer gefallen sei. Auch er habe das Vaterland verlassen müssen, sei aber bestrebt gewesen, seine Ideen im Ausland zu verbreiten. Die internationalen Kongresse brächten die Arbeiter der einzelnen Länder immer näher und bald werde sich das Wort des großen Lehrmeisters erfüllen „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!" (Stürmischer Beifall.)

Auf Vorschlag Horn's sprach der Kongreß allen in Lohnkämpfen stehenden Fachgenossen seine Sympathie aus.

Die Prüfung der Mandate wurde den einzelnen Nationen überlassen. Eine Kommission wurde mit der Ausarbeitung der Geschäftsordnung betraut. Die weiteren Verhandlungen wurden auf Montag früh vertagt.

Zweiter Verhandlungstag.

Montag, den 19. September 1898.

Die Verhandlungen werden um 8½ Uhr früh eröffnet. Als Arbeitszeit des Kongresses werden die Stunden von 8½ bis 12 und von 2 bis 5 festgesetzt.

Die definitive Tagesordnung lautet: Bericht des Sekretärs; Bericht der Delegirten, Lohnfrage und Arbeitszeit; die Schutzzollfrage; die Organisation der Glasarbeiter; Anträge; das internationale Sekretariat; der nächste Kongreß.

Nachdem der Kongreß sich eine Geschäftsordnung gegeben, erstattet die Mandatsprüfungskommission Bericht. Anwesend sind 26 Delegirte und zwar 15 aus Deutschland, 1 aus Dänemark, 1 aus Belgien, 2 aus Oesterreich und 7 aus England. Die deutsche Delegation vertritt 5210 organisirte Glasarbeiter in 29 Orten, die englische 4200 Mitglieder und zwar ausschließlich Arbeiter der Flaschenindustrie und der belgische Delegirte 2500 organisirte Fensterglasarbeiter, der österreichische 3150 Organisirte. Sämmtliche Mandate werden für giltig erklärt.

Greenwood (Castleford) erstattet Bericht über die Thätigkeit des Internationalen Sekretariats. Der Londoner Kongreß im Jahre 1896 beschloß, den nächsten internationalen Kongreß in Deutschland stattfinden zu lassen. Er sollte bereits im Juli zusammentreten; mit Rücksicht darauf, daß der bewährte Kollege Horn sich zu dieser Zeit im Gefängniß befand, beschloß man, den Kongreß im September stattfinden zu lassen, um den alten Kampfgenossen begrüßen zu können. (Beifall.) Einladungen zu diesem Kongreß sind an die verschiedenen Branchen der englischen Glasarbeiter, an die Unionen der Schleifer, Preßglas-Arbeiter und Weißglasmacher ergangen, sie haben aber leider dem Rufe nicht Folge geleistet. Vertreten sind nur die Flaschenmacher. Einladungen sind weiter ergangen an die Glasarbeiter Hollands, Belgiens, Frankreichs, Spaniens, Oesterreichs, Dänemarks und Amerika's. Die amerikanischen Glasarbeiter haben auf die Einladung nicht geantwortet, der Brief an den Sekretär der Glasarbeiter Barcelonas ist als unbestellbar zurückgekommen. Die Holländer sind nicht erschienen, weil ihre Organisation durch den Bund der Fabrikanten und des Klerus zersprengt worden ist. Der Sekretär bedauert, daß sich die holländischen Arbeiter haben zu Sklaven machen lassen, jedes Arbeiters Prinzip muß es sein, einer festen Organisation anzugehören, weil er als Einzelner absolut machtlos ist. Der internationale Zusammenschluß der Arbeiter wird mehr und mehr zur Nothwendigkeit, um bei Streiks und Aussperrungen sich gegenseitig Hilfe zu leisten und den Zuzug zu verhindern. Bedauerlich bleibt der geringe Fortschritt der internationalen Organisation. Noch halten sich starke Unionen der englischen Glasarbeiter ihr fern. So die Flintglasarbeiter, die eine so starke Organisation besitzen, daß die Fabrikanten seit 15 Jahren keine Lohnreduktion vorzunehmen gewagt haben. (Bravo!) Die Organisation der hier vertretenen Flaschenarbeiter umfaßt ausnahmslos alle Arbeiter dieser Branche. „Wir haben," sagt Greenwood, „in England vollständige Bewegungsfreiheit, kein Eingriff der Behörde belästigt uns, wir werden als freie Bürger betrachtet und behandelt, und wir nehmen dasselbe Recht wie die Fabrikanten für uns in Anspruch. Ein Flaschenarbeiter, der der Organisation nicht angehört, hat keine Aussicht auf Beschäftigung; wir betrachten ihn nicht als Arbeiter. Die Fabrikanten haben hier nicht dazwischen zu reden." Die internationalen Kongresse dienen in erster Linie dazu, die Kenntniß über die Lage der Glasarbeiter in den verschiedenen Ländern unter den Kollegen zu verbreiten. Hierzu wird auch dieser Kongreß dienen. Zum Schluß gedenkt Redner in warmen Worten der Frau Eleanore Marx, der besonders die Glasarbeiter vielen Dank schuldig seien. Seit 1892 habe sie ihnen ihre Arbeitskraft gewidmet, und noch sei kein Ersatz gefunden.

Der Kongreß ehrt das Andenken der Verstorbenen durch Erheben von den Plätzen.

In der Besprechung des Berichts bedauert Preußler-Wien besonders, daß Frankreich nicht vertreten ist. Gern hätten wir aus dem Munde der Glasarbeiter von Carmaux und Albi eine Widerlegung der Lügennachrichten über die Glashütte in Albi gehört. Redner schlägt folgende Resolution vor: Der Kongreß bedauert, daß viele Länder trotz erfolgter Einladung auf dem Kongreß nicht vertreten sind und beauftragt den internationalen Sekretär durch eine Umfrage bei ihnen festzustellen, weshalb sie keine Vertretung entsandt haben und wie sie sich zur internationalen Organisation überhaupt stellen?

Sekretär Greenwood nimmt zu dieser Resolution das Wort. Die französischen Arbeiter ständen treu zur internationalen Organisation und wären besonders gern nach Deutschland gekommen, gerade um zu beweisen, daß sie nicht chauvinistisch gesinnt sind und keine Feindschaft gegen die deutschen Arbeiter hegen. Aber die großen Lohnkämpfe hätten ihre Kassen zu sehr geleert. Immerhin wären sie bereit gewesen, einen oder zwei Delegirte zum Kongreß zu entsenden. Leider habe sich aber der Briefwechsel zwischen ihm (Greenwood) und der französischen Organisation der Sprachschwierigkeiten wegen verzögert. Ausgeschlossen sei es deshalb aber nicht, daß die Franzosen im Laufe der Tagung noch einträfen. Anders wie mit Frankreich stehe es mit Amerika, das sich ganz abseits stelle und nicht einmal den Aufruf für den Kongreß in dem amerikanischen Fachblatt veröffentlicht habe.

Horn-Löbtau konstatirt ebenfalls, daß das Fernbleiben der Franzosen nicht von Chauvinismus oder Gleichgiltigkeit diktirt sei. Anders sei es mit Amerika. Infolge der Zollpolitik sei zwischen den amerikanischen und den europäischen Fachgenossen ein gespanntes Verhältniß entstanden. Man schließe sich in Amerika ab und verhindere auch deutsche und österreichische Fachgenossen, die drüben einwandern, möglichst am Eintritt in die dortigen Organisationen.

Lambillotte-Belgien bestätigt den zünftlerischen Charakter der amerikanischen Organisationen, die ein Eintrittsgeld von 100, 200, ja 300 Dollars von dem Ausländer verlangen. Die amerikanischen Glasarbeiter schwankten noch zwischen den Prinzipien des Freihandels und Schutzzolls hin und her, sie seien wirthschaftlich und politisch noch nicht reif für die Ideen des Sozialismus und der allgemeinen Brüderlichkeit. Unter den amerikanischen Prohibitivzöllen litten die belgischen Arbeiter besonders. 95 pCt. aller in Belgien hergestellten Fenstergläser gingen ins Ausland und namentlich nach Amerika. Die belgischen Unternehmer hätten die Zölle dadurch wettgemacht, daß sie die Arbeitskraft des belgischen Arbeiters aufs höchste auspressen und ausbeuten. (Auf bei den Deutschen: Ganz wie bei uns!) Die Arbeiter müssen deshalb Einfluß auf die Gesetzgebung zu gewinnen suchen, um die verderbliche Schutzzoll-Politik zu verhindern. Nur durch die Vereinigung könne den Arbeitern Segen erwachsen und unter den Arbeitern aller Länder muß der Grundsatz zur Geltung kommen, daß jeder Angehörige einer Organisation bei jeder ausländischen Organisation bereitwillige Aufnahme findet. (Lebhafter Beifall.)

Hunter-England bestätigt aus eigener Erfahrung die Schwierigkeiten beim Eintritt in die amerikanische Organisation. Der amerikanische Glasarbeiter verdiene täglich 7—10 Dollars und dieser hohe Lohn habe die Ueberhebung und Abgeschlossenheit der amerikanischen Glasarbeiter zur Folge.

Buck-Stralau hebt hervor, daß es in Amerika jetzt noch so sei, wie früher in England. Als die englischen Löhne noch höher waren, hätten auch die Engländer nicht viel von der internationalen Organisation wissen wollen. Die Verhältnisse würden auch hier früher oder später Wandel schaffen. Vorläufig sei von den Amerikanern nichts zu erwarten. Hierauf tritt die Mittagspause ein.

In der Nachmittags-Sitzung wird zunächst dem Internationalen Sekretär Decharge ertheilt und die Resolution Preußler angenommen.

Es folgt der Bericht der Delegirten, der sich auf die Lohnverhältnisse und die Arbeitszeit erstreckt.

Für Deutschland spricht Girbig-Stralau, Vorsitzender des Berliner Verbandes. Er giebt eine Geschichte der Organisation, gedenkt der Zerschmetterung durch das Sozialistengesetz, von der sie sich immer noch nicht ganz erholt habe, zumal der Indifferentismus unter den Glasarbeitern sehr groß sei. Redner geht dann im speziellen auf die Verhältnisse der Weißhohlglasbranche ein, die er als traurige bezeichnet. Die Lehrzeit sei gänzlich ungeordnet, der Lohn schwanke zwischen 12 und 16 M. Die Sonntagsruhe sei sehr mangelhaft durchgeführt.

Der Vors. Buck verliest ein Schreiben der Glasarbeiter von Wirges im Westerwald, indem sie den Kongreß begrüßen und mittheilen, daß ihnen drei Versammlungen, in denen sie zum Kongreß Stellung nehmen wollten, vom Landrath verboten worden seien. Diese Beschränkung der Koalitionsfreiheit ruft bei den Delegirten hochgradige Entrüstung hervor. Den Generalbericht über die Lage der deutschen Glasarbeiter giebt Horn, der während seines vielmonatigen Gefängniß-Aufenthaltes die Verhältnisse nach amtlichem, statistischen Material eingehend studirt hat. Er sagt u. a.: Die ausländischen Glasarbeiter klagen alle über die deutsche Konkurrenz. Der deutsche Arbeiter arbeite zu viel und zu billig, der deutsche Fabrikant produzire zu viel und zu billig. In der That ist die Zahl der Arbeiter und die Arbeitsleistung stetig gewachsen. Nach den Listen der Unfall-Berufsgenossenschaften existirten im Jahre 1885 764 Betriebe mit 38 138 Arbeitern, 1886 gab es nur 688 Betriebe, diese beschäftigten aber schon 41 685 Arbeiter. 1890 gab es 723 Betriebe mit 54 130 Arbeitern, 1891 716 Betriebe mit 56 167 Arbeitern und 1896 741 Betriebe mit 82 000 Arbeitern. Bei einem Rückgang der Betriebe um 23 ist die Zahl der Arbeiter um mehr als das Doppelte gestiegen. In diese Zahl der Betriebe sind alle Veredlungsanstalten, wie Glasmalereien und -Schleifereien mit eingeschlossen. Unter den 82 000 Arbeitern befinden sich 47 000 gelernte Glasmacher 35 000 Arbeiter sind Nebenarbeiter. Nur 52 000 sind Vollarbeiter, d. h. solche, die während des Jahres 300 Tage gearbeitet haben. Die Technik hat mit dem Export in der Glasindustrie gleichen Schritt gehalten. Die Feuerungstechnik und die maschinelle haben sich sehr entwickelt und beide Faktoren haben ihren Antheil an dem Aufschwunge und der Konkurrenzfähigkeit der Industrie. Der hauptsächlichste Grund für die Konkurrenzfähigkeit liegt aber in den Verhältnissen des Arbeiters. Die Arbeitsleistung des Arbeiters ist immer mehr hinaufgeschraubt worden, die Löhne aber haben mit dieser Arbeitsleistung nicht gleichen Schritt gehalten. Die Arbeitszeit ist nicht verkürzt worden, die Sonntagsruhe nur eine sehr problematische zu nennen. Auf Kosten der Arbeiter hat das deutsche Unternehmerthum die Ueberlegenheit auf dem Weltmarkt erreicht, hat sich der Export in so ungeahntem Maße gesteigert. Während 1880 die Einfuhr 6772 Tonnen bei einem Werth von 6 704 000 M. und die Ausfuhr 59 621 Tonnen bei einem Werth von 20½ Millionen betrug, ist 1895 die Einfuhr auf 2785 Tonnen bei einem Werth von 3½ Millionen gesunken, die Ausfuhr über auf 113 422 Tonnen bei einem Werthe von 30,4 Millionen gestiegen. Man sieht, daß trotz der Steigerung der Ausfuhr der Werth der ausgeführten Waare ganz erheblich gesunken ist. Mit der Steigerung der Produktion ging der Werthverminderung entsprechend eine stetige Lohnherabsetzung Hand in Hand. Von 1874—97 sind die Löhne um 19 bis 32 pCt. gesunken. Die Arbeitszeit variirt zwischen 60 und 87 Stunden in der Woche. Der Lohn für die Meister in den Fabriken beläuft sich auf 16—27, in seltenen Fällen bis 30 Mark, für Gehilfen auf 12—18 M., für Lehrlinge auf 6—10 M., für Schmelzer von 12—24 M. Das ist kein angemessener Lohn für die Leistung eines deutschen Arbeiters. Verlangt der Arbeiter eine Lohnaufbesserung, so begegnet er dem größten Widerstand des Unternehmers. Dabei habe der Glasarbeiter noch mit sehr mißlichen sanitären Verhältnissen zu kämpfen, beträgt doch das Durchschnittsalter eines Glasarbeiters nur 35 Jahre. Die Lokalbehörden und die Reichsregierung müssen mit diesen schlechten sanitären Verhältnissen vertraut gemacht und um Abhilfe angegangen werden. Die ausländischen Fachgenossen müßten sich mit den schlechten deutschen Verhältnissen beschäftigen, denn es ist klar, daß sie auf die jetzt noch guten englischen und amerikanischen Verhältnisse zurückwirken müssen. Neben einer starken nationalen Organisation ist deshalb eine gute internationale Organisation von Nöthen. Internationale Solidarität muß vor allem bei Lohnkämpfen geübt werden. Die Grundsätze dieser internationalen Solidarität müssen in einem Kartellvertrag festgelegt werden. Das Hauptgewicht muß auf die allgemeine Einführung des Achtstundentages gelegt werden. (Lebhafter Beifall.)

Im Anschluß an diesen Bericht sind folgende Anträge eingelaufen:

Die Glasarbeiter Stralau's beantragen, der Kongreß möge sich dafür aussprechen, daß in allen Betrieben der Glasindustrie, gleichviel welcher Art, eine ununterbrochene Sonntagsruhe von 30 Stunden gesetzlich festgelegt werde. Ostern, Pfingsten und Weihnachten soll die Sonntagsruhe 54 Stunden währen. Sie soll in der Art gelegt werden, daß die Arbeit Sonnabend Nacht spätestens um 12 Uhr aufhört und am Montag Morgen nicht vor 4 Uhr aufgenommen wird.

Die Glasarbeiter Ottensens fordern, daß die Glasarbeiter-Organisationen aller Länder und aller Orten eine energische Agitation für den Achtstundentag entfalten.

Aehnliche Anträge liegen aus Dresden und dem Plauen'schen Grunde vor.

Eine Kommission von fünf Mitgliedern (von jeder Nation ein Delegirter) wird mit der Redaktion dieser Anträge und ihrer Zusammenfassung beauftragt.

Für Dänemark berichtet Hartmann. Die wenig entwickelte dänische Glasindustrie beschäftigt etwa 500 Arbeiter. Hiervon sind 200 organisirt. Die Vereinigung wurde im Jahre 1893 gestiftet. Die Fabrikanten eröffneten einen Vernichtungskrieg gegen sie, und 1895 gab es nur 9 organisirte Glasarbeiter. Während die Organisation darniederlag, verkürzten die Fabrikanten die Löhne aufs äußerste. Unermüdlicher Thätigkeit gelang es, die Organisation auf ihre jetzige Höhe zu bringen, und eine Erhöhung der Löhne um 25 pCt. gegen 1891 durchzusetzen. Die Arbeitszeit beträgt 9 Stunden, die Sonntagsarbeit ist so gut wie beseitigt.

Kommunales.

Die Leichen-Sammelstelle in der Dieselme yerstraße dient bekanntlich als Stapelplatz für alle Leichen, die als „Freileichen" für Rechnung der Stadtgemeinde beerdigt werden müssen. Diese Leichen werden im Laufe jedes Tages durch einen Unternehmer mittels Leichenwagens aus den Sterbehäusern und den Krankenanstalten abgeholt, an die Sammelstelle abgeliefert und von hier aus während der Nachtzeit durch besonders eingerichtete Wagen nach dem Gemeinde-Friedhofe bei Friedrichsfelde übergeführt. Für die Sammelstelle sind im letzten Verwaltungsjahre, vom 1. April 1897 bis 31. März 1898 — 2455,38 M. verausgabt worden. Die Einnahmen betrugen 2003,75 M., so daß ein Zuschuß aus der Stadtkasse von 451,63 M. erforderlich war. — Zur Beseitigung von menschlichen Körpertheilen, mögen dieselben von lebenden Menschen herstammen (Amputationen) oder zu Leichen gehören, bei denen jede Leichenindividualität verloren gegangen ist, wurde im vorigen Jahre auf dem Grundstück der Leichen-Sammelstelle bekanntlich ein Verbrennungsofen errichtet. Die Bauabnahme dieses Ofens erfolgte im April dieses Jahres und es fanden darauf Verbrennungen in Gegenwart von Mitgliedern der Medizinalabtheilung des Kultusministeriums, des Reichs-Gesundheitsamtes, der städtischen Gemeindebehörden und des Polizeipräsidiums statt, wobei sich herausstellte, daß der Ofen zur vollsten Zufriedenheit funktionirte. — Es wäre zu wünschen, daß aus hygienischen Rücksichten die Staatsbehörden ihren Widerspruch gegen die Errichtung eines Leichenverbrennungs-Ofens (Krematoriums) in Berlin endlich aufgäben und die fakultative Leichenverbrennung, ähnlich wie es in Gotha und Hamburg bereits der Fall, auch hier zuzulassen. Die städtischen Behörden haben sich bekanntlich wiederholt für die Errichtung eines Krematoriums in Berlin entschieden. Leider gelang es bisher nicht, die Zustimmung der Staatsbehörden zu erlangen.

Zu Armenärzten sind von der Armendirektion gewählt worden Herr Dr. Engelhardt als Armenarzt für den 21. und Dr. Glaß für den neuen Theil des 74. Medizinalbezirks.

Lokales.

Das in Gütergotz von der Verwaltung der Invaliditäts- und Altersversicherungs-Anstalt Berlin eingerichtete Sanatorium hat im Jahre 1897 zwei neue Krankenbaracken erhalten, wodurch für 94 Patienten Raum geschaffen werden konnte, während 1896 höchstens 68 Patienten beherbergt wurden. Es werden nur männliche Personen aufgenommen. Ausgeschlossen sind ferner Personen, welche an ansteckenden Krankheiten oder Lungenschwindsucht leiden. Im Jahre 1897 kamen 276 Personen zur Aufnahme, während 279 aus der Behandlung entlassen wurden. Von letzteren waren 149 geheilt, 101 bis zur Erwerbsfähigkeit gebessert und nur 29 ungeheilt und erwerbsunfähig. In Prozenten belief sich die Zahl der Erwerbsfähigen auf 90 pCt. und zwar der Heilungen auf 53, der Besserungen auf 36 und der Ungeheilten aber Erwerbsfähigen auf 1 pCt. aller entlassenen Pfleglinge; 10 pCt. blieben ungeheilt und nicht erwerbsfähig. Seit Mitte April bis Ende November 1897 überstieg die Zahl der Aufnahmegesuche dauernd die Zahl der Vakanzen und es mußten in diesen Monaten beständig Vormerkungen stattfinden. Das Sanatorium hatte insgesammt 29 046 Verpflegungstage, die Ausgaben stellten sich

auf 89 820,80 M. oder pro Tag und Kopf eines Kranken auf 3,768 M. Unter den zur Behandlung gekommenen Krankheiten überwogen solche der Haut, Knochen und Muskeln mit 36 pCt., darunter meist Gelenkrheumatismus, es folgten Nervenkrankheiten mit 18 pCt. Die durchschnittliche Verpflegungsdauer für einen Fall belief sich auf 68,6 Tage. Die Mehrzahl der Aufgenommenen waren zwischen 30 und 50 Jahren alt, 3 noch nicht 20, 12 über 60 Jahre. Von den entlassenen Pfleglingen waren 57 ledig, 217 verheirathet, 4 verwittwet bezw. geschieden. 164 Patienten bezogen bei der Aufnahme noch Krankengeld, 106 waren ausgesteuert, darunter 79 Verheirathete und 2 Wittwer. In 82 Fällen wurde den bedürftigen Familien der Kranken während der Dauer des Aufenthalts des Ernährers im Sanatorium wöchentliche Unterstützungen in Höhe von 3 bis 7 M. von der Versicherungsanstalt gezahlt. Außer für die im Sanatorium Görbersdorf behandelten Patienten wurden im Jahre 1897 noch für 94 Männer und 57 Frauen die Krankenfürsorge abgeschlossen. Dieselben wurden zunächst in den hiesigen öffentlichen und privaten Krankenhäusern und in den städtischen Heimstätten bei Berlin, wie Malchow, Blankenburg, Blankenfelde, ferner in der Volksheilstätte des rothen Kreuzes am Grabowsee bei Oranienburg und in der Anstalt des Dr. Weicker in Görbersdorf i. Schles. auf Kosten der Versicherungs-Anstalt behandelt. In einigen Fällen bestand die Fürsorge in Gewährung orthopädischer Apparate, Bäder 2c. und in ambulanter Behandlung. Bei den Männern, die außerhalb Görbersdorf behandelt wurden, überwiegen Lungenkrankheiten, zumeist Lungenschwindsucht, bei Frauen kamen außerdem Haut-, Knochen-, Muskeln- und Gelenk-Krankheiten in betracht.

Die Große Berliner Straßenbahn hat beim Polizeipräsidium und bei der städtischen Verkehrsdeputation die Genehmigung nachgesucht, 1. zur Einrichtung einer neuen Linie vom Moltenmarkt über den Mühlendamm—Breitestraße—Schloßplatz—Werderschen Markt—Französischestraße—Kanonier-, Mauer-, Leipziger-, Potsdamer-, Lützow-, Schill-, Kettelbeck-, Kleist-, Tauenzienstraße, Auguste-Viktoriaplatz, Kantstraße bis Amtsgericht zu Charlottenburg (8 und 6 Minuten-Verkehr) und 2. zur Weiterführung der Linie Weißenburgerstraße (Ecke Danzigerstraße)—Rixdorf (Hermannsplatz) durch die Berliner—Richard- und Cannerstraße bis zur Verbindungsbahn (8 Minuten-Verkehr.) Diese Fahrplanänderungen sollen am 1. Oktober in kraft treten.

Ein Damenrennen fand als neuester Auswuchs des Sportwesens am Sonntag auf der Radrennbahn am Kurfürstendamm statt. Wie es dabei zuging, lehrt ein Bericht des „Berliner Tageblatt": In einem der Vorläufe zu dem genannten Rennen waren einige Stürze vorgekommen. Fräulein Aboukaia, eine dunkelfarbige Tochter Algiers, verfiel aus Schrecken über den Sturz des Fräulein Schuster in einen Weinkrampf und mußte fortgetragen werden, erschien aber ebenso wie Fräulein Schuster aus Berlin, die starke Hautabschürfungen erlitten hatte, nach kurzer Zeit wieder auf der Bahn. Die Berlinerin nahm sogar noch an den folgenden Rennen theil, nachdem sie sich vom Arzt hatte verbinden lassen. Die beste der anwesenden Rennfahrerinnen, Fräulein Louise Roger, war durch die erwähnten Stürze aus dem Rennen gebracht worden und kam daher nicht mit in die Entscheidung des Hauptfahrens. Dagegen gewann sie in großem Stil die beiden anderen Damenkonkurrenzen."

Dem anwesenden Publikum soll das abscheuliche Schauspiel ein „großes Amüsement" gebracht haben. Alle Achtung vor solchem Publikum!

Das Polizeipräsidium theilt mit: Die hiesigen Einwohner, welche für das Kalenderjahr 1899 außerhalb des Berliner Gemeindebezirks ein Gewerbe im Umherziehen betreiben wollen, werden in ihrem eigenen Interesse aufgefordert, das Gewerbe behufs Erlangung der Wander-Gewerbescheine unverzüglich anzumelden. Die betreffenden Gesuche sind dem hiesigen königlichen Polizeipräsidium einzureichen. Die von der letztgenannten Behörde ausgefertigten und der hiesigen königlichen Direktion für die Verwaltung der direkten Steuern, Abtheilung für Gewerbesteuer, übersandten Wandergewerbescheine sind demnächst bei der hiesigen städtischen Steuerkasse gegen Zahlung der in einem besonderen Schreiben der Steuerdirektion bekannt gegebenen Steuer einzulösen. Nur Inländer, welche ausschließlich nicht selbst gewonnene rohe Erzeugnisse der Land- und Forstwirthschaft, des Garten- und Obstbaues, der Geflügel- und Bienenzucht im Umherziehen feilbieten wollen und deshalb eines Wander-Gewerbescheines nicht bedürfen, haben den erforderlichen Gewerbeschein direkt bei der königlichen Steuerdirektion, Abtheilung für Gewerbesteuer, Kleine Präsidentenstr. 7, nachzusuchen.

Das Kuratorium der Unfallstationen theilt mit: Mit der Leitung der chirurgischen Abtheilung des neuen Krankenhauses, welches der „Zweigverein Berlin" des Vaterländischen Frauenvereins in Weißensee errichtet, ist Herr Dr. Bode, dirigirender Arzt der Unfallstation I betraut worden.

Die Unfallstation I, Wilhelmstr. 10, wird lediglich als Verbandstätte für erste Hilfe und zwar unter der bisherigen Leitung des Dr. Bode fortbestehen, während die Patienten des jetzt mit dieser Station verbundenen berufsgenossenschaftlichen Krankenhauses fernerhin dem Weißenseeer Krankenhause überwiesen werden.

Für den Wagenverkehr ist die Königstraße zwischen der Kurfürstenbrücke und der Heiligegeiststraße endlich wieder freigegeben worden. Die Sperre dieses wichtigen Straßentheiles, die Asphaltirungsarbeiten wegen erfolgte und lange Zeit dauerte, war umso störender, als alles Fuhrwerk, Omnibus- und Pferdebahnwagen nicht ausgeschlossen, einen weiten Umweg durch die Breite- oder die Kaiser Wilhelmstraße machen mußte.

Ein falscher Ritter des Eisernen Kreuzes ist wieder einmal entlarvt worden. Der pensionirte Weichensteller B., welcher lange Jahre hindurch auf dem Lehrter Bahnhofe angestellt war, trat nach seinem Ausscheiden aus dem Dienste dem Moabiter Krieger- und Veteranenverein bei. Er erschien bei allen Vereinsversammlungen, Beerdigungen und sonstigen Gelegenheiten mit dem Eisernen Kreuz erster Klasse auf der Brust. Nach dem Militärpaß, den er dem Vorstande vorlegte, hatte er diese Auszeichnung wohl verdient. Vor einiger Zeit wurde es ruchbar, daß B. sich das eiserne Kreuz selbst beigelegt habe. Die eingeleitete Untersuchung hatte das überraschende Ergebniß, daß B. überhaupt nicht Soldat gewesen war. Am Sonntag Nachmittag hielt der Krieger- und Veteranenverein im Artushof in der Perlebergerstraße eine Versammlung ab, in welcher einstimmig beschlossen wurde, den falschen Ritter des eisernen Kreuzes auszustoßen. Es wird gegen ihn noch strafrechtlich vorgegangen werden, da auch seine Militärpapiere gefälscht sein müssen.

Zu dem Raubanfall auf den Radfahrer Töpfer aus Berlin wird mitgetheilt, daß der Musiker Heise aus Werder a. H., der neuerdings als der Komplize des muthmaßlichen Räubers, Handelsmann Puhlmann aus Treuenbrietzen, gilt, weil er in dessen Gesellschaft in der Beelitzer Forsthaide gesehen wurde, jetzt in Berlin dingfest gemacht ist. Es hat sich herausgestellt, daß Heise an dem Töpfer'schen Raubanfall unbetheiligt ist. Heise wird nach dem Potsdamer Gerichtsgefängniß gebracht werden, um sich vor der dortigen Strafkammer wegen mehrerer schwerer Diebstähle und wegen seines Ausbruchs aus dem Werderschen Gerichtsgefängniß, bei welchem er den Ofen seiner Zelle einriß und den Gefangenenaufseher bestahl, zu verantworten. Die Spur des Räubers Puhlmann führt jetzt nach der sogenannten Fercher Haide.

Die Angelegenheit des Ausrufers Behrend erregte im März dieses Jahres einiges Aufsehen. Ein Mitglied der Armendirektion hatte die Kinder dieses Mannes zwangsweise nach Rummelsburg bringen lassen und zwar unter der Begründung, daß sie von den Eltern völlig vernachlässigt würden. Ein Lokalblatt nutzte diesen Fall zu einem Schauerbericht aus, in dem die Behandlung der Kinder in den entsetzlichsten Farben ausgemalt wurde. Von unserer Seite wurde dargethan, daß das Blatt in gewohnter Weise übertrieben hatte und daß auf Seiten der Armendirektion ein Mißgriff vorliegen müsse. Vor kurzem hat nun auch das Amtsgericht durch Urtheil die Armendirektion ins Unrecht gesetzt und den Eltern das Erziehungsrecht zuerkannt. In dem Urtheil heißt es u. a.: Daß das Behrend'sche Ehepaar seinen Kindern den nothdürftigen Unterhalt nicht gewährt hat, ist inhaltlich der zu den Akten gelangten Ermittelungen nicht anzunehmen. Wenn dieser Unterhalt kärglich und kümmerlich ausgefallen ist, so hat dies seinen Grund darin, daß die Eltern in äußerst dürftigen Verhältnissen leben, mithin ihren Kindern bessere Verpflegung als die dargereichte nicht gewähren können. Darin kann indessen der Thatbestand der Versagung des Unterhalts nicht erblickt werden.

Vor einem falschen Afrikareisenden wird gewarnt. Derselbe tritt unter dem Namen eines Lieutenants Morgen oder Lieutenants Hartmann auf, sucht ausschließlich ehemalige Militärs oder Verwandte derselben auf und borgt unter der Vorspiegelung, ihm sei das Reisegeld ausgegangen, größere Summen, die er von Berlin aus, wo er in der Kolonialabtheilung des Auswärtigen Amtes angestellt sei, zurückzusenden verspricht. Da derselbe über die afrikanischen Verhältnisse und Afrikareisenden gut informirt ist, gelingen ihm seine Betrügereien. Der Betrüger ist groß und kräftig, hat blonden Schnurrbart und gebräunte Gesichtsfarbe, zeigt ein gewandtes Benehmen und macht den Eindruck eines Offiziers in Zivil.

Zu erregten Auftritten, bei denen die Polizei einschreiten mußte, kam es am Sonnabend Abend bei einer Pfändung in der Gartenstraße. Der Akt des Gerichtsvollziehers hat folgende merkwürdige Vorgeschichte. Der stud. phil. Gustav P. gab nach sechs Semestern sein Studium auf, um sich der Offizierslaufbahn zu widmen. Er hatte bereits das Offiziersexamen gemacht, als sein Vater, der Hauptmann in der Armee gewesen war, starb und ihm 13000 M. hinterließ. Nun verließ P. auch seine neue Laufbahn, um gleich ein Geschäft zu begründen. Da die Erbschaft indessen als Hypothek noch bis zum Oktober d. J. festlag, so verkaufte er seinen Anspruch für 7000 M. und richtete mit dem Erlös in der Gartenstr. 156 eine Schankwirthschaft mit weiblicher Bedienung ein. Die Wirthin war seine Geliebte, eine frühere Kellnerin. Das Geschäft ging aber nicht, die Miethsschulden betrugen jetzt schon 300 M. Der Hauswirth Rechenbach, ein Mann, der früher in Kalifornien als Goldgräber sein Glück gemacht hat, strengte die Räumungsklage an. Während diese schwebte, bestellte die Geliebte P.'s, die sich für seine Frau ausgab, eine kräftige „Rückkompagnie", die fleißig arbeitete. Der Hauswirth, der kurzsichtig und schwerhörig ist, sah vom Fenster aus zu, wie namentlich die Kellervorräthe nach und nach abgeholt wurden. Erst seine Frau merkte, um was es sich handelte. Mit der Rückkompagnie aber war nicht so leicht fertig zu werden. Obwohl der Hauswirth die Gaststuben mit Krammen vernagelt hatte, weil er die Schlüssel nicht bekommen konnte, drang die Kompagnie am Freitag Vormittag mit Hilfe der Frau P. doch ein und hatte bereits wieder einen Theil des Weinlagers und der Wirthschaftseinrichtung aufgeladen, als die Polizei ihrer Arbeit ein Ende machte. Die Mannschaften der Rückkompagnie waren eben dabei, sich an den im Lokale noch vorhandenen Likören gütlich zu thun, als ein Wachtmeister mit mehreren Schutzmännern auf der Bildfläche erschien. Am Sonnabend Abend nun kam ein Gerichtsvollzieher mit vier Möbelwagen, um für den Hauswirth alles, was noch da war, auf die Pfandkammer zu bringen. Die Leute, die früher der Rückkompagnie beigestanden hatten, fanden sich wieder in größerer Anzahl ein und rissen die Siegel ab, bis die Polizei wieder einschritt und die Störenfriede vertrieb.

Wie ein Student eine verheirathete Frau zum Duell forderte, erzählt ein Berichterstatter in folgender Weise: Frau B., die Ehefrau eines im Nordwesten wohnenden Geschäftsmannes, bei dem viele Studenten verkehren, fand bei der Durchsicht der Geschäftsbücher, daß ein Charlottenburger Student noch einen Posten zu bezahlen hatte. Da es sich um einen alten Rückstand handelte, so erinnerte sie den Schuldner daran in einem höflichen Briefe. Der junge Musensohn erschien alsbald persönlich im Laden, in dem die Frau allein anwesend war, nannte es eine Frechheit, so an ihn zu schreiben und erklärte, wenn man ihm so komme, da werde er überhaupt nicht bezahlen. Als Frau B. sich seinen Ton verbat, wurde der Student noch aufgeregter und achtete nicht einmal darauf, daß mittlerweile noch ein Herr eingetreten war, der eben von der Reitstunde kam und seine Reitpeitsche auf den Ladentisch gelegt hatte. Der Aufforderung der Frau B., den Laden zu verlassen, kam der junge Mann keineswegs nach. Einmal meinte er, müßte er dreimal aufgefordert werden, bis er zu gehen verpflichtet wäre, und dann habe sie ihn nicht aufzufordern, sondern höflich zu bitten. Nun verlor die Geschäftsfrau die Geduld, ergriff in ihrer Aufregung die Reitpeitsche des eben eingetretenen Kunden und schlug damit ihrem Gegner das Gesicht blutig. Jetzt erst entfernte sich der Student, drehte sich an der Thür aber noch einmal um und rief Frau B. zu: „Sie werden von mir hören!" Am selben Abend zwischen 8 und 9 Uhr erschien denn auch schon ein Kartellträger mit einem großen Schriftstück. Frau B. sollte unterschreiben und damit reuig Abbitte leisten. Als sie sich dessen weigerte, entfernte sich der Kartellträger mit der Erklärung, daß seinem Auftraggeber dann nichts anderes übrig bleibe, als ihr eine Forderung auf schwere Waffen zu übermitteln. Frau B. sieht der Weiterentwickelung der Dinge gespannt entgegen. Sie thut gut, die Reitpeitsche weiter bereit zu halten.

Ein schwerer Schlag hat die Familie des Geflügelhändlers Seiden aus der Mendelssohnstr. 9 getroffen. Am Freitag Nachmittag spielte der fünfjährige Sohn Heinrich auf der Treppe im zweiten Hofgebäude. Der Knabe war die runde Treppe bis in den ersten Stock hinaufgegangen. Da riefen ihm andere Kinder, die unten im Flur standen, zu. Um ihnen zu antworten, beugte er sich über das Geländer hinaus. Hierbei verlor er das Gleichgewicht und stürzte kopfüber auf den asphaltirten Flur hinab. Sechs Stunden später starb der Verunglückte in der elterlichen Wohnung. In dem benachbarten Hause Nr. 16 lag seit einem halben Jahre an einem inneren Leiden die 61 Jahre alte Großmutter des Knaben, die Frau des Geflügelhändlers Mauthner, krank darnieder. Sie starb am Sonnabend Morgen. Wahrscheinlich hatte sie von dem Unfall ihres Enkels, den man ihr zu verheimlichen suchte, auf irgend eine Weise Kenntniß erhalten.

Zwei bedauerliche Unfälle, welche „wilde" Radfahrer herbeiführten, ereigneten sich am Sonntag Nachmittag. Gegen 2 Uhr wurde an der Ecke der Manteuffel- und Oranienstraße eine Frau von einem daherrasenden Radler, der es nicht für nöthig befand, auch nur das geringste Warnungssignal zu geben, zu Boden gerissen. Die empörten Zuschauer holten den Burschen, der nicht einmal eine Entschuldigung vorbrachte, vom Rade herab und ließen ihm eine gründliche Züchtigung zu theil werden. Leider wird aber der Vorfall für die überfahrene Frau, die sich in gesegneten Umständen befindet, nach Aussage des Arztes wahrscheinlich böse Folgen haben. Der zweite Fall ereignete sich einige Stunden später an der Ecke der Görlitzer- und Skalitzerstraße. Hier überrannte ein Radler einen Schriftsetzer. Als der Gefallene sich mit Hilfe herbeigeeilter Personen erheben konnte, war der Radler auf und davon. Der Arzt, den der Verunglückte sofort aufsuchen mußte, stellte außer einer offenen Wunde in der Magengegend eine erhebliche Leberquetschung fest, die beim Sturz durch die in der Hosentasche getragenen und in die Weichtheile eingedrungenen Schlüssel entstanden war. Gegen die sogenannten „wilden" Radler macht sich im Publikum, sowie unter den soliden Radfahrern eine immer erbitterter werdende Stimmung geltend.

Freiwillig verhungert! Der Polizeibericht meldet: Die 41 Jahre alte Wittwe des Klempnermeisters Sch. wurde gestern in ihrer Wohnung in der Skalitzerstraße todt aufgefunden. Selbstmord erscheint nach hinterlassenen Schriftstücken zweifellos, die Art desselben ist jedoch noch nicht aufgeklärt. Sie scheint, nachdem sie ihr kleines Vermögen verbraucht hatte, lebensüberdrüssig geworden und freiwillig Hungers gestorben zu sein; Unterstützungen, die ihr von Angehörigen und Hausbewohnern mehrfach angeboten worden waren, hatte sie stets zurückgewiesen.

Ein gefährlicher Schlafstellendieb ist der 19jährige Schneider Hermann Lawrowski aus Bromberg, der sich bei dem Tischler Schulze, Hagenauerstr. 6, vorn 3 Tr., eingemiethet hatte. In der Nacht zum Sonntag stahl er seinem Schlafgenossen Böhme das Portemonnaie mit 36,40 M. Inhalt, die silberne Uhr und sonstige Werthgegenstände. Zwar erwachte Böhme während des Diebstahls, doch war es ihm nicht mehr möglich, den davonrennenden Lawrowski auf der Treppe zu packen, so daß der Dieb entkommen ist.

Eine Liebestragödie wird aus der Schellingstraße gemeldet. Hier war bei dem Hoflapellmeister Muck die 21 Jahre alte Klara Krummbach seit 2½ Jahren als Hausmädchen in Stellung. Vor 1½ Jahren lernte das Mädchen einen jungen Ingenieur kennen und aus der Bekanntschaft entwickelte sich ein Liebesverhältniß. In den letzten Tagen muß es zwischen dem Paare zum Bruch gekommen sein, denn die Krummbach kehrte Sonnabend Abend in größter Aufregung in die Wohnung zurück und schoß sich eine Kugel in den Kopf. Die Schwerverwundete wurde in ein Krankenhaus geschafft.

Eine aufregende Szene spielte sich am Sonnabend vor dem großen Raubthierhause im Zoologischen Garten ab. In einem der Käfige befindet sich eine Löwin mit ihren drei Jungen. Einer der Aufseher hatte die Aufgabe, das Thier in einen benachbarten Käfig zu treiben. Plötzlich erscholl aus der Menge, die dem Vorgang beiwohnte, ein Schrei des Entsetzens: Die Löwin hatte mit einer Tatze die Hand des Wärters erfaßt, mit der er zu nahe an das Gitter herangekommen war, und im nächsten Moment lag die zweite Vordertatze des Thieres auf seiner Schulter. Einige Männer schlugen mit ihren Stöcken auf das wüthende Thier, das sein Opfer dicht an das Gitter des Käfigs herangezogen hatte, ein, das sich erst dann fauchend zurückzog, nachdem es den Arm des Wärters zerfleischt hatte.

Um die Werthschätzung zu kennzeichnen, deren sich das Streikbrecherthum in staatserhaltenden Kreisen erfreut, hatten wir in Nr. 216 ein vom Geh. Reg.-Rath Schindler zu Steglitz ausgestelltes Zeugniß erwähnt, in dem es nach der uns gewordenen Mittheilung hieß: „Der Arbeiter ..... ist als ein ehrlicher und ordentlicher Mann bekannt, redlich bemüht, seine Familie zu ernähren. Er hält sich völlig fern von sozialdemokratischer Agitation und ist sogar neulich als Streikbrecher Thätlichkeiten von seiten der anderen Arbeiter ausgesetzt gewesen. Er ist sehr patriotisch gesinnt und besucht fleißig die Kirche. Ich kann ihn allen patriotischen und monarchischen Herren aufs beste empfehlen."

Zu dieser Mittheilung erhalten wir von Herrn Geh. Regierungsrath Schindler eine Zuschrift, in der er berichtigt, daß das betreffende Attest in der mitgetheilten Fassung nicht von ihm ausgestellt sei. Leider theilt Herr Schindler den wirklichen Wortlaut des Schriftstückes nicht mit, wohl aber setzt er uns in Kenntniß von der guten Meinung, die er über die „Arbeitswilligen" gewonnen hat. So schätzbar diese Ansichten des Herrn Schindler an sich unzweifelhaft sind, so glauben wir doch auf die ausführliche Wiedergabe derselben verzichten zu müssen, da wir befürchten, daß die Mehrzahl unserer Leser kaum ein besonderes Verlangen tragen wird, die rein persönliche Meinung des Herrn Geh. Regierungsraths in dieser Frage kennen zu lernen.

Feuerbericht. Sonnabend Abend gegen 8 Uhr wurde die Wehr nach der Universitätsstr. 5 gerufen, wo eine explosionsartige Entflammung von freigewordenen Gasen zu grunde lag. Dieselbe lief jedoch, ohne böse Folgen zu haben, verhältnißmäßig gut ab. Ein Dachstuhlbrand, der auf vorsätzliche Brandstiftung zurückführt, verursachte ein Ausrücken der Wehr nach Zwinglistraße 8 in Moabit. Infolge zeitiger Wahrnehmung, war es möglich, den Herd des Feuers, der sich glücklicherweise erst über einen kleinen Theil der Dachkonstruktion erstreckt hatte, zu begrenzen. Mehrere Stellen des Bodens wiesen sogenannte Nester aus Papier u. s. w. mit Petroleum getränkt auf. Ein Rohr mußte die Löscharbeit ausführen. Von den Thätern fehlt bis jetzt jede Spur. Die Polizei leitete sofort umfassende Recherchen ein. Sonntag früh 10 Uhr brannte Brückenstr. 10a eine hofwärts gelegene Schneiderwerkstatt gänzlich aus. Nachmittags 1 Uhr mußte die Wehr nach Rigaerstr. 131 ausrücken, wo ein großer Dunghaufen auf einem freien Platze brannte. Gegen 4 Uhr nachmittags mußte nach dem Tempelhofer Feld zur Ablöschung eines Brandes, der das Gras auf etwa 300 Quadratmeter ergriffen hatte, ausgerückt werden. Viele Hunderte des anwesenden Publikums leisteten Hilfe. Gegen 6 Uhr wurde die Wehr abermals nach dem Felde gerufen, wo aber das Publikum schon vor Ankunft der Wehr das Feuer gelöscht hatte. Zwischen 5 und 6 Uhr erfolgten gleichzeitig Alarmirungen nach Triftstr. 12 und Audenarstr. 32; hier brannten im Freien Bretterzäune, welche vermuthlich Kinder angesteckt hatten. Ein Balkenbrand war der Grund des Ausrückens, das in der Nacht zum Montag geschah nach Nostizstraße. Greifswalderstraße 226 brannten Holzspähne in einem Keller. — Montag früh 11 Uhr war Krausenstraße 17 ein Gardinenbrand abzulöschen. Kurz vorher erfolgte eine Alarmirung nach Wasserthorstr. 27. Das im 4. Stock wohnende Fräulein Rogohn hatte in die Kochmaschine Petroleum gegossen, um das Feuer schneller zu entzünden. Die aus der Kochmaschine schlagende Flamme ergriff die Kleider der R. Die Unglückliche lief lichterloh brennend nach der 3. Etage hinunter, wo erst die Hausbewohner die Flammen erstickten. Die lebensgefährlich Verletzte erhielt von den Samaritern der Wehr den ersten Nothverband und wurde dann auf Anordnung des Arztes mittels Krankenwagens dem Krankenhause Am Urban zugeführt.

Aus den Nachbarorten.

Arbeiter und Arbeiterinnen Charlottenburgs! Am Donnerstag den 22. September, abends 8 Uhr, wird im Lokal „Bismarckshöhe", Wilmersdorferstraße 39, eine öffentliche Protest-Versammlung gegen die geplante Beschränkung und Verschlechterung des Koalitionsrechts stattfinden. Reichstags-Abgeordneter Fritz Zubeil-Berlin hat das Referat übernommen. Wir ersuchen Euch, diese Versammlung vollzählig zu besuchen. Keiner darf fehlen. Ebenso bitten wir, von der Entnahme der Sammellisten für die hiesigen streikenden Porzellanarbeiter fleißig Gebrauch zu machen, selbige sind beim Unterzeichneten zu haben. Die Gewerkschafts-Kommission. J. A.: Otto Flemming, Schlüterstr. 71.

Wilmersdorf. Morgen, Mittwoch Abend 8 Uhr, findet im „Volksgarten", Berlinerstr. 40, eine Volksversammlung für Männer und Frauen statt mit der Tagesordnung: Die Beschränkung des Koalitionsrechtes der Arbeiter durch hohe Zuchthausstrafe. Ich ersuche die Parteigenossen um recht rege Betheiligung.

Der Vertrauensmann.

Vom Treiben der Grundstückswucherer. Die Grundstücksspekulanten der Berliner Vororte können sich immer noch nicht darüber beruhigen, daß die Bauordnung ihnen die Verpflanzung des Systems der Berliner Miethskasernen nach den Vororten abgeschnitten hat. Die erhofften müheloſen Gewinne an den Baugrundstücken entgehen ihnen und sie suchen sie auf dem Umwege von Diepensen zu erreichen, die sie allerdings nicht für einen einzelnen Bauplan beanspruchen, sondern gleich für ganze Baulücke. Daraus sieht man am besten, daß es den Grundstücksspekulanten mit der Beschaffung von Wohnungen an sich gar nicht ernst ist; sie wollen nicht bauen, sondern nur Bauland verkaufen. Es ist übrigens merkwürdig, daß in diesem Falle liberale Blätter, die sonst von Selbstverwaltung schwärmen, gegen die Entscheidung des Bezirksausschusses den Minister anrufen!

Brandstifter scheinen in Charlottenburg wieder an der Arbeit zu sein. Gestern, Montag Nachmittag, nahmen zwei Feuer in derselben Gegend die Wehr längere Zeit in Anspruch. Gleich nach 12 Uhr brannte der Dachstuhl des Vorderhauses Sesenheimerstr. 10. Beim Eintreffen der beiden Züge der Feuerwehr war der Dachstuhl schon so stark verqualmt, daß man von der Straße aus mit Hilfe der mechanischen Leiter angreifen mußte. Mit drei Handrohren wurde die Wehr des Feuers Herr, bevor es weiter um sich gegriffen hatte. Die Hälfte des Dachstuhls ist ausgebrannt, der Schaden beträchtlich. Um 4 Uhr mußte ein Zug nach der Wilmersdorferstraße ausrücken, die der Sesenheimerstraße parallel läuft. Hier war im Dachstuhl des Seitenflügels auf dem Grundstück Nr. 125, nicht weit von der ersten Brandstätte entfernt, Feuer ausgebrochen. In diesem Falle war es leichter zu bewältigen, da man es früher entdeckt hatte. Mit einem Handrohr konnte man es löschen. Beide Male handelt

es sich um verschlossene Dachböden. In Feuerwehrkreisen herrscht die Ansicht, daß in beiden Fällen Brandstiftung vorliegt, und daß das Feuer von außen her angelegt worden ist.

Neue Amtsvorsteher. Amtlich wird gemeldet: Der Amtsvorsteher des Amtsbezirks Spandauer Forst, kgl. Forstmeister Graf d'Haussonville ist am 21. Juni d. J. verstorben. Da die Besetzung dieser Stelle mit dem kgl. Oberförster Krieger erst am 1. Oktober stattfindet, werden die Amtsgeschäfte bis dahin von dem Amtsvorsteher-Stellvertreter, kgl. Jagdzeug-Inspektor Kitkisch zu Jagdschloß Grunewald wahrgenommen. — Zum Amtsvorsteher des Amtsbezirks Treptow ist an stelle des ausgeschiedenen Amtsvorstehers, Gärtnereibesitzers Hoffmann, der Gemeindevorstand a. D. Schmock ernannt worden.

Auf dem Städtetag der Provinz Brandenburg, der gegenwärtig in Sorau abgehalten wird, hielt Landesrath Meyer-Berlin gestern einen Vortrag über: „Die Benutzung der Kapitalien der Alters- und Invaliditäts-Versicherungsanstalten im Interesse der Gemeinden." Die Versicherungsanstalt Brandenburg, führte der Vortragende aus, wird mit Freuden mit ihren Mitteln überall da aushelfen, wo es gilt, die Wohlthaten der sozialpolitischen Gesetzgebung zur vollen Entwicklung zu bringen. Für derartige Zwecke — aber auch nur für solche — ist sie in der Lage, zu den denkbar günstigsten Bedingungen ihre Kapitalien darleihen zu dürfen, so daß den Gemeinden nicht dringend genug ans Herz gelegt werden kann, diese günstige Gelegenheit sich nicht entgehen zu lassen. — Ueber die Verwendung von Geldern aus den Alters- und Invaliditätsversicherungs-Anstalten werden im allgemeinen folgende Gesichtspunkte maßgebend sein: Grundsätzlich ist davon auszugehen, daß jeder, der einstmals an Wohlfahrtseinrichtungen Ansprüche erheben will, durch eigene Leistungen bezw. Beiträge sich erst ein Recht auf diese Fürsorge erwerben muß. In dieser Beziehung gilt es Aufklärung und Belehrung in die weitesten Volkskreise zu tragen und etwa vorhandenes Mißtrauen zu beseitigen. Wie groß die Unkenntniß der Betheiligten auf diesem Gebiete noch ist, erhellt daraus, daß bei der Kontrolle der Betriebe und Haushaltungen im Jahre 1897 noch in über 53 pCt. der Fälle Unregelmäßigkeiten entdeckt wurden, so daß 1128 Ordnungsstrafen festgesetzt werden mußten. Zur Lösung der sozialen Frage muß auf dem Gebiete der Hygiene noch weit mehr als bisher gethan werden, und zwar in erster Linie durch Vermehrung des Krankenpflege-Personals, besonders der ausgebildeten Pflegerinnen, und durch Erbauung neuer Krankenhäuser, in denen ein sachgemäßes Heilverfahren rechtzeitig begonnen werden kann. Hauptsächlich kommen Lungenkranke in betracht, von denen die neueste Statistik des Reichs-Versicherungsamtes sagt, daß im Alter von 20 bis 30 Jahren jeder zweite Invaliditätsfall durch Tuberkulose bedingt ist. Neben diesen Lungenheilstätten sind Entbindungsanstalten, Rekonvaleszenten-Heime, Sanatorien für Rheumatiker, Magen- und Nervenkranke nothwendig. Die Erhaltung derartiger von Gemeinden und Kassenverbänden geschaffenen Anstalten, zu denen die Versicherungsanstalt zu niedrigstem Zinsfuße Kapitalien leihet, ist gewährleistet fast schon allein durch die Zahl der Personen, die die Versicherungsanstalt auf ihre Kosten überweisen wird. Auch für andere Wohlfahrtseinrichtungen: Volksbibliotheken, Volksbäder, sowie für gemeinnützige Bauthätigkeit (Bau von Arbeiterwohnungen) würden Gelder zur Verfügung stehen. Für die Gemeinden würde es segensvoll sein, wenn sie Anschluß suchten an den „Vaterländischen Frauenverein.

Die Mittheilungen des Herrn Referenten sind ja sehr schätzenswerth; aber mit einer Lösung der sozialen Frage haben sie eigentlich nicht viel zu thun.

Der Städtetag sprach sich weiter für einen Haushaltungsunterricht in den Gemeindeschulen aus und nahm dann eine Anzahl Thesen an, welche die Gemeinden offenbar vor Unannehmlichkeiten schützen sollen, wie sie aus den z. B. gegen den Berliner Magistrat gerichteten Hilfarbeiter-Prozessen entstanden sind.

Haidebrände waren namentlich am letzten Sonntag an den zum Grunewald führenden Eisenbahnlinien eine recht häufige Erscheinung. Gewöhnlich setzten Funken, die aus den Lokomotiven geflogen waren, das dürre Gras an den Bahnabhängen in Brand: gar oft hatten die Bahnarbeiter große Mühe, durch den Qualm hindurch zu dringen und das Feuer durch Aufschaufeln der Erde zu beseitigen. Besonders auffallend waren diese Brände am Abend, wo sie einen weithin leuchtenden Lichtschein verbreiteten. Ebenfalls war am Sonntag im Grunewald auf dem Wege zur Saubucht ein Waldbrand entstanden, der allerdings bald von Ausflüglern gelöscht werden konnte.

Eine rohe That verübte der Arbeiter Nilson am Sonnabend Abend 9 Uhr im Lokal von Lenz in der Blumenthalstraße zu Friedrichsberg. Er gerieth aus geringfügiger Ursache mit dem 54jährigen Arbeiter Kowaliski in Streit und schlug dem alten Mann mit einem Stock so wuchtig über den Kopf, daß ein Schädelbruch eintrat und K. ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Die Gendarmen, welche später den Raufbold in seiner Wohnung verhafteten, hatten Mühe, sich seiner zu bemächtigen. Nilson war wegen seiner Rohheit in der ganzen Gegend gefürchtet.

Gerichts-Zeitung.

Die bekannte Schöneberger Schulaffäre, die s. Z. so große Aufregung verursachte, beschäftigte gestern die zweite Strafkammer des Landgerichts II. Es handelt sich um den Tod des Knaben Rudolf Fischer in Schöneberg, der im Oktober v. J. in der Oberklasse III der Knabenschule in der Kolonnenstraße von seinem Lehrer so arg gezüchtigt sein soll, daß er nach mehrtägigem schmerzensvollem Krankenlager gestorben sein soll, und zwar soll der Arzt einen Todtenschein ausgestellt haben, wonach das von ihm behandelte Kind fingerdicke blutunterlaufene Striemen, Magenbeschwerden und Erbrechen „infolge von Mißhandlungen" habe. Als Todesursache soll „Bauchfellentzündung infolge innerer Verletzung durch Mißhandlung" angegeben worden sein. Ueber diese Vorgänge hatte die „Korrespondenz Vormeng" den Zeitungen eine längere Mittheilung zugehen lassen, die in weiten Kreisen großes Aufsehen erregte und besonders auch in Schöneberg selbst begreifliche Entrüstung über die gemeldeten Thatsachen hervorrief. Insbesondere widmete das „Schöneberger Tageblatt" dem unglücklichen Vorfalle mehrere Artikel, in welchen behauptet wurde, daß die Mißhandlung des Knaben durch den Lehrer Richard nicht als „ein vereinzeltes Symptom" sondern als typisch zu betrachten sei. In einem dieser Artikel wurde mitgetheilt, „daß infolge dieser Züchtigungsaffäre nicht nur an den Regierungspräsidenten zu Potsdam, sondern auch an den Kultusminister zwei von einer großen Anzahl angesehener Bürger des Ortes unterzeichnete Petitionen abgesandt worden seien, von denen diejenige an den Regierungspräsidenten speziell die Schulverhältnisse in Schöneberg, dagegen die an den Minister gerichtete die Frage des Züchtigungsrechtes der Lehrer überhaupt betrifft. In der ersteren Eingabe wird zunächst auf den bekannten Fall Richard—Fischer und ferner darauf hingewiesen, daß nicht nur jetzt, sondern auch im Juni über die Behandlung der Schöneberger Gemeindeschüler und Schülerinnen durch verschiedene Lehrer heftige Klagen und Beschwerden laut geworden seien, daß aber die Ortsschulbehörden diese dem Anschein nach gänzlich ignorirt hätten, da sie „genau dieselben" geblieben seien, „bis sie schließlich zu der Mißhandlung des Knaben Fischer geführt hätten". Das einmal angeregte Thema zog dann noch weitere Kreise. Herr Schmeißer, der Vorsitzende des Schöneberger Lehrervereins, brachte im Auftrage dieses Vereins einen langen Bericht über den Fischer'schen Vorfall, in welchem das Verfahren des Lehrers Richard vertheidigt wurde. Darauf erschien im „Schöneberger Tageblatt" ein vom Schriftsteller Oscar Kresse verfaßter Artikel, der die Ausführungen des Herrn Schmeißer scharf zurückwies. Weiter ließ der Kaufmann Hans Deter im Sprechsaale des „Schöneberger Tageblattes" einen Brief des Kaufmanns Hermann Hotop veröffentlichen, in welchem dieser mittheilte, daß sein Sohn Ernst Hotop von dem Lehrer Nitsche empörende Züchtigungen erduldet habe. In einem Artikel des „Schöneberger Tageblattes" wurde außerdem mitgetheilt, daß das Schicksal zwei Prügelpädagogen, die Lehrer L. und R., die in der Gemeindeschule in der Kolonnenstraße ein krankes Mädchen arg gemißhandelt haben sollten, abgesetzt worden seien. — Alle diese Artikel haben Anlaß zu Anklagen wegen Beleidigung der Schöneberger Lehrer gegen die Schriftsteller Hugo Brüning, Alwin Vormeng, Oskar Kresse, sowie die Kaufleute Hermann Hotop und Hans Deter gegeben, die deshalb heute vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts I zu erscheinen hatten. Den Vorsitz im Gerichtshofe führt Landgerichtsdirektor Merscheim, die Anklage vertritt Staatsanwalt Friedheim. Die Vertheidigung führen die Rechtsanwälte Leonh. Friedmann, Dr. Halpert, Hugo Sachs, als Vertreter der Nebenkläger Lehrer Lindner, Richard und Kahle ist Rechtsanwalt Dr. Schwindt zur Stelle. Die Angeklagten haben einen umfangreichen Wahrheitsbeweis angetreten, und es sind 25 Zeugen zur Stelle.

Vor Eintritt in die Verhandlung beantragt Rechtsanwalt Dr. Halpert als Vertheidiger des Angekl. Vormeng, die Fälle, an denen dieser betheiligt ist, zu vertagen. Dazu gehört auch die Angelegenheit des Schulknaben Fischer. Der Vertheidiger kündigt an, daß er noch einer Anzahl von 11 oder 12 Zeugen, von denen er einige namhaft macht, zur Bekräftigung des Wahrheitsbeweises bedürfe. U. a. beantragt er die Vorladung einer Frau Flegel, die bekunden soll, daß ihr Sohn beim Turnunterricht vom Lehrer Richard so heftig vom Reck gezerrt worden sei, daß er sich einen Bruch zugezogen. Weitere Beweisanträge sollen die Behauptung unterstützen, daß in der Schule in der Kolonnenstraße so heftig geschlagen worden sei, daß die Lehrer des benachbarten Reformgymnasiums zu Beschwerden über das Geschrei veranlaßt worden seien. In bezug auf den Fall Fischer berief sich der Vertheidiger noch auf eine Anzahl Mitschüler des Verstorbenen, sowie auf den Superintendent Vorberg und Pastor Rauchstein u. s. w. u. s. w. — Der Gerichtshof beschloß, im Sinne des Rechtsanwalts Halpert, die den Angeklagten Vormeng betreffenden Fälle zu vertagen und die dazu vorgeladenen Zeugen zu entlassen.

Nachdem die Angeklagten Vormeng und Kresse den Anklageraum verlassen haben, wird in die Verhandlung eingetreten. Diese bezieht sich zunächst auf mehrere Artikel, durch die sich der Amtsvorsteher a. D. Schmock beleidigt fühlt. Diese Artikel hat der Angeklagte Brüning zu vertreten. Ein Artikel behandelt Vorgänge in einer Gemeindevertreter-Sitzung, ferner den „Fall Weißmüller", von dem behauptet wurde, daß er ein Wahlrecht durch eine fälschliche Eintragung in die Wählerlisten erlangt habe und dabei von Herrn Schmock, entgegen den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen, geschützt werde. Ein weiterer Artikel beschäftigt sich mit den Charaktereigenschaften des Herrn Schmock und dessen Unzulänglichkeit für den Bürgermeister-Posten. In einer Briefkasten-Notiz wurde der „Fall Weißmüller" für einen „traurigen Witz" erklärt, in einer anderen die Hoffnung ausgesprochen, daß Herr Schmock in dem Kampfe gegen das Dirnen- und Zuhälterwesen dieselbe Energie zeigen werde, wie in seinem Kampfe gegen das „Schöneberger Tageblatt". Ein anderer Artikel beschäftigt sich mit den Amtshandlungen des Herrn Schmock. Es wurde dann ausgeführt, daß Herr Schmock in seiner Eigenschaft als Gemeindevorsteher seinem vorgesetzten Landrathe Opposition gemacht habe, dessen Anweisungen er in seiner Eigenschaft als Amtsvorsteher nachzukommen hatte. Schließlich ist ein Artikel unter der Ueberschrift „Ein Pyrrhussieg" unter Anklage gestellt, in welchem behauptet wurde, daß die Auskunft, die Herr Schmock über das „Schöneberger Tageblatt" erstattete, falsch gewesen und daß die Thätigkeit des Herrn Schmock für die Gemeinde keine segensreiche sei. — Die Beweisaufnahme über alle diese Punkte ist ohne allgemeines Interesse. Der Angeklagte Brüning bestreitet das Vorhandensein von Beleidigungen und behauptet die Wahrheit der in den Artikeln berührten Thatsachen, Amtsvorsteher Schmock (jetzt Treptow) fühlt sich nach wie vor beleidigt und erklärt die gegen ihn erhobenen Vorwürfe für unbegründet. — Der Staatsanwalt hielt sämmtliche in Frage stehenden Artikel für beleidigend, da Herrn Schmock Parteilichkeit, Messen mit zweierlei Maß, je nach seiner Liebhaberei, vorgeworfen und er als eine parteiische, tyrannische Persönlichkeit hingestellt wurde. Der Staatsanwalt beantragte 600 M. Geldstrafe event. 60 Tage Gefängniß. Der Gerichtshof sprach den Angeklagten in zwei Fällen frei, verurtheilte ihn dagegen in vier Fällen und erkannte auf 200 M. Geldstrafe eventuell 20 Tage Gefängniß und Publikationsbefugniß für den Amtsvorsteher Schmock. —

Es folgte eine Anklage gegen denselben Beschuldigten wegen Beleidigung des Lehrers Lindner, begangen in einem in Nr. 253 des „Schöneberger Tageblatt" veröffentlichten Artikel „Schülermißhandlung in Schöneberg". Es wurde darin der Freude Ausdruck gegeben, daß zwei jener Prügelpädagogen, die in maßloser Rohheit die Kinder verprügeln, die Lehrer L. und K. an der Gemeindeschule in der Kolonnenstraße, aus ihrem Amte entlassen seien. Der eine habe sich Mißhandlungen eines noch dazu bresthaften Mädchens zu schulden kommen lassen, der andere habe einen Knaben, der an den Folgen der Mißhandlung gestorben sei, übermäßig geprügelt. Der Angeklagte behauptete die Wahrheit der Zeitungsnotiz, mußte aber zugeben, daß die Lehrer nicht entlassen seien. Lehrer Karl Lindner behauptet, daß er das Kind, welches unaufmerksam gewesen sei, nicht gestoßen habe; er habe es vielmehr nur aus der Bank herausgeholt und da habe sich das Kind wohl selbst gestoßen. Er habe dem Mädchen — Klara Ristow — dann zwei sehr mäßige Stockschläge über die Hand (!) gegeben. Richtig sei es, daß die Mutter des Mädchens über die Mißhandlung ihres Kindes beim Rektor Röper Beschwerde geführt und daß er auf alle Fälle zu der Frau gegangen sei und sich mit ihr ruhig ausgesprochen habe. Seine vorgesetzte Behörde habe aus jenem Falle nichts gegen ihn unternommen, vielmehr habe er sich zur Zeit des Erscheinens des Artikels auf einer Reise zur Rektoratsprüfung befunden. — Rektor Röper erklärte, daß nach den angestellten Ermittelungen ein vorsätzliches Stoßen des Kindes durch den Lehrer nicht festgestellt werden konnte und daß er die mäßigen Stockschläge über die Hand der Sachlage angemessen erachten müsse. Zu jener Zeit seien zahlreiche Beschwerden über den Lehrer Lindner eingegangen, wie zu jener Zeit überhaupt eine furchtbare Erregung sich bemerkbar machte, so daß er selbst wiederholt auf der Straße mit Redensarten belästigt wurde. — Frau Ristow bekundete, daß ihre Tochter nur erzählt habe, daß sie aus der Bank vom Lehrer herausgeholt und sie sich an einer anderen Bank gestoßen habe. Lehrer Lindner habe sich bei ihr, der Mutter, damit entschuldigt, daß er nichts davon gewußt habe, daß das Kind auf den Füßen schwach ist. Das Kind habe nur einen kleinen blauen Fleck gehabt. — Clara Ristow gab zu, daß nicht der Lehrer sie gewaltsam auf eine Bank gestoßen, sie vielmehr bei dem Herausholen aus ihrer Bank sich selbst gestoßen habe. Das Mädchen wußte außerdem garnicht, daß es Schläge über die Hand bekommen habe. — Der Staatsanwalt beantragte wegen der Schwere der Beleidigung des Lehrers Lindner, der absolut nicht Veranlassung zu einer solchen gegeben, 300 M. Geldstrafe event. 30 Tage Gefängniß. — Rechtsanwalt Dr. Schwindt als Vertreter des Privatklägers hielt dagegen eine strenge Gefängnißstrafe für geboten, da hier eine ganz leichtfertige Ehrabschneiderei vorliege. — Der Gerichtshof verurtheilte den Angeklagten zu 300 Mark Geldstrafe event. 10 Tagen Gefängniß und sprach dem Lehrer Lindner die Publikationsbefugniß zu. Nach Ansicht des Gerichtshofes seien es nicht die Lehrer, die ihr Züchtigungsrecht überschritten, sondern es sei der Angeklagte, der unter Verkennung des Berufs und der Aufgabe der Presse durch derartige Verhetzungen zur Verrohung der heranwachsenden Jugend beitrage.

Der letzte der zur Verhandlung kommenden Fälle betrifft drei Angeklagte, den Redakteur Brüning und die Kaufleute Hermann Hothopf und Hans Deter. In der Nummer des „Schöneberger Tageblatt" vom 9. Februar befand sich im „Sprechsaal" die Wiedergabe eines Briefes, den Deter an Hothopf gerichtet und den der letztere dem Angeklagten Brüning zur Verfügung gestellt hatte. Deter machte in dem Briefe Mittheilung, daß der Lehrer Nitsche auch seinem Sohne, dem Schüler Deter, eine unberechtigte und übertriebene Züchtigung habe zu theil werden lassen.

Zeuge Bildhauer Fuchs bekundet, daß sein Sohn häufig darüber geklagt habe, daß der Lehrer Nitsche so viel prügele. Er habe angenommen, daß der Junge die Züchtigung verdient habe. Eines Tages sei der Knabe mit einer geschwollenen Hand nach Hause gekommen und habe gesagt, daß der Lehrer Nitsche ihm einen Schlag mit dem Stock über den Rücken der Hand gegeben habe, weil er die Noten nicht schnell genug lesen konnte.

Der Gerichtshof verurtheilte den Angeklagten Brüning zu einer Geldstrafe von zehn Mark, da die Beweisaufnahme ergeben habe, daß der Lehrer Nitsche in der vorliegenden Strafsache zu so schweren Züchtigungen keine Veranlassung hatte. Hothopf und Deter wurden freigesprochen, da ihnen der Schutz des § 193 des Str.-G.-B. zur Seite stehe.

Schließlich wurde der Anklagepunkt verhandelt, wonach der Angeklagte Brüning wegen Beleidigung der gesammten Lehrerschaft Schönebergs sowie der dortigen Schulkommission, begangen durch zwei Artikel im „Schöneberger Tageblatt", zur Verantwortung gezogen war. Der Staatsanwalt beantragte für beide Beleidigungen eine Geldstrafe von 200 M. Der Gerichtshof erkannte nach dem Antrage des Staatsanwalts.

Versammlungen.

Die Steinsetzer hielten am Sonntag im Gründel'schen Saale eine Protestversammlung gegen die in Aussicht stehende Beschränkung des Koalitionsrechts ab. Der Referent Knoll erinnerte daran, daß die deutschen Arbeiter, so lange sie das Koalitionsrecht haben, einen schweren Kampf um die Erhaltung und Ausübung desselben führen mußten. Die schärfste Auslegung der gegen den Mißbrauch des Koalitionsrechts bestehenden Strafbestimmungen sei den Arbeitern gegenüber angewandt worden, so daß man eine Verschärfung der Strafen und eine weitere Beschränkung des Koalitionsrechts nicht mehr für möglich gehalten hätte. Nun seien aber die Befürchtungen, welche der Erlaß Posadowsky in dieser Hinsicht hervorrief, durch die bekannte Kaiserrede bestätigt worden. Da man an einem Kaiserworte nicht drehen und deuteln soll, so sei also eine Gesetzvorlage, die die Anreizung zum Streik mit Zuchthaus bedroht, sicher zu erwarten. Ein solches Gesetz würde die Ausübung des Koalitionsrechts so gut wie unmöglich machen, es sei ein Ausnahmegesetz der allerschlimmsten Sorte, gegen das die Arbeiter energischen Protest erheben müssen. Nach dem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Referat wurde eine Protestresolution einstimmig angenommen.

Hierauf erstattete der Vertrauensmann Grabitz Bericht über seine 1½jährige Geschäftsführung. Er hat in dieser Zeit vier öffentliche Versammlungen einberufen, 46,52 M. eingenommen, 27,05 M. ausgegeben. Grabitz wurde als Vertrauensmann wiedergewählt. Nachdem Knoll einen Bericht über seine Thätigkeit als Delegirter zur Gewerkschafts-Kommission gegeben hatte, betraute die Versammlung den Steinsetzer Krekow mit diesem Amt und wählte dann Peter und Schlüter als Revisoren.

Holzarbeiter-Verband. In der Bezirksversammlung für den Westen und Südwesten vom 12. d. M. sprach Herr Dr. Saulmann über den Einfluß des spanisch-amerikanischen Krieges auf die Arbeiterbestrebungen beider Länder. Zu Verbandsangelegenheiten wurde der Streikenden bei Zelder u. Plathen erwähnt. Hierzu bemerkte Zahke, daß die in Frage kommenden Kollegen nach seiner Meinung zu voreilig gehandelt haben und wünscht, daß solches in Zukunft unterbleibe. Kuschke erinnert an die in nächster Zeit stattfindenden Protestversammlungen und ermahnt die Anwesenden, für deren Besuch zu agitiren.

In der Bezirksversammlung Friedrichsfelde vom 12. d. M. sprach Dr. Weyl über: Berufskrankheiten und deren naturgemäße Heilung. Sodann wurde Weiz als Bezirksleiter, Meydorf als Schriftführer und Krause und Brunk als Mitglieder zur Werkstatt-Kontrollkommission gewählt.

Arends'scher Stenographen-Verein „Merkur". (Damen-Abth.) Heute Abend 8½ Uhr, Blumenstr. 10: Sitzung.

Arends'scher Stenographen-Verein „gegr. 1860". Heute Abend 8½ Uhr, Lindenstr. 71: Sitzung.

Stenographische Gesellschaft „Arends". Heute Abend 8½ Uhr, Neue Königstr. 73: Sitzung.

Arends'scher Stenogr.-Verein „Nordwest". Heute Abend 8½ Uhr, Rathenowerstr. 59: Sitzung.

Privat-Theater-Gesellschaft „Erika". Heute Abend 9 Uhr, bei Nowak, Manteuffelstr. 9: Sitzung.

Wünsch'scher gem. Chor. Heute Abend 9 Uhr, im Rest. „Schiller", Rosenthalerstr. 57: Uebungsstunde.

Musik-Verein „Arion". Uebungsstunde alle Freitag, abends 9 Uhr, in der Brauerei von Gabriel u. Jäger, Zehdenickerstraße. Angehende Musiker und Dilettanten willkommen.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten, bei jeder Anfrage eine Chiffre (zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll. Schriftliche Antwort wird nicht ertheilt.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag und Donnerstag von 6 bis 7 Uhr abends statt.

Oligarchechthros. Mit genanntem Blatte polemisiren wir aus Prinzip seit langem nicht mehr. Den genannten Begnadigungsfall kann die englische und amerikanische Presse selbstverständlich anders glossiren wie wir. Ueber die Rede hatten wir soviel gebracht, daß der Abdruck des genannten Artikels uns nicht erforderlich schien. Sozialdemokratische Journalisten haben übrigens schon oft für den Abdruck von Artikeln, die in bürgerlichen Blättern unbeanstandet blieben, Plötzensee kosten müssen.

100. In mehreren Schweizer Kantonen besteht die Todesstrafe.

A. B. Auch in Lourdes ging und geht es sehr „natürlich" zu. Näheres lesen Sie darüber nach in Zola's „Lourdes".

E., Rixdorf. Sie sollten die Angelegenheit zunächst in Ihrer Gewerkschaftsorganisation zur Sprache bringen.

Albrecht. Das Garnisonlazareth II in Tempelhof ist 1875—78 von Gropius u. Schmieden als solches erbaut worden, also wird es 1878 bezogen worden sein. Daß es anfänglich als Artilleriekaserne gedient hat, ist uns nicht bekannt.

J. B. Bredow. Ja. — **S. 13.** 1. Nein. 2. Die Reparatur müssen Sie vornehmen lassen. 3. Nach der auf grund des Gesetzes bestehenden Polizeiverordnung vom 26. März 1870 müssen aus höchstens zwei Wohnzimmern bestehende Wohnungen am ersten des Quartals, also nicht schon um 12 Uhr mittags geräumt sein. 4. Das hängt vom Inhalt des von Ihnen nicht mitgetheilten Vertrages ab. — **M. B., Rixdorf.** Nein. — **100 Z.** Der Miether ist von der Kündigung ab verpflichtet, die Wohnung von Miethslustigen und deren Führer (Wirth, Portier u. dgl.) besichtigen zu lassen. In welcher Zeit er zu diesem Behuf die Wohnung zeigen muß, hängt in erster Linie von der im Vertrage vereinbarten Bestimmung ab. Fehlt solche Bestimmung, so hat er in angemessener Zeit die Wohnungsbesichtigung zu gestatten. Welche Zeit angemessen ist, bestimmt, falls die Parteien sich nicht einigen können, der Richter. In Berlin pflegt 9 bis 5 Uhr des Wochentags und 9 bis 12 Uhr des Sonntags als angemessen erachtet zu werden. — **10 000.** Gegen solche Bestimmung giebt es kein Mittel, es sei denn Wiedereinsetzung in den vorigen Stand. Solche kann aber nur dann gewährt werden, wenn der Kläger „durch Naturereignisse oder andere unabwendbare Zufälle" an der Einhaltung der Frist verhindert war.

Witterungsübersicht vom 19. September 1898, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemünde	760	WNW	2	wolkig	14	Haparanda	760	S	2	heiter	12
Hamburg	763	WSW	4	Regen	14	Petersburg	765	ONO	0	heiter	6
Berlin	761	NW	4	heiter	15	Cork	764	WSW	4	wolkig	17
Wiesbaden	767	W	2	wolkig	15	Aberdeen	761	SSW	2	heiter	10
München	768	W	5	wolkig	10	Paris	771	S	1	wolkenl.	10
Wien	765	Still	—	wolkenl.	8						

Wetter-Prognose für Dienstag, den 20. September 1898.
Zeitweise heiter, vielfach wolkig mit mäßigen westlichen Winden, kühlerer Nacht und wenig veränderter Tagestemperatur.

Berliner Wetterbureau.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Tischler

Wilhelm Sousalle

am 17. September an Herzleiden verstorben ist.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 21. Septbr., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle der St. Emmaus-Gemeinde aus statt.

Um rege Betheiligung ersucht

107/14 **Die Ortsverwaltung.**

Todes-Anzeige.

Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß unser Kollege

W. Sonsalle

am 17. d. M. verstorben ist. Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 21. d. M., nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes in Britz aus statt. 10525

Die Kollegen der Pianoforte-Fabrik Laurinat & Co.

Neu-Weissensee.

Todes-Anzeige. [10545

Allen Genossen und Kollegen Berlins und Weißensees zur Nachricht, daß mein einziger Sohn **Richard** im Alter von 3¼ Jahren im Krankenhause am Friedrichshain infolge schwerer Verbrühung nach 19tägigem schmerzvollen Krankenlager gestern, Montag, 8¾ Uhr vormittags verstorben ist. Die Beerdigung wird umständehalber noch bekannt gemacht.

Albert Kirchner, Tischler, Neu-Weißensee, Friedrichstraße 35, II.

Todes-Anzeige.

Allen Verwandten, Freunden und Genossen die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau **Marie Uetzfeld,** geb. Schwefel, heute Morgen 5¼ Uhr sanft entschlafen ist. 10606

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 21. d. M., 5 Uhr, vom Trauerhause Cuvrystr. 43 statt.

Um stilles Beileid bitten

Fritz Uetzfeld nebst Kind.

Danksagung.

Allen Freunden, Bekannten, Verwandten und den Kollegen der Firma Fork, Kretzschmar u. Co. sowie dem Gesangverein „Syrene" für die Unterstützung und Kranzspende, die sie am Grabe meiner Gattin bewiesen haben, herzlichsten Dank. 10495

Alex Meyer.

Kranzbinderei u. Blumenhandlung von 50458*

Robert Meyer,

No. 2. Mariannenstr. No. 2.

Wohnungs-Kränze, Guirlanden, Ballsträußchen, Bouquets ꝛc. werden sehr geschmackvoll und preiswerth geliefert

Gold. Damen-Remont.-Uhr, Dopp.-Kapsel, 9781, Köpnicker Landstraße verl. Geg. Bel. abzug. Witt, Luckauerstr. 16.

Achtung! 1. Wahlkreis. Achtung!

Mittwoch, den 21. September, abends 8 Uhr:

Versammlung des Wahlvereins

bei Brünsch, Jägerstraße Nr. 69.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen **H. Koch** über: Technisch-wirthschaftliche Revolution. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.

Gäste haben Zutritt. — Um recht zahlreichen Besuch bittet

236/8 **Der Vorstand.**

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis (Südosten).

Dienstag, den 20. September, abends 8½ Uhr:

Versammlung

bei Herrn Graumann, Naunynstr. 27.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen **Paul Jahn** über: „Der Welthandel des 19. Jahrhunderts." 2. Diskussion. 3. Anträge. 4. Vereinsangelegenheiten. Neue Mitglieder werden aufgenommen. 243/8

Um rege Betheiligung der Mitglieder ersucht **Der Vorstand.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Morgen, Mittwoch, den 21. September 1898, abends 8¼ Uhr, bei Cohn, Beuthstraße 20/22:

Vertrauensmänner-Versammlung

für sämmtliche Bezirke und Branchen.

Tages-Ordnung:

Die zur Zeit schwebenden Streiks in Berlin und die Stellung der Unternehmer-Organisationen zu denselben. Verbandsangelegenheiten. — **Jede Werkstatt muß vertreten sein.**

107/12 **Die Ortsverwaltung.**

Achtung! **Rixdorf.** Achtung!

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Mittwoch, den 21. September 1898, abends 8½ Uhr, im Lokale des Herrn Klemke, Bergstraße 137:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag. 2. Verbandsangelegenheiten.

Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ersucht

107/13 **Die Lokalverwaltung.**

Dienstag, den 20. September, abends 8½ Uhr,
im „Englischen Garten", Alexanderstr. 27e:

Oeffentl. Vortrag: Leo Tolstoy

und Vorlesung aus seinen Schriften.

Referent: **G. E. Kitzler.**

Zur Deckung der Unkosten werden durch Tellersammlung 10 Pf. erhoben. 10475 **Der Einberufer.**

B. Günzel, Lothringerstr. 52. Spezialität: **Porträts** sozialistischer Führer, Lassalle, Marx ꝛc. in Cigarrenspitzen, Pfeifen, Nadeln, Brochen, Knöpfen, Büsten, Bildern u. dgl., sowie jede Drechslerwaare u. Repar. (Man verl. Preiskurant.)

Buchhandlung Vorwärts

Berlin SW., Beuthstr. 2.

Gerade jetzt dürften wieder lebhafte Diskussionen stattfinden über Theorie und Praxis des Anarchismus. Wir empfehlen daher:

Plechanow,

Anarchismus und Sozialismus

Preis 40 Pfennig. — Porto 5 Pfennig.

In meisterhafter Darstellung entwickelt der Verfasser den Gegensatz zwischen Sozialismus und Anarchismus, sowohl in prinzipieller wie taktischer Hinsicht, und giebt eine kurze Geschichte der anarchistischen Theorien.

Die Beleidigung, die ich gegen die Bauarbeiter-Kommission gethan habe, bereue ich und nehme dieselbe hiermit zurück. **August Schlützer,** 10566 Gräfestr. 18.

Die Beleidigung gegen Frau **Neubauer,** Gerichtstr. 74, nehme ich zurück. 10515 **Peters.**

Bettstellen, Matratzen, Kleiderspind, Wäschespind, Schlafsopha, Ausziehtisch, Spiegel, Betten, Nähmasch., Küchensachen wegzugshalber spottbillig verk. Waldemarstr. 36 I. 32/9

Betten, Steppdecken, Gardinen, Tischdecken, Portièren, Regulateure, Remontoir-Uhren, Anzüge, Hosen, Reisekoffer, Operngläser spottbillig **Pfandleihe Neanderstr. 6.**

Möbel, baar und Theilzahlung, **billigst, Frankfurter Allee 110,** I, Ecke Königsbergerstr.

Wo kaufen Sie

Ihre Zigaren? Bei [59552* **Binneböse,** Schillingstr. 36.

Achtung! Achtung!

Charlottenburg.

Mittwoch, den 21. September 1898, abends 8 Uhr:

Oeffentl. Versammlung

der

Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter

in „Bismarckshöhe", Wilmersdorferstr. 39.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen **Naether**-Berlin über: **„Der angekündigte Gesetzentwurf zur Beschränkung des Koalitionsrechtes der Arbeiter durch hohe Zuchthausstrafen."** 2. Diskussion. 3. Gewerkschaftliches.

Um zahlreichen Besuch ersucht 263/13

Der Einberufer: Wilhelm Schulze.

Unsere Gegner sind zu dieser Versammlung besonders eingeladen.

Achtung! Vereine. Achtung!

Der Tanzlehrer-Verein 200/3

„Solidarität"

tagt jeden Freitag Annenstr. 16 im „Luisenstädtischen Klubhaus".

Gefl. Bestellungen sind dort abzugeben.

Der Vorstand.

Fordern Sie nur den vorzüglich schmeckenden

preisgekrönten dänischen Kautabak

aus der größten Tabaksfabrik Dänemarks **C. W. Obel, Aalborg** und **Kopenhagen. — General-Vertrieb für Berlin: Carl Röcker, Grüner Weg 8.** Telephon-Amt VII 3861. 54042*

Orts-Krankenkasse der Klempner.

Außerordentliche Generalversammlung

der Vertreter der Arbeitnehmer und Arbeitgeber

am Dienstag, den 27. d. M., abends 8½ Uhr, Annenstr. 16.

Tagesordnung: 1. Beschlußfassung über die ärztliche Behandlung der erkrankten Kassenmitglieder pro 1899. 2. Abänderung der §§ 49a Abs. 4 und 54 (Zusatz nach Ziffer 11) des Statuts.

1057b **Der Vorstand.**

5¼ Pfd. Brot 50 Pfg.

H. Albrecht's Bäckerei

Wrangelstr. 9. Krautstr. 19. Falckensteinstr. 28. Lausitzerstr. 2.

Paneelsopha, Garn.-Ruhe-, Divan, Kleidersp., Wäschesp., Büchersp., Schreibt., Buff., Spetsel., Bettst., Spiegel, Teppich, Bilder, bill., verkauft **Landsbergerstraße 77 (Möbelspeicher).** 9275

Salon-Teppiche,

darunter wirkl. große Prachtst. 25 M., große Smyrna-Royal-Teppiche 55 M., prachtv. Zimmer-Teppiche 12 M., hocheleg. Gardinen 3 M., hocheleg. Säulenrouleaux 44 M., Regulatoren 12 M. Tisch-, Stepp-, Divandecken. Remontoir- u. Salonuhren, Portièren, Stores und Verschiedenes. Sämmtl. Waaren stammen aus erst. Fabriken u. werden von 2—8 Uhr in meinem Auktions-Annahme-Lokal, Mückenstr. 137, am Anhalter Bahnhof, billig verkauft.

Uebernahme ganzer Waarenlager, Wirthschaften zur Auktion. [58915*

Otto Lideke,

Auktionator und Waarenhändler.

Schankgeschäft, günstige Lage, umständehalber sofort preiswerth zu verk. Auskunft Hufftenstr. 31, Milchgeschäft.

Zigarrengeschäft nebst kl. Wirthschaft ist umständehalber sofort billig zu verkaufen Jagowstr. 19. [10555

Grünkramgeschäft, Rolle, Mehl u. Borkost, Holz u. Kohlen, ist zu verkaufen Blumenstr. 60. [10529

Kolonialwaaren-Geschäft wegen Todesfalls sofort billig zu verkaufen Stallschreiberstr. 9. [10465

Z. M. f. z. 1. Okt. einf. möbl. sep. Zimmer, nahe Martinikenfelde. Off. u. Preisang. Heinrich, Kommandantenstr. 41, IV. 10488

Frdl. Schlafst. b. Pages, Elisabethstr. 3.

Frdl. Schlafst. Fr. Fischer, Putbuserstraße 28, v. III. [10455

Schlafst. Straßburgerst. 12, H. I, Schulze.

Schlafst. Fehrbellinerstr. 21, IV, Kihizek.

Schlafstelle zu vermiethen Ackerstr. 124 bei Trautmann. [10585

---

3. Ziehung d. 3. Klasse 199. Kgl. Preuß. Lotterie.

Ziehung vom 19. September 1898, vormittags.
Nur die Gewinne über **160** Mark sind den betreffenden Nummern in Parenthese beigefügt.
(Ohne Gewähr.)

67 84 586 619 39 93 836 62 957 **1053** 219 314 37 [200] 412 51 76 524 37 631 57 733 802 41 **2065** 147 260 442 65 633 75 707 74 980 **3245** 52 57 61 802 93 4163 247 850 **5017** 99 288 354 474 93 864 920 35 6595 751 [300] 831 918 **7061** 122 60 225 459 709 803 95 8028 304 35 626 56 778 809 **9140** 55 312 515 55 79 689 751 959

10025 124 277 93 96 549 98 605 866 **11058** 354 667 783 94 825 28 51 944 **12059** 167 74 211 54 99 393 403 649 82 894 991 **13060** 66 96 167 231 520 87 607 901 47 **14017** 152 481 94 757 824 83 922 **15049** 135 57 88 259 329 477 508 9 73 636 58 783 861 928 47 83 **16085** 131 67 241 313 60 509 714 99 958 **17011** 208 14 74 359 442 [200] 560 703 855 88 908 71 77 [200] **18032** 89 140 240 98 322 45 737 922 66 78 **19106** 30 272 321 777 85

20114 51 329 83 402 575 656 755 89 [300] 891 905 23 31 **21042** 63 [500] 95 194 261 466 750 819 912 **22021** 231 61 326 492 622 997 [500] **23106** 267 525 607 20 707 955 **24114** 98 311 422 528 72 73 619 783 982 **25063** 198 263 312 426 507 700 961 **26163** 414 509 10 38 55 60 706 63 75 921 69 **27279** 82 383 413 552 691 769 848 992 **28082** 306 56 557 67 602 [300] 40 85 882 **29067** 549 623 812 35 914

30435 47 68 545 609 723 89 969 92 **31117** 288 472 909 900 7 **32039** 111 54 337 423 588 **33047** 66 180 292 845 63 **34046** 60 64 159 274 471 584 655 739 70 908 28 35 [200] **35040** 505 57 74 753 802 **36448** 524 27 [**15 000**] 40 51 654 782 871 **37519** 22 56 83 133 [200] 75 434 526 704 878 983 **38099** 175 408 12 65 67 544 660 732 93 842 78 **39266** 437 62 86 539 610 48 99 712 808 949

40238 57 386 479 515 [200] 18 612 711 **41227** 355 62 495 642 58 732 867 **42188** 246 419 78 99 627 852 82 **43003** 9 26 109 64 [200] 218 326 36 91 466 534 **44000** 149 241 45 49 90 340 519 710 56 865 87 **45000** 7 34 [200] 345 51 52 827 941 56 **46257** 414 [200] 47036 42 56 95 137 93 802 14 **48051** 515 66 645 919 51 [200] 94 **49001** 176 394 491 757 836 936

50166 280 95 413 599 789 64 925 51 **51000** 122 357 478 543 73 707 848 924 45 **52003** 163 813 498 530 630 69 842 [500] 917 40 **53162** 201 77 425 766 843 71 [200] 932 53 **54017** 226 348 63 486 714 821 **55267** 83 695 96 976 **56045** 90 309 720 943 63 80 **57303** 526 841 74 83 **58033** 74 187 213 325 **59176** 88 210 33 42 49 338 60 77 461 515 630 718 61 807 957

60090 170 280 416 62 969 **61025** 221 51 452 545 608 14 852 78 **62405** [**3000**] 628 79 95 778 933 61 **63087** 136 317 418 501 **64393** [200] 501 91 600 840 81 98 953 72 **65021** 159 227 424 558 608 **66179** 93 255 743 48 857 80 933 **67178** 305 [200] 732 **68058** 179 279 335 530 77 717 23 895 **69026** 95 121 51 203 33 47 69 [300] 314 422 544 751 825

70072 197 248 57 96 309 42 50 58 87 405 809 [200] **71069** 107 14 309 411 574 630 702 33 805 960 **72002** 10 52 276 505 10 12 630 719 49 887 981 **73058** 89 115 314 62 68 70 512 90 659 835 **74000** 135 61 543 729 843 **75059** 160 471 768 924 **76055** 86 129 30 99 286 310 49 744 869 77 **77151** 419 60 752 91 849 **78138** 52 76 280 323 73 422 65 567 **79128** 402 620 711 18 52

80031 36 91 127 40 301 408 783 832 900 59 **81127** 438 709 33 819 82 **82158** 237 507 27 97 942 **83001** 73 88 213 455 601 11 33 810 **84043** 274 510 853 903 **85051** 65 390 471 99 516 19 607 729 85 838 947 **86223** 402 506 31 69 85 713 931 **87142** 223 28 [200] 89 403 22 573 78 652 83 736 39 55 70 808 29 77 939 91 **88064** 88 165 71 [300] 292 715 72 87 922 **89166** 237 75 432 67 594 993

90080 130 289 51 330 401 52 65 530 49 712 16 41 977 **91085** 122 23 30 342 417 42 63 85 641 834 916 **92072** 166 68 393 [200] 453 654 715 **93218** 484 566 928 62 **94011** 197 358 96 580 623 735 46 [300] 55 90 829 **95027** 73 94 150 485 90 93 701 923 **96024** 46 62 165 78 342 500 718 24 25 816 56 **97025** 53 141 406 515 37 88 654 711 46 841 79 **98059** 92 211 18 460 537 48 [200] 96 729 36 37 92 815 **99040** 44 90 127 63 232 47 65 57 76 353 403 529 736

100429 96 624 876 947 50 79 **101403** 30 501 52 68 799 926 **102638** 96 223 313 [300] 38 78 841 **103028** 325 65 92 431 62 568 939 **104108** 18 87 208 18 311 86 687 604 58 742 [200] 891 99 983 **105105** 336 85 554 90 666 80 96 700 63 948 99 **106726** 959 96 **107003** 32 381 83 440 650 97 941 **108204** 96 391 592 621 42 63 77 752 828 **109091** 422 621 835

110658 [200] 216 307 95 409 730 98 **111113** 25 358 62 685 765 **112035** 68 189 472 85 517 55 951 **113058** 63 156 225 365 511 712 35 82 674 964 83

114029 50 366 664 66 905 23 **115155** 332 603 719 81 38 50 706 843 64 **116094** 250 55 412 603 830 45 970 **117089** 350 404 742 61 841 985 **118025** 98 172 228 89 356 817 917 51 **119102** 425 524 75 624 47

120161 391 470 624 712 [200] 903 **121068** [200] 310 64 436 79 [300] 580 712 62 85 [500] 872 **122003** 264 482 571 658 722 33 [300] 891 **123062** 93 128 342 408 59 79 628 850 916 **124008** 146 65 235 306 71 448 553 613 23 64 **125065** 139 252 93 457 546 600 784 829 967 **126305** 80 449 596 676 722 802 959 **127097** 111 475 88 506 14 667 750 58 807 64 82 916 [300] 68 **128092** 264 407 665 783 [**3000**] 856 67 68 **129096** 64 94 144 308 468 523

130143 99 521 52 702 59 [illegible] **131086** 46 47 139 492 514 48 81 646 60 854 **132008** 14 70 706 920 45 **133071** 223 563 71 683 872 95 **134397** 430 79 547 53 61 726 67 74 98 816 **135168** 217 84 447 48 682 [200] 719 806 66 [500] **136051** 194 254 75 450 73 556 678 782 887 992 **137119** 24 306 41 44 400 571 679 789 **138113** 24 79 271 395 433 49 525 64 602 [200] 755 931 61 **139073** 158 391 656 731 835 43 901

140077 171 88 206 81 469 534 71 94 [**3000**] 618 45 782 901 **141103** 49 226 415 82 91 747 882 921 **142114** 56 84 326 93 450 558 629 56 78 700 875 927 [200] 62 **143430** 515 73 93 624 809 961 **144017** 34 47 [1000] 59 65 152 866 87 611 53 799 **145025** 47 63 373 492 93 522 759 938 **146065** 213 54 595 830 93 945 **147005** 37 55 664 762 78 883 951 87 93 **148055** 64 151 64 75 92 381 496 545 83 972 **149092** [300] 701 38

150044 195 387 443 582 646 [300] 798 817 991 **151171** 398 665 749 72 76 849 72 951 90 **152080** 148 349 75 434 [200] 57 609 708 24 59 831 46 934 **153067** 106 213 [300] 48 566 946 89 **154109** 221 46 302 3 57 61 587 618 722 816 29 **155112** 31 39 98 220 339 53 82 445 571 97 625 742 860 86 [300] **156086** 204 388 442 69 611 716 831 **157069** [300] 87 140 2 69 474 629 902 **158023** 95 117 319 98 897 936 **159010** 116 75 312 24 41 [300] 57 479 525 619 799 [300]

160120 501 651 743 75 819 980 **161219** 574 638 74 911 **162109** 28 258 68 324 538 646 771 814 52 992 **163071** [200] 127 214 30 [300] 425 524 629 839 56 92 918 **164023** 55 109 239 58 374 878 **165008** 31 61 272 371 604 56 844 **166122** 49 288 376 **167181** 237 382 477 82 529 725 59 68 79 819 922 **168185** 306 28 90 435 504 625 30 52 706 810 **169009** 182 244 70 95 496 [200] 688 739 909

170102 50 254 85 418 [200] 523 641 84 821 **171057** 92 133 233 400 502 71 627 836 900 61 **172251** 302 435 61 503 619 712 55 94 855 81 87 905 **173136** 332 416 532 **174091** 102 20 47 65 91 92 [200] 390 661 785 88 [200] 818 **175153** 99 247 51 97 372 568 744 800 [200] 958 **176037** 257 632 767 976 **177501** 667 864 927 52 **178453** 546 600 35 47 798 860 92[illegible] **179080** 67 116 245 346 578 797 912

180199 [300] 401 18 46 [200] 87 575 776 830 36 **181037** 122 26 35 50 368 581 88 634 70 886 95 955 65 66 **182005** 188 312 99 419 767 850 72 75 **183070** 473 626 893 996 **184120** 39 217 548 62 614 28 70 87 **185128** 52 237 79 328 43 61 477 607 67 856 90 **186001** 494 575 701 28 [200] 77 872 **187003** 138 335 482 91 93 502 650 945 **188016** 62 237 321 426 32 504 96 **189390** 408 30 587 782 825 95 96 918

190049 371 89 609 38 739 870 983 **191005** 89 122 368 525 78 713 94 850 72 82 932 37 **192012** 167 216 20 514 65 71 880 992 **193051** [**3000**] 211 81 345 405 526 46 633 749 825 **194309** 481 730 50 906 53 [300] **195247** 354 439 51 594 746 931 59 73 86 98 **196**238 97 392 95 543 626 [200] 29 43 980 **197001** 175 78 216 808 39 94 750 63 90 **198482** 711 22 **199045** 171 258 360 569 728 58

200177 87 234 563 77 833 **201024** 122 30 45 224 392 432 585 863 73 968 71 **202190**[illegible]99 510 947 **203091** 407 31 576 731 805 **204184** 306 69 509 612 762 851 911 78 **205031** 142 51 86 216 550 76 808 925 **206031** 460 73 552 610 78 722 906 81 **207159** 69 200 77 379 479 550 92 781 877 **208252** 605 966 **209040** 73 84 259 93 [200] 339 457 536 69 78 682 736

210320 44 450 748 61 933 36 49 **211073** 131 77 93 289 93 306 45 509 32 60 643 54 75 778 847 56 59 95 967 **212022** 81 83 148 328 54 78 411 82 730 814 906 46 47 **213125** 306 30 463 800 **214068** 180 [200] 208 31 421 [200] 78 80 654 68 912 27 71 **215439** 641 785 801 51 998 **216252** 320 456 [300] 704 8 **217045** 246 319 559 671 [300] 706 82 84 **218085** 171 209 312 578 660 **219255** 452 815 902 66

220016 215 21 43 54 [200] 312 60 89 471 502 645 47 65 868 **221084** 158 299 311 86 662 720 44 917 59 **222383** 436 91 642 58 **223124** 55 79 234 471 549 808 912 **224008** 79 99 385 513 687 731 978 **225221** 53 367 83 411 567 610 [200]

Im Gewinnrade verblieben: 1 Gewinn zu 60000 Mk., 1 zu 45000 Mk., 1 zu 30000 Mk., 1 zu 5000 Mk., 4 zu 3000 Mk., 4 zu 1000 Mk., 16 zu 500 Mk.

---

3. Ziehung d. 3. Klasse 199. Kgl. Preuß. Lotterie.

Ziehung vom 19. September 1898, nachmittags.
Nur die Gewinne über **160** Mark sind den betreffenden Nummern in Parenthese beigefügt.
(Ohne Gewähr.)

87 159 91 403 33 45 [200] 803 **1097** 391 423 80 565 622 73 741 881 **2207** 37 377 402 69 95 520 98 667 767 73 907 **3000** 96 240 665 823 [500] 72 **4080** 416 513 14 24 720 880 920 **5200** 15 17 [200] 327 81 637 75 720 54 955 **6120** 26 [300] 513 74 77 624 69 797 865 911 [300] **7011** 13 192 222 35 529 83 96 772 **8009** 176 303 9 79 467 516 645 750 819 85 906 13 39 **9091** 163 368 691 748 75 76 88 891

10015 289 [200] 328 93 686 790 931 36 **11080** 108 306 87 496 545 608 760 **12022** 132 88 210 66 336 63 706 822 28 99 911 **13258** 555 90 658 778 **14181** 93 380 435 560 68 981 **15273** 82 414 84 537 637 903 22 **16187** 89 365 438 91 [200] 736 829 86 957 **17219** 53 382 444 541 679 99 717 809 10 [200] 955 **18009** 80 290 375 612 902 32 67 71 **19339** 550 67 616 21 83 755 844

20105 43 50 221 65 338 68 523 84 51 622 [200] 48 710 816 65 907 33 **21037** 161 263 429 47 608 881 **22006** 54 157 203 81 356 431 43 694 952 98 **23171** 269 308 78 90 517 727 838 974 **24186** 49 249 80 657 771 812 [200] 51 88 922 **25078** 287 321 540 637 55 84 809 **26218** 409 589 [500] 703 906 **27069** 261 437 79 526 59 670 **28264** 326 477 509 613 97 733 836 918 31 **29083** 200 49 402 524 665 71 72 926

30095 205 407 15 46 592 630 97 810 **31213** 22 534 85 615 54 714 19 867 [200] 931 **32075** 77 83 164 239 415 17 89 554 80 698 993 **33071** 277 501 722 59 96 **34059** 109 26 78 228 40 450 69 86 613 726 807 **35082** 234 509 82 606 832 58 912 **36155** 268 564 95 604 8 803 **37419** 350 615 30 714 41 955 73 **38143** 387 623 54 745 **39532** 829 428 [200] 81

40001 96 126 236 84 311 460 588 692 715 46 **41048** 195 248 443 754 74 **42060** 200 43 821 [200] 671 87 743 60 92 881 989 **43084** 170 291 904 62 92 469 523 75 643 82 755 807 901 79 **44104** 209 94 436 539 44 62 619 61 776 950 **45151** 468 643 86 892 **46012** 52 75 631 883 931 **47187** 205 340 98 439 518 75 816 19 20 **48191** 225 485 604 35 65 771 830 980 **49044** 116 35 67 77 205 343 400 597 95 718 853 937 78

50050 65 99 285 393 424 51 64 689 706 95 839 53 **51421** 623 762 72 999 **52118** 37 74 340 572 622 59 762 862 981 **53016** 43 75 99 126 370 407 536 627 817 964 **54154** 241 75 421 34 61 71 89 509 712 75 93 921 **55048** 62 155 261 3[illegible] 435 510 27 [200] 70 731 53 966 86 **56146** 47 [200] 385 6[illegible]21 58 903 **57151** 74 98 744 865 96 948 82 **58135** 69 230 302 640 967 **59069** 390 605 [500] 91 777 854 938 59

60079 240 359 798 828 901 36 86 **61039** 199 361 612 757 824 **62248** 386 419 506 20 664 **63024** 403 35 900 **64198** 221 77 353 434 49 534 633 869 99 938 48 55 **65267** 310 708 73 **66171** 225 453 511 84 887 997 **67033** 59 225 521 619 70 721 **68290** 386 893 935 88 **69237** 780 79 843 69 991

70183 277 302 425 77 513 86 604 722 991 **71059** [200] 280 311 21 429 66 78 545 81 **72119** 708 [**3000**] 44 817 61 **73004** 75 91 120 79 272 394 540 652 758 **74092** 457 570 659 745 823 50 **75024** 71 73 98 206 94 208 15 83 464 666 718 **76056** 63 397 419 511 40 622 754 71 **77085** 98 113 372 751 864 926 **78181** 215 336 51 409 581 616 17 88 751 96 **79069** 111 24 214 332 67 614 811 53

80065 122 234 [500] 436 576 676 802 969 **81041** 287 424 638 320 98 928 69 95 **82062** 277 389 [200] 495 547 638 **83315** 524 69 622 49 54 725 840 [200] 57 74 **84057** 220 51 303 457 524 90 657 707 78 854 913 27 **85006** 40 113 22 24 760 824 **86432** 514 746 807 948 84 **87012** 82 125 64 209 44 54 437 45 508 618 891 987 50 75 **88127** 327 525 619 843 954 **89094** 112 42 281 347 601 91 904

90063 457 75 508 680 707 48 72 839 42 **91078** 80 292 495 714 **92006** 187 207 548 637 817 911 **93123** 319 496 630 96 717 **94074** 75 109 442 693 874 **95308** 20 479 89 596 677 845 916 89 **96156** 223 65 437 64 83 794 828 936 55 82 87 **97070** 84 295 404 10 554 606 63 988 **98004** 200 5 7 99 331 427 778 934 65 85 **99008** 103 39 242 359 490 852 907 39 98

100069 371 501 80 700 893 978 **101137** 206 7 24 323 **102203** 316 57 80 400 80 605 958 **103297** 401 912 **104051** 65 375 405 658 738 44 816 [200] 70 930 94 **105222** 300 29 479 531 762 903 78 **106082** 112 207 468 92 667 771 920 **107069** 148 [300] 73 249 378 476 502 61 645 716 845 913 58 **108070** 101 55 536 654 942 **109131** 260 91 328 512 725 53

110056 84 109 35 43 49 233 83 371 550 636 766 76 868 99 908 **111016** 27 106 22 304 515 807 924 **112099** 134 211 333 451 57 60 502 66 679 948 59 **113119** 248 381 466 704 955 **114124** 55 56 205 15 65 76 83 534 685 851 999 **115024** 63 148 324 665 851 94 **116017** 140 321

571 89 94 688 56 893 951 69 84 88 **117258** 473 607 23 44 782 93 956 [**30000**] **118063** 88 300 [200] 22 591 759 915 **119**[illegible]56 [200] 214 589 664 [200] 793 939 96

120016 196 285 344 614 30 1[illegible]024 64 105 327 538 76 663 700 5 807 **122028** 151 59 420 609 791 920 89 [200] 901 36 59 68 **123063** 77 260 80 451 70 555 65 623 97 894 **124202** 479 89 512 606 39 [200] 779 885 921 **125046** 119 77 315 799 850 71 **126011** 65 132 208 423 555 763 69 76 99 804 35 66 **127034** 46 52 445 60 86 867 99 **128135** 229 432 84 528 68 621 78 733 888 **129007** 84 185 93 227 349 74 483 44 52 [200] 630 933

130049 862 **131**093 114 278 353 600 728 77 **132023** 316 609 63 741 910 [**3000**] 92 **133192** 224 308 56 **134053** 138 318 538 694 828 **135220** 87 263 462 516 37 671 705 822 910 **136008** 14 112 388 402 506 686 881 **137279** 323 53 467 534 67 694 758 60 914 **138011** 66 90 217 21 304 [200] 33 480 86 [300] 660 773 909 **139045** 57 110 83 320 485 569 634 861 87 927

140030 63 95 917 41 **141195** 596 813 91 950 54 **142111** 207 18 455 554 76 619 740 901 42 69 **143147** 273 90 92 379 97 [200] 453 633 726 59 848 62 904 85 **144188** 253 300 424 545 **145461** 519 715 36 940 **146015** 243 59 415 537 39 99 618 722 918 **147276** 91 362 [200] 474 86 542 653 **148033** 149 256 386 413 73 540 52 82 796 **149094** 218 338 61 578 887 921 35

150278 304 469 554 661 91 738 910 19 30 **151153** 250 451 **152058** 221 391 520 606 920 **153012** 281 353 93 583 675 77 861 912 **154006** 531 60 660 711 24 884 **155008** 37 178 [200] 84 405 522 889 962 **156049** 136 76 77 202 330 402 556 98 626 84 [200] 935 77 **157124** 58 282 410 42 78 553 785 950 [200] **158214** 29 753 72 811 927 **159101** 47 63 438 47 502 46 47 89 655 713 802 10 13 [200] 87 40 937 45

160113 [200] 231 326 27 487 520 51 676 729 81 823 **161020** 93 400 48 608 19 832 55 **162192** 391 441 525 35 778 892 **163213** 322 75 511 84 625 49 757 957 **164**082 91 197 475 92 636 745 51 76 814 62 [300] 922 **165**027 119 204 85 826 56 411 60 68 555 612 781 **166**019 290 96 358 471 502 76 705 **167122** 95 310 99 446 579 625 776 89 812 961 [240] 65 82 **168**069 237 315 [200] 436 85 706 820 906 **169027** 104 363 555 658 81 771 820 24 35 83

170011 82 258 307 87 78 460 563 694 806 **171119** 234 415 98 638 825 942 53 **172**035 [200] 70 133 96 322 537 88 90 681 801 80 964 **173**146 62 220 373 405 85 581 761 853 [200] **174219** 341 69 70 502 70 633 70 92 745 819 34 50 79 [240] 947 57 **175**150 414 52 507 9 61 88 95 619 72 **176292** 461 504 78 715 906 **177**033 104 22 69 276 78 430 34 54 647 753 64 973 **178**015 124 55 69 416 95 553 70 97 756 50 841 **179**063 73 90 154 73 204 347 956 72

180227 43 327 99 541 709 14 24 921 53 83 **181**064 70 153 224 69 487 564 644 45 917 **182**019 514 76 709 69 979 **183**062 165 257 96 593 704 14 841 50 86 901 **184**005 140 240 413 664 988 **185**057 90 245 87 88 722 **186**039 358 82 536 636 703 864 98 **187151** 261 345 526 661 819 32 83 941 **188**057 121 357 421 28 502 649 864 906 **189**398 593 632 63 81 745 70 825

190051 131 54 377 85 423 96 620 34 854 86 **191222** 30 52 94 454 658 77 751 880 975 78 **192178** 260 69 85 300 448 872 999 **193**042 [200] 49 85 334 549 89 616 37 67 754 74 901 62 **194147** 627 733 [300] **195**047 55 77 218 333 91 471 524 794 893 **196**077 134 82 488 565 66 645 876 [200] 963 **197**060 [300] 80 329 [500] 50 625 91 846 60 935 **198**068 192 552 76 768 835 70 85 933 53 54 **199**021 26 118 257 582 701 867 96 998

200292 500 26 30 35 39 762 897 934 96 **201**055 88 105 14 271 448 751 82 93 **202**025 200 [200] 335 428 559 729 [300] 818 [200] **203**130 424 58 [500] 702 894 945 **204**175 321 45 557 [200] 85 756 **205**089 213 346 710 98 868 72 952 **206**007 66 240 304 66 83 519 613 723 53 67 947 **207**049 122 45 480 [200] 537 65 87 652 [200] 745 85 824 942 **208**418 21 69 541 54 696 826 57 985 **209**028 74 78 169 223 361 462 69 566 762 803 933

210050 195 260 442 801 919 **211**089 151 501 760 **212**010 124 51 282 329 44 406 45 573 626 752 804 68 73 97 952 [500] **213**063 270 81 368 400 2 78 699 712 850 **214**271 370 456 666 **215**051 155 282 438 46 65 523 704 816 992 **216**013 41 51 97 210 671 814 80 906 44 97 **217**233 58 569 97 623 69 831 72 **218**041 130 304 9 [300] 647 702 889 989 **219**002 46 95 98 149 213 98 304 80 571 782

220141 83 359 98 458 596 634 59 **221**022 43 90 177 86 [**3000**] 260 64 67 397 757 [200] 94 863 78 **222**168 321 626 731 816 [1000] 388 **223**094 105 45 247 682 869 923 **224**102 23 50 411 25 93 563 644 710 **225**090 260 98 452 543 603

Im Gewinnrade verblieben: 1 Gewinn zu 60000 Mk., 1 zu 45000 Mk., 1 zu 30000 Mk., 1 zu 5000 Mk., 2 zu 3000 Mk., 2 zu 1000 Mk., 10 zu 500 Mk.

Berichtigung. In der dritten Ziehungsliste vermißt lies 62504 statt 62405.

Verantwortlicher Redakteur: **Wilhelm Schröder** in Halensee. Für den Inseratentheil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Babing** in Berlin.

Bericht des Parteivorstandes.

Der Parteitag in Hamburg hatte einstimmig den Beschluß gefaßt, daß, nachdem die Möglichkeit durch den günstigen Ausfall des Prozesses gegen den Parteivorstand, wegen angeblicher Verletzung des Vereinsgesetzes, dazu wieder gegeben war, den Sitz des Parteibureaus von Hamburg wieder nach Berlin zurückzuverlegen. Die Uebersiedelung erfolgte sofort nach Schluß des Hamburger Parteitages.

Von den in Hamburg gefaßten Beschlüssen führte der über die Betheiligung an den preußischen Landtagswahlen nachträglich zu einer lebhaften Diskussion in der Presse. Nachdem das bisher von unserer Partei den preußischen Landtagswahlen gegenüber beobachtete, rein negative Verhalten durch den Hamburger Beschluß aufgegeben ist, wurde in den Reihen der Genossen die Frage aufgeworfen: ob der Beschluß dahin aufzufassen sei, daß die Wahlbetheiligung nur für Parteikandidaten (Wahlmänner und Abgeordnete) erfolgen dürfe, oder ob dort, wo es unmöglich sei, aus den eigenen Reihen Kandidaten aufzustellen, auch gestattet sei, für Kandidaten uns nahestehender Parteien oder solche Kandidaten zu stimmen, welche eine gewisse Gewähr dafür bieten, daß sie den reaktionären Bestrebungen des preußischen Schlot- und Landjunkerthums Widerstand leisten werden. Die Beantwortung dieser Frage in unserer Parteipresse war eine sehr weit auseinandergehende. Während von der einen Seite, gestützt auf den Wortlaut des Protokolls über den Hamburger Parteitag (Seite 216 und 217) geltend gemacht wurde, daß, wie unsere Genossen sich an der Landtagswahl betheiligen, dies nur geschehen dürfe für Parteikandidaten, wurde von anderer Seite ausgeführt, daß diese enge Auslegung nothwendig dahin führen müsse, daß der durch die Wahlbetheiligung hauptsächlich angestrebte Zweck: Verhinderung einer konservativen Majorität, vereitelt werde. Die Schwerfälligkeit des Dreiklassen-Wahlmechanismus, vor allem aber die Oeffentlichkeit der Stimmabgabe mache es vielen unserer Anhänger unmöglich oder bedrohe sie doch mit großen Gefahren für ihre soziale Existenz, wenn sie an der Wahlurne, an der möglicherweise ihre Arbeitgeber sitzen, gegen diese für einen sozialdemokratischen Kandidaten stimmen sollten. Dieses Opfer zu verlangen, sei um so ungerechtfertigter, als die Möglichkeit, aus eigener Kraft die Majorität der Wahlmänner in einem Wahlkreise zu gewinnen, ein für alle Male ausgeschlossen sei, Kompromisse mit anderen Parteien durch den Parteitags-Beschluß aber ganz unzweifelhaft untersagt sind. Unter solchen Umständen solle man es den Genossen der Orte und Kreise, wo die Partei nicht in der Lage sei, eigene Wahlmänner-Kandidaten aufzustellen, freigeben, für die Wahlmänner derjenigen Parteien zu stimmen, die den politischen und sozialen Fortschritt am wenigsten gefährden. Obwohl diese Preßerörterungen in der gesammten Partei großes Interesse hervorriefen und sich besonders auch unsere nichtpreußischen Partei-Organe in der lebhaftesten Weise an ihnen betheiligten, so kam es zu einer Verständigung doch nicht. Es wurden deshalb Vorschläge gemacht, durch neue Verhandlungen zu einer Verständigung zu gelangen. Einer dieser Vorschläge ging dahin, den Parteitagsbeschluß der Reichstagsfraktion zu unterbreiten und von derselben eine authentische Interpretation zu erbitten, die dann für die Gesammtpartei bindend sein sollte. Dieser Vorschlag stieß aber auf allgemeinen Widerspruch in der Partei, so daß er der Reichstags-Fraktion selbst garnicht unterbreitet wurde. Von andern Seiten wurde in Vorschlag gebracht, um zu ermöglichen, daß in der Partei noch vor den in diesem Herbst stattfindenden preußischen Landtagswahlen eine Einmüthigkeit erzielt werde, den diesjährigen Parteitag früher als dies sonst üblich, vielleicht schon zu Ostern oder Pfingsten, abzuhalten.

Abgesehen davon, daß durchaus keine Garantie dafür vorhanden war, daß eine nochmalige Verhandlung dieser Frage, deren Erörterung doch in Hamburg so eingehend wie möglich erfolgt ist, zu einer vollständigen Uebereinstimmung in der Partei geführt haben würde, standen der Ausführung letzteren Vorschlages die diesjährigen allgemeinen Reichstagswahlen im Wege. Mitten in die Zeit hinein, wo die Agitation und die Vorbereitungen für die Reichstagswahlen bereits im vollen Gange waren, einen allgemeinen Parteitag zu berufen, daran konnte im Ernste garnicht gedacht werden.

Im selben Maße, wie die Reichstags-Wahlkämpfe in Sicht kamen, traten die Erörterungen über die Landtagswahl-Betheiligung auch in den Hintergrund, um während der Zeit des eigentlichen Wahlkampfes ganz aus den Spalten unserer Presse zu verschwinden. Sofort aber nach Abschluß der Reichstagswahlen tauchte die Frage wieder auf, was seine Erklärung findet in der Thatsache, daß die preußischen Landtagswahlen im Laufe dieses Herbstes stattfinden werden. In verschiedenen Kreisen, so besonders in Breslau und Bielefeld (östliches Westfalen), haben die Genossen beschlossen, sich, soweit dies möglich, durch Aufstellung eigener Kandidaten an der Wahl zu betheiligen. Eine allgemeine Wahlbetheiligung unserer Partei, wie sie bei den Reichstagswahlen stattfindet, ist bei der Natur des Dreiklassen-Wahlsystems ausgeschlossen und auch von den entschiedensten Vertretern der Wahlbetheiligung nie für möglich gehalten worden. Die praktischen Erfahrungen, welche die Genossen bei den bevorstehenden Landtagswahlen sammeln, werden hoffentlich für die Zukunft zu einer gemeinsamen Richtschnur für die preußischen Genossen in dieser Frage führen.

* * *

Je stärker unsere Partei wird und je größer der Kreis der Aufgaben wird, denen unsere Genossen ihre Aufmerksamkeit zuwenden, desto mehr tritt die Bedeutung der Landes- und Provinzorganisation in den Vordergrund. Dies hat sich besonders auch im letzten Jahre bei den Vorbereitungen zu den Reichstagswahlen wieder gezeigt. Nachdem in fast allen Kreisen des Deutschen Reiches Kandidaten von unserer Partei aufgestellt worden sind, vielfach nur zu dem ausgesprochenen Zwecke, auf diese Weise auch die verstreut im Lande wohnenden Anhänger und Genossen in die Lage zu bringen, ihre Stimmen zu gunsten unserer Partei abgeben zu können, ist die Möglichkeit, von einer Zentralstelle aus die Agitation zu regeln, natürlich vollständig geschwunden. Diese Aufgabe zu erfüllen obliegt jetzt den Provinz- und Kreisorganisationen, die sich ihrer Aufgabe im Allgemeinen auch vollständig gewachsen gezeigt haben. Wo es nothwendig und angängig war, sind vom Parteivorstande den Einzelorganisationen Hilfsmittel, Redner und Geld oder Agitationsschriften zur Verfügung gestellt worden. Daß dabei vielfach geäußerte Wünsche, besonders in bezug auf bekannte Parteiredner unbefriedigt bleiben mußten, ist auch in diesem Jahre wieder zu konstatiren. Trotz der immer noch mit ungeschwächten Kräften durch Private und Behörden betriebenen Saalabtreiberei, ist die Zahl der von unseren Parteigenossen arrangirten Versammlungen eine so große, daß es ausgeschlossen ist, daß den dabei zu Tage tretenden Wünschen nach bekannteren Rednern auch nur entfernt genügt werden könnte. Für die Entwickelung der Landesorganisationen werden die in einer Reihe von Einzelstaaten im Laufe des letzten Jahres erfolgten Abänderungen der vereinsgesetzlichen Bestimmungen von Bedeutung sein. So sind besonders in Bayern und Sachsen durch Landesgesetze die Bestimmungen aufgehoben, wonach politische Vereine nicht mit einander in Verbindung treten durften und ist damit wenigstens theoretisch die Möglichkeit einer freieren Bewegung auf dem Gebiete der Parteiorganisation gegeben. Unsere Genossen in den benannten Ländern werden nicht versäumen, von der neu eingeräumten Bewegungsfreiheit Gebrauch zu machen. Ob es dabei der bekannten sächsischen Findigkeit und Auslegungskunst nicht gelingen wird, auf dem Wege der Verwaltungspraxis für unsere Partei wieder zu beseitigen, was man durch die allgemeine Gesetzgebung — besonders gedrängt durch das auch bei den bürgerlichen Parteien hervorgetretene Bedürfniß — einzuräumen sich gezwungen sah, wird die Zukunft lehren. Ein neues Mittel zur Chikane und Drangsalirung der Versammlungsbesucher dürfte in Sachsen in der auf Drängen der konservativen Hetzer ins Vereinsgesetz aufgenommenen Bestimmung gegeben sein, wonach Minderjährigen die Theilnahme an Versammlungen, welche politischen Zwecken dienen, verboten ist. Bei der weitherzigen Auslegung, mit der Arbeitern und ihren Organisationen gegenüber alles, unter politische Zwecke rubrizirt wird, dürfte diese Bestimmung auch den gewerkschaftlichen Versammlungen gegenüber Anwendung finden und so in ihr ein Mittel gefunden sein, den minderjährigen Arbeitern das in der Gewerbe-Ordnung gewährleistete Koalitionsrecht wieder weg zu eskamotiren.

In Bayern hat neben der Aufhebung des Verbindungsverbotes, eine Bestimmung in das Gesetz Aufnahme gefunden, wonach die Bestimmung des Artikels 15 des Vereins- und Versammlungsgesetzes, wonach Minderjährige und Frauenspersonen politischen Vereinen nicht angehören dürfen, insofern eine Einschränkung erfährt, als dieses Verbot aufgehoben ist „hinsichtlich großjähriger Frauenspersonen für solche politische Vereine, welche nur den besonderen Berufs- und Standesinteressen bestimmter Personenkreise oder nur Zwecken der Erziehung, des Unterrichts und der Armen- oder Krankenpflege dienen". Durch die vorstehend erwähnten gesetzlichen Maßnahmen ist für Bayern und Sachsen das seitens des Reichskanzlers, Fürsten Hohenlohe, am 27. Juni 1896, namens der verbündeten Regierungen gegebene Versprechen, die für die politischen Vereine bestehenden Koalitionsverbote aufzuheben, eingelöst. Nur Preußen hat jetzt noch den zweifelhaften Vorzug, daß es mit der Einlösung des feierlich gegebenen Ministerwortes im Rückstande ist, nachdem selbst die Majorität des Dreiklassenwahl-Landtags sich geweigert hat, die Vorlage des Ministers von der Recke zu akzeptiren. Ganz ohne Einfluß sind indeß die Verhandlungen der Parlamente über unsere vereinsrechtlichen Zustände und die bei diesen Gelegenheiten von allen Seiten erfolgten Verurtheilungen der Koalitionsverbote, auch für Preußen nicht gewesen. Während früher kein Jahr verging, ohne daß gewerkschaftliche und politische Vereine wegen angeblicher Verstöße gegen den § 8 des Vereinsgesetzes aufgelöst und deren Vorstände deswegen gerichtlich verfolgt wurden, ist uns im letzten Jahre kein solcher Fall bekannt geworden. Der § 8 des Vereinsgesetzes hat eben auch für die preußische Regierung nur mehr den Werth eines Tauschobjektes, für dessen Hingabe man hofft, ein paar andere, mehr wirksame reaktionäre Bestimmungen eintauschen zu können. Ob diese Hoffnungen sich in Zukunft erfüllen werden, dafür ist der Ausfall der bevorstehenden preußischen Landtagswahlen von entscheidender Wichtigkeit.

* * *

Auf dem Gebiete der Arbeiterorganisationen sind aus der letzten Zeit als Neuerungen die Arbeitersekretariate zu bezeichnen. In Berlin, Nürnberg, Stuttgart, München, Hannover existiren solche Institute bereits seit kürzerer oder längerer Zeit; in anderen Städten, so z. B. in Frankfurt a. M., bereitet man deren Einführung vor. Zur Wahrung der Interessen der Arbeiter auf den Gebieten des Arbeiterschutzes, der Arbeiterversicherung und des Koalitionsrechtes haben die neuen Institute sich überall als große Wohlthat für die ihr Recht verfolgenden Arbeiter erwiesen.

Lohnbewegungen von dem Umfange wie der Hamburger Hafenarbeiter-Streik im vorigen Jahre sind aus dem letzten Berichtsjahre nicht zu verzeichnen. An Ausständen, welche sich auf kleinere Arbeitergruppen beschränkten, hat es aber auch in diesem Jahre nicht gefehlt, ja sie dürften sogar in zahlreicheren Fällen vorgekommen sein, wie im Vorjahre. Wie immer, wurden diese Kämpfe mit wechselndem Glücke geführt, doch dürfte im allgemeinen eine wenn auch nur geringe Lohnerhöhung vielfach erzielt worden sein.

Für die brutale Rücksichtslosigkeit, mit der der Kapitalismus alle Hindernisse beseitigt, welche sich der Profitschneiderei in den Weg stellen, sind recht charakteristisch die Vorgänge in den Kohlengruben am Piesberg bei Osnabrück. Diese Werke sind in den letzten Jahren nicht mehr so ergiebig gewesen wie früher. Um die Ausbeute zu steigern, ordnete die Werksleitung kurzerhand an, daß die bis dahin gefeierten besonderen katholischen Feiertage in Zukunft in Wegfall zu kommen haben und an diesen Tagen gearbeitet werden müßte. Die katholischen Arbeiter, die durch diese brüske Anordnung sowohl in ihren wirthschaftlichen Interessen wie auch in ihren religiösen Gefühlen auf das tiefste verletzt wurden, weigerten sich, der Anordnung Folge zu geben und legten die Arbeit nieder. Obwohl nun ein kirchliches Interesse in Frage stand, die Ortsgeistlichkeit auch auf Seite der Arbeiter trat, die Leitung des christlichen Bergarbeiter-Verbandes die Berechtigung des Ausstandes anerkannte und Hilfe zusagte, von einer sozialdemokratischen Einmischung aber keine Spur vorhanden war, fuhr die gesammte Bourgeoispresse doch über die Streikenden her, als ob es sich um ganz — gewöhnliche Sozialdemokraten gehandelt hätte. Die Stumm-Presse schimpfte, wie sie seinerzeit über die Streikenden im Ruhr- und Saar-Revier geschimpft hatte, die Regierungsvertreter stellten sich auf die Seite der Unternehmer und schließlich desavouirte auch der Bischof die niederen Geistlichen. So von allen Seiten verlassen, waren die armen katholischen Arbeiter bereit, sich ins Unvermeidliche zu fügen. Nun zeigte sich aber das Kapitalprotzenthum ganz auf der Höhe, indem die Werkbesitzer erklärten, die Gruben ihrer geringen Ertragsfähigkeit wegen und zur Strafe für die Arbeiter dafür, daß sie gewagt hätten, die Schonung ihrer religiösen Ueberzeugung und ihrer wirthschaftlichen Interessen zu verlangen, in Zukunft zu schließen. Hunderte von Arbeiter und ihre Familien waren mit diesem Protzenbeschluß mit einem Schlage brot- und existenzlos und genöthigt, die Heimath zu verlassen, in der ihre Vorfahren und sie ihnen folgend seit Jahrzehnten den Boden mit ihrem Schweiß gedüngt hatten. Die Kapitalistenpresse feierte diesen Beschluß in begeisterten Artikeln, weil durch denselben den widerspenstigen Arbeitern einmal recht deutlich und wirksam gezeigt sei, daß die Unternehmer „Herren auf ihren Werken" sein wollen und daß sie mit ihrem Eigenthum machen können was sie wollen. Vertreter von Kirche und Staat billigten aber das Vorgehen der Unternehmer und hatten für die hilflos aufs Pflaster geworfenen Arbeiter höchstens öde Moralsprüche und Belehrungen darüber, daß man den „Brotherrn" nicht unvorsichtig reizen soll. Für die katholischen Bergarbeiter dürften die Vorgänge am Piesberg ein Denkzettel sein, den sie nicht sobald vergessen werden.

* * *

Hervorgehoben zu werden verdient auch, daß nicht nur die Polizei und Verwaltungsbehörden sich einseitig im Unternehmerinteresse in die Lohnkämpfe mischen, sondern daß auch in der Rechtsprechung immer mehr die Tendenz zur Geltung kommt, strengste Strafen gegen die Vergehen, die aus angeblichen Verstößen gegen den § 153 der Gewerbe-Ordnung resultiren, in Anwendung zu bringen und in der Auslegung der Strafbestimmungen selbst über alle früher beobachteten Grenzen weit hinauszugehen. Vor allem hat auch im letzten Jahre wieder der berüchtigte grobe Unfugparagraph auf die Lohnkämpfe eine Anwendung gefunden, die nur in der einseitigsten Auffassung weiter richterlicher Kreise ihre Erklärung findet. So wurde besonders vielfach der Versuch gemacht, das sogenannte Streikpostenstehen unter den Unfugparagraphen zu bringen und eine ganze Anzahl von Gerichten haben in diesem Sinne auch entschieden. Daß gerade damit den Arbeitern ein wesentliches Mittel zur Nutzbarmachung des Koalitionsrechtes genommen wird, ist sicher, aber das ist auch der unausgesprochene Zweck all' dieser Maßnahmen. In für die Unternehmer erfreulichem Gegensatz zu dem Verhalten der Behörden gegenüber den gewerkschaftlichen Bestrebungen der Arbeiter stehen die Maßnahmen derselben Behörden dort, wo es sich um die Durchführung von Bestimmungen handelt, die zum Schutze der Arbeiter aufgestellt sind. Das zeigt sich besonders bei der so viel umstrittenen Bäckereiverordnung aus der Zeit des Ministers von Berlepsch. Offen haben Bäckermeister-Vereinigungen erklärt, daß sie die Verordnung nicht beachten werden; von angesehenen Parlamentariern und ganzen Parteien wurden die Meister in diesen ihren Bestrebungen bestärkt und so ist es, glücklich dahin gekommen, daß die Verordnung in der Mehrzahl der Bäckereien nur auf dem Papiere besteht. Von der Energie der Behörden aber, die überall gezeigt wird, wo es gilt, angebliche Uebergriffe der Arbeiter abzuwehren, merkt man bei der Durchführung der Bäckereiverordnung nichts. Dasselbe gilt von den meisten zuständigen Behörden gegenüber der Durchführung der übrigen Arbeiterschutzbestimmungen. Wo aber die Aufsichtsbehörden wirklich zugreifen und Unternehmer, die ihren Verpflichtungen nicht nachkommen, vor den Strafrichter bringen, geschieht es nicht selten, daß die Richter auf so minimale Strafen erkennen, daß dieselben in gar keinem Verhältniß stehen zu den Vortheilen, welche die Unternehmer aus der Mißachtung der Arbeiterschutz-Vorschriften ziehen. Die Klagen in den Berichten der Gewerbe-Inspektoren über die Art der Rechtsprechung bilden eine stehende Rubrik. Der Umstand, daß unser höheres Beamtenthum und besonders auch der Richterstand sich fast ausschließlich nur aus den Kreisen rekrutirt, denen auch das Unternehmerthum entstammt, erklärt das feine Verständniß für die Interessen des letzteren in den Kreisen unserer Bureaukratie, während die Interessen, Bedürfnisse und die Gedankenwelt der Arbeiterschaft für diese Kreise meist ein verschlossenes Buch mit sieben Siegeln bleibt. Das erklärt auch das allgemein verbreitete und tief gewurzelte Mißtrauen der arbeitenden Bevölkerung gegen die gelehrte Rechtsprechung und die bureaukratische Verwaltungspraxis. Die Arbeiter haben die Ueberzeugung, daß dabei ihre Interessen zu kurz kommen müssen, weil niemand da ist, der sie kennt und sich zu deren Anwalt aufwirft. Wo dagegen die Arbeiter selbst mit zur Entscheidung durch ihre Vertreter berufen sind, wie bei den Gewerbegerichten und den verschiedenen Instanzen der Arbeiterversicherung, ist dieses Mißtrauen nicht vorhanden.

* * *

Der Strömung, die sich in der Verwaltung und Rechtsprechung gegen die Arbeiterbewegung kundgiebt, entspricht der viel erörterte Erlaß des Grafen von Posadowsky. Dieses vom 11. Dezember 1897 datirt Aktenstück, das durch Zufall zur Kenntniß der Redaktion unseres Zentralorgans „Vorwärts" gekommen und von diesem am 15. Januar 1898 veröffentlicht ist, zeigt mit aller wünschenswerthen Klarheit, wohin der neueste Kurs der Reichsregierung steuert. Nachdem diese durch den Mund des neuen Staatssekretärs des Reichsamtes des Innern in der Reichstagssitzung vom 13. Dezember 1896 hatte erklären lassen, daß sie darauf verzichte, die wiederholt versprochenen und in früheren Sessionen theilweise bereits eingebrachten sozialpolitischen Gesetze wieder vorzulegen, da „die freudige Mitwirkung der Unternehmerklasse" fehle, kündigte derselbe Redner gleichzeitig schärfsten Kampf gegen die Sozialdemokratie und deren „bewußte und unbewußte Mitläufer" an. Daß man dabei alles als „sozialdemokratisch" und deshalb verwerflich denunzirt, was im Interesse der Arbeiter verlangt, von dem Unternehmerthum aber bekämpft wird, ist eine altbewährte Praktik. Bei den Unternehmern am meisten verhaßt sind die gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter, weil sie eine Schutzwehr gegen brutale Vergewaltigungen und zugleich das Mittel bieten, die Unternehmer gegebenenfalls zu zwingen, günstigere Arbeitsbedingungen zu gewähren. Gegen diese Organisationen richtet sich nun der Geheimerlaß vom 13. Dezember 1896, der in den Vordergrund die Frage stellt, „ob nicht angesichts der durch die Arbeiterbewegung der letzten Jahre gelieferten Erfahrungen von der Gesetzgebung ein erhöhter Schutz gegen Mißbrauch der durch § 152 der Gewerbe-Ordnung gewährleisteten Koalitionsfreiheit zu verlangen sei?"

Der weitere Inhalt ist im Sinne der Bejahung dieser Frage gehalten und er klingt schließlich aus in die Vorschläge, im Sinne der Vorlage der Gewerbe-Ordnungs-Novelle vom Jahre 1890 eine Erweiterung der strafbaren Thatbestände sowie auch eine Verschärfung des Strafmaßes in Anwendung zu bringen. Insbesondere wird in dem Erlaß auch die Frage aufgeworfen, ob nach den „gemachten Erfahrungen ein Bedürfniß vorliege, bei Ausständen arbeitswillige Personen gegen den Terrorismus der Ausständigen und Agitatoren besser zu schützen und diejenigen zu strafen, welche, um andere von der Aufnahme oder Fortsetzung der Arbeit abzuhalten, Posten ausstellen, Arbeitsstätten, Zugänge zu denselben, öffentliche Straßen und Plätze (Bahnhöfe, Hafenplätze) überwachen; Arbeitswillige durch Reden oder Thätlichkeiten belästigen, ihnen das Arbeitsgeräth rechtswidrig vorenthalten oder beiseite schaffen?"

Um diese Fragen in ihrer arbeiterfeindlichen Bedeutung zu erfassen, muß man die heutige Rechtsprechung auf grund des § 153 der Gewerbe-Ordnung kennen. Existiren doch Urtheile, die durch alle Instanzen Bestätigung fanden, wonach streikende Arbeiter, die ihren fortarbeitenden Kollegen zuriefen, sich ihres unkollegialen Benehmens zu schämen, wegen Drohung und Ehrverletzung zu mehrwöchentlicher Gefängnißstrafe verurtheilt wurden. Uebrigens kennzeichnete der Staatssekretär die Abhängigkeit der jetzigen Reichsregierung von den Unternehmerverbänden selbst, indem er offen bekannte, daß man mit dem Erlasse einen Wunsch der Unternehmer erfülle und daß die arbeiterfeindlichste Stelle desselben einer Eingabe der Baugewerksmeister-Innung entnommen sei. In seinem Uebereifer, die Gunst des Unternehmerthums der Regierung zu gewinnen, erklärte der Herr Staatssekretär sogar, daß er mit dem Erlaß als Wahlmanifest der Regierung vor die Wähler[illegible] werde. Eine Ankündigung, die von unseren Genossen im [illegible]tag mit Beifall akzeptirt wurde.

* * *

Der Hamburger Parteitag stand bereits unter dem Eindruck der bevorstehenden Reichstagswahlen, das zeigte die Thatsache, daß die Debatte über dieselben einen ungewöhnlichen Umfang annahm und fast drei Sitzungen hindurch die Delegirten beschäftigte. Die bevorstehenden Wahlen wurden in der Debatte als ein Gradmesser für den Stand unserer Partei bezeichnet und deshalb besonders verlangt, daß wieder überall, wo unsere Partei Anhänger hat, eigene Kandidaten aufgestellt werden sollen. Selbstverständlich wurden auch für die anstehenden Wahlen Kompromisse mit anderen Parteien abgelehnt, dafür aber eine Reihe von Bedingungen aufgestellt, nach deren Anerkennung von seiten eines gegnerischen Kandidaten bei Stichwahlen zwischen Gegnern wir unseren Anhängern empfehlen sollen, dem betreffenden Kandidaten die Stimme zu geben.

Unter Berücksichtigung der vorstehenden Beschlüsse und der Erfahrungen, die die Partei bei früheren Wahlen gesammelt hat, wurden seitens des Parteivorstandes alle nöthigen Vorbereitungen getroffen, so daß unsere Wahlorganisation lange vor dem Schlusse der letzten Reichstagssession und der Ausschreibung der Neuwahlen fertig war. Nur in bezug auf den „Bericht über die parlamentarische Thätigkeit des Reichstags", der seit langen Jahren zu allen allgemeinen Wahlkämpfen unseren Agitatoren und Genossen geliefert worden ist, erwiesen sich die Vorbereitungen nicht ausreichend, insofern als die Vorarbeiten zu dem seit längerer Zeit bereits angekündigten sozialdemokratischen A.-B.-C.-Buch nicht zum Abschluß gebracht waren und das Buch deshalb nicht erscheinen konnte. Es mußte im letzten Augenblick Ersatz geschaffen werden, und durch das energische Zusammenwirken einiger Genossen ist es auch möglich gemacht worden, daß der Vorstand das „Handbuch für sozialdemokratische Wähler" unseren Agitatoren, Vertrauenspersonen und Wahlkomitees so rechtzeitig zustellen konnte, daß dieselben einen Leitfaden zur Wahlagitation an der Hand hatten.

Das bei den Wahlen 1893 zum ersten Male angewandte System, „die Zentralisation in der Partei-Organisation aufzugeben und die provinziellen oder Landesgliederungen, welche sich in den letzten Jahren gebildet haben, bei der Durchführung des Wahlkampfes in entsprechender Weise heranzuziehen", hatte sich damals vorzüglich bewährt, und der Parteivorstand veranlaßte deshalb, daß auch dieses Mal wieder entsprechende organisatorische Einrichtungen, Zentral-Wahlkomitees ꝛc. gebildet wurden. Gestützt auf die Erfahrungen bei der Wahl 1893 wurden einzelne Wahlkreise, die damals anderen Agitationsbezirken zugetheilt waren, von diesen abgezweigt und denjenigen Komitees unterstellt, zu denen sie geographisch günstiger liegen oder mit denen sie im Laufe der Jahre

schon zusammen gearbeitet hatten. Neue Agitationsbezirke wurden dieses Mal gebildet für den Regierungsbezirk Oppeln mit dem Sitz der Leitung in Königshütte (Oberschlesien), Regierungsbezirk Arnsberg 1.—4. Wahlkreis, Zentral-Wahlkomitee in Hagen i. W.; Baden 8.—10. Wahlkreis, Sitz des Zentral-Wahlkomitees in Karlsruhe; Mecklenburg, Sitz des Zentral-Wahlkomitees in Rostock. Die bei der Wahl 1893 für den Regierungsbezirk Aachen und die Provinz Unterfranken mit Aschaffenburg eingerichteten Zentral-Wahlkomitees sind dieses Mal ausgefallen und der Regierungsbezirk Aachen dem Kölner Zentral-Wahlkomitee, von der Provinz Unterfranken die Wahlkreise Aschaffenburg und Lohr dem Zentral-Wahlkomitee in Frankfurt a. M. und die übrigen Kreise dem Zentral-Wahlkomitee in Nürnberg unterstellt worden:

Danach wurde folgende Eintheilung der Agitationsbezirke getroffen:

Wahlkreise	Sitz des Komitees
Provinz Ostpreußen	Königsberg
Provinz Westpreußen	Danzig
Provinz Brandenburg	Berlin
Provinz Pommern	Stettin
Provinz Schlesien:	
1.—8. Wahlkreis	Breslau
Reg.-Bez. Breslau, 9., 13. Wahlkreis und Reg.-Bez. Liegnitz, 7. und 8. Wahlkreis	Oberlangenbielau
Ober-Schles., Reg.-Bez. Oppeln	Königshütte
Reg.-Bez. Liegnitz, 1.—6. und 9. u. 10. Wahlkreis	Görlitz
Provinz Sachsen:	
Reg.-Bez. Magdeburg	Magdeburg
Reg.-Bez. Merseburg, ohne den 7. Wahlkreis Sangerhausen-Eckartsberga	Halle a. d. S.
Reg.-Bez. Erfurt, Wahlkreis Sangerhausen-Eckartsberga und von Sachsen-Weimar 1. und 3. Wahlkreis, sowie Schwarzburg-Sondershausen	Erfurt
Provinz Hannover:	
3.—5. und 7.—16. Wahlkreis	Hannover
1. und 2. Wahlkreis	Bant b. Wilhelmshafen
6., 18. und 19. Wahlkreis	Bremen
17. Wahlkreis	Hamburg
Provinz Westfalen:	
Reg.-Bez. Münster, mit Ausnahme des 3. Wahlkreises (Borken-Recklinghausen), Reg.-Bez. Minden, vom Reg.-Bez. Arnsberg der 8. Kreis (Lippstadt-Brilon) und die beiden Lippe	Bielefeld
Reg.-Bez. Arnsberg 5.—7. Wahlkreis und vom Reg.-Bez. Münster der 3. Wahlkreis (Borken-Recklinghausen)	Dortmund
Reg.-Bez. Arnsberg 1.—4. Wahlkreis	Hagen
Provinz Hessen-Nassau:	
Reg.-Bez. Kassel 1.—7. Wahlkreis und Waldeck-Pyrmont	Kassel
Reg.-Bez. Wiesbaden, Hanau-Gelnhausen, der 1., 2. u. 3. hessische Wahlkreis und die bayerischen Wahlkreise Aschaffenburg und Lohr	Frankfurt a. M.
Rheinprovinz:	
Reg.-Bez. Köln, Koblenz und Aachen und vom Reg.-Bez. Trier den 1.—3. Wahlkreis	Köln
Reg.-Bez. Düsseldorf	Elberfeld
Reg.-Bez. Trier 4.—6. Kreis	Saargemünd
Provinz Schleswig-Holstein:	
1.—5., 7. und 9. Wahlkreis, Theile des 1. oldenburgischen Wahlkreises	Neumünster
6., 8. und 10. (Lauenburg) Wahlkreis	Hamburg
Königreich Bayern:	
Provinz Ober- und Niederbayern	München
Provinz Schwaben und Neuburg	Augsburg
Provinz Ober-, Mittel- und Unterfranken, letzteres ohne die Kreise Lohr und Aschaffenburg, die Provinz Oberpfalz	Nürnberg
Provinz Pfalz	Ludwigshafen
Königreich Sachsen:	
1.—9. Wahlkreis	Dresden
11.—14. Wahlkreis	Leipzig
10. und 15.—21. Wahlkreis	Chemnitz
18., 22. und 23. Wahlkreis	Zwickau
Königreich Württemberg und Hohenzollern-Sigmaringen	Stuttgart
Großherzogthum Hessen:	
4.—7. Wahlkreis	Darmstadt
8.—9. Wahlkreis	Mainz
Großherzogthum Baden:	
1.—7. Wahlkreis	Freiburg i. B.
8.—10. Wahlkreis	Karlsruhe
11.—14. Wahlkreis	Mannheim
Großherzogthümer Mecklenburg	Rostock
Thüringische Staaten:	
1. und 2. gothaischer Wahlkreis, 2. weimarischer Wahlkreis und Theile von Eschwege-Schmalkalden	Gotha
1. und 2. meiningenscher Wahlkreis u. Schwarzburg-Rudolstadt	Pößneck
1. und 3. weimarischer Wahlkreis und Schwarzburg-Sondershausen	Erfurt
Großherzogthum Oldenburg:	
1. und 2. oldenburgischer Wahlkreis und 1. und 2. hannöverscher Wahlkreis	Bant
Herzogthum Braunschweig:	
1.—3. braunschweiger Wahlkreis	Braunschweig
Herzogthum Altenburg	Altenburg
Herzogthum Anhalt:	
1. und 2. Wahlkreis	Dessau
Reuß ä. L.	Greiz
Reuß j. L.	Gera
Hamburg:	
1.—3. hamburger Wahlkreis, 17. hannöverscher Wahlkreis und 6., 8. und 10. holsteinischer Wahlkreis	Hamburg
Bremen:	
Wahlkreis Bremen, 6., 8. und 19. hannöverscher Wahlkreis und 3. oldenburgischer Wahlkreis	Bremen
Lübeck	Lübeck
Elsaß-Lothringen	Straßburg

Wie bereits erwähnt, hat sich vorstehende Eintheilung auch bei den diesmaligen Wahlen vollständig bewährt und ist es durch dieselbe ermöglicht worden, die organisatorischen und agitatorischen Arbeiten mit einer Intensivität durchzuführen, die niemals zu erreichen gewesen wäre, wenn die ganze Wahlaktion von einem Zentralpunkt aus hätte geleitet werden sollen.

Die erste offizielle Kundgebung unserer Partei zu den bevorstehenden Wahlen war ein Aufruf der früheren Reichstags-Fraktion an die „Parteigenossen und Wähler!“ In dem Aufrufe, der die Unterschriften sämmtlicher 48 Abgeordneten trug, heißt es, daß bei der diesjährigen Reichstagswahl mehr auf dem Spiele stehe, als bei irgend einer früheren Wahl; es wird dann auf die Gefahren hingewiesen, die dem allgemeinen gleichen direkten und geheimen Wahlrecht drohen, „das bei den Liberalen nur laue Freunde, bei den Konservativen — einschließlich des Bundes der Landwirthe — nur offene und geheime Feinde hat“. Weiter wies der Aufruf auf die Gefahren hin, die dem Koalitionsrecht und der Freizügigkeit der Arbeiter drohen, erinnert an die Pläne zur Vermehrung des Landheeres und an die Milliarde, welche die Flottenschwärmerei und die unfruchtbare Kolonialpolitik die Steuerzahler, d. h. bei unserem indirekten Steuersystem, die Konsumenten der Massenartikel kosten werde. Der Aufruf sprach sich für eine „stetige Handelspolitik aus, die auf dem Abschluß von Tarif- oder Meistbegünstigungs-Verträgen mit allen in den modernen Verkehr einbezogenen Völkern beruht und in hohem Grade geeignet sei, den friedlichen Wettkampf der Völker auf allen Gebieten der Kultur zu fördern“.

Schärfster Kampf wird angekündigt gegen die Gegner einer solchen Handels- und Zollpolitik, gegen die Agrarier und die mit denselben Hand in Hand gehende schutzzöllnerische Großindustrie.

„Unser Kampf“ — so schließt der Aufruf — „richtet sich gegen Rechtlosigkeit, Ungerechtigkeit, Unterdrückung und Ausbeutung in jeglicher Gestalt. Unsere Losung ist: Tod und Noth und dem Müßiggang! .... Wir kämpfen für eine neue Staats- und Gesellschaftsordnung, in der Männer und Frauen als Freie und Gleiche leben und thätig sind, in der es keine Herrschaft des Menschen über den Menschen giebt und das Wohlsein als oberster Grundsatz aller menschlichen Ordnung anerkannt ist. Freiheit, gleiches Recht für Alle! Keine Rechte ohne Pflichten! Keine Pflichten ohne Rechte!“

Es folgt ein Appell an die deutschen Frauen, die als Wählerinnen noch nicht mitkämpfen, aber agitatorisch wirksam sein können: „Auch über das Recht der Frau zur Theilnahme am öffentlichen Leben, das die Sozialdemokratie allein von allen Parteien fordert, wird in diesem Kampfe mit entschieden. .... Parteigenossen! Wähler! Thut Eure Pflicht gegen Euch selbst, gegen das Vaterland, gegen die Menschheit! Der Wahlfeldzug beginnt! Drauf und dran! Vorwärts! Vorwärts zu Kampf und Sieg!

Nieder mit den Feinden des arbeitenden Volkes!
Nieder mit der Reaktion!
Hoch die Sozialdemokratie!“

Dieser Aufruf, mit dem der taktische und prinzipielle Aufmarsch der sozialdemokratischen Partei zum Abschluß gebracht war, erschien in unserem Zentralorgan am 10. April, knapp vier Wochen später hielt der Reichstag seine letzte Sitzung und erfolgte sein Schluß am 6. Mai.

War die Wahlbewegung vorher schon in vollem Gange, so steigerte sich dieselbe jetzt mit jedem Tage mehr. Unsere Presse führte den Vorkampf mit Geschick und Umsicht, an unsere Redner wurden, trotzdem von seiten der Behörden und der gegnerischen Parteien die unglaublichsten Anstrengungen gemacht wurden, uns die Versammlungslokale abzutreiben, Anforderungen gestellt, die schon aus rein physischen Gründen nicht immer zu erfüllen waren. Millionen von Flugblättern wurden vertheilt, in denen theils unsere Parteigrundsätze entwickelt, theils die Angriffe der Gegner zurückgewiesen und ihre reaktionären, volksfeindlichen Ziele enthüllt wurden. Vom Parteivorstand gelangten gleich zu Beginn des Wahlkampfs drei Entwürfe zu Wahlflugblättern als Manuskripte gedruckt zur Versendung an die Zentral-Wahlkomitees. Außerdem wurde eine 16 Seiten starke, ausschließlich für die ländliche Bevölkerung bestimmte Flugschrift in Massenauflage hergestellt und den Wahlkomitees gratis zur Verfügung gestellt. Mit dem Vorstande der polnischen sozialdemokratischen Partei wurde ein Abkommen getroffen, wonach derselbe die von ihm herausgegebenen Flugschriften in polnischer Sprache für die deutschen Kreise zur Verfügung stellte, in denen polnische Arbeiter von deutschen Unternehmern ausgebeutet werden. Dem Zentral-Wahlkomitee in Königshütte, für den Regierungsbezirk Oppeln, wurde gleich zu Beginn des Wahlkampfes ein mehrseitiges Flugblatt in deutscher und polnischer Sprache in einer Auflage von 120 000 Exemplaren zur Verfügung gestellt. Von dem „Handbuch für Sozialdemokratische Wähler“ sind ca. 3000 Exemplare an unsere Agitatoren und Vertrauenspersonen gratis abgegeben worden. Ueber die pekuniären Unterstützungen der einzelnen Kreise im Wahlkampfe wird an anderer Stelle eingehend berichtet, hier sei nur bemerkt, daß der Wahlkampf dieses mal Summen gekostet hat, wie noch nie ein Wahlkampf vorher. Der Parteivorstand war in der glücklichen Lage, auch weitgehenden Anforderungen nachkommen zu können und sind die Forderungen der meisten Zentral-Wahlkomitees im vollen Umfange akzeptirt worden. Alle gestellten Anforderungen zu erfüllen war freilich nicht möglich, wobei besonders bemerkt sein mag, daß theilweise aus Kreisen sehr hoch gespannte Anforderungen gestellt worden sind, von denen im Laufe der Jahre gar keine oder doch nur sehr minimale Beiträge an die Zentralkasse geleistet worden sind. Gewiß soll die Zentralkasse ein Ausgleichsinstitut sein zwischen den Partei-Orten, wo Ueberfluß und denen wo Mangel an pekuniären Mitteln herrscht, aber daß die Zahl der Orte — und zwar auch solcher mit recht lebhafter Partei- und Gewerkschaftsbewegung —, von denen der Parteikassirer nur hört, wenn sie die Zentralkasse in Anspruch nehmen wollen, eine sehr große ist, bleibt immerhin ein beklagenswerther Zustand in der Partei-Organisation. Ein Agitationsmittel, das dieses Mal in viel ausgedehnterem Maße wie bei früheren Wahlen, zur Anwendung kam, war die Herausgabe spezieller Wahlzeitungen. Dieselben sind in den meisten Fällen wöchentlich oder vierzehntäglich in einer Nummer während der Wahlzeit erschienen. Diese Blätter fanden hauptsächlich in Kreisen Verbreitung, wo unsere periodische Parteipresse garnicht oder nur sehr schwach vertreten ist. Der Hauptinhalt dieser Wahlzeitungen, die unter theilweise sehr drastischen Titeln erschienen, war neben der Aufklärung der Wähler speziell der Widerlegung und Abwehr gegnerischer Angriffe gewidmet. Von den Wählermassen wurde dieses Kampfmittel sehr günstig aufgenommen.

Der Wahltag brachte nur für ungefähr die Hälfte der Wahlkreise die endgiltige Entscheidung, für die andere Hälfte waren Stichwahlen nöthig. Unsere Partei hatte im ersten Wahlgang 32 Wahlkreise erobert, darunter 29, welche bereits in der vorigen Legislaturperiode von Sozialdemokraten vertreten waren, während Hanau, Lübeck und Stuttgart neu gewonnen wurden. Leider wurden diese Gewinne durch eben so viele Verluste ausgeglichen. Die bisher von Sozialdemokraten vertretenen Wahlkreise Straßburg i. E., Reichenbach-Neurode i. Schl. und Mittweida-Frankenberg i. Sachs. gingen an die vereinigten Gegner verloren. Sechzehn Wahlkreise, die bisher von Sozialdemokraten vertreten waren, mußten in der Stichwahl vertheidigt werden, dazu kam, daß unsere Partei noch in weiteren 97 Kreisen in die Stichwahl kam, so daß der zweite Wahlgang an Umfang und Intensivität sich wenig vom ersten unterschied. Entsprechend den Beschlüssen des Hamburger Parteitags gab der Parteivorstand die Parole für die Genossen jener Kreise aus, wo zwei gegnerische Parteien zur Stichwahl standen. Dieser Parole wurde von den Genossen überall Folge geleistet, wo nicht ganz besondere lokale Vorgänge ein Abweichen nothwendig machten. So z. B. in Bochum, Duisburg und einigen anderen Kreisen des Westens, wo unsere Genossen, empört über das Verhalten des Zentrums in Dortmund, wo diese Partei offen ein Bündniß mit den nationalliberalen Kulturkämpfern gegen uns abschloß, im letzten Moment sich entschlossen, dem Zentrum einen Denkzettel zu verabreichen. Eine Reihe rheinisch-westfälischer Wahlkreise, so besonders Bochum, Duisburg und Hamm fielen nun den Liberalen zu, während andernfalls das Zentrum sicher auf sie rechnen konnte. In der Zentrumspresse kam es um dieser Vorgänge willen zu recht lebhaften Auseinandersetzungen, wobei der Dortmunder Unterhändler der Zentrumspartei, Lamprecht Rensing, gerade keine Seide spann. Auch dieses Mal gelang es einer ganzen Anzahl freisinniger Kandidaten, auf sozialdemokratischen Krücken bei den Stichwahlen in den Reichstag zu kommen, eine Hilfe, für die von freisinniger Seite nur in ganz vereinzelten Kreisen Gegenleistung gewährt wurde. Wo dies aber, wenigstens theilweise, geschehen zu sein scheint, wie in den drei von uns neu eroberten Lausitzer Kreisen, war es mehr Angst vor den Wollzöllen als die Abneigung gegen die politische Reaktion, was einen Theil der freisinnigen Wählerschaft bestimmte, bei der Stichwahl einen sozialdemokratischen Stimmzettel abzugeben. Daß dort, wo die freisinnige Partei mit der sozialdemokratischen in Stichwahl stand, erstere sich aller der schofsen Kampfmittel bediente, deren Anwendung, wenn sie selbst darunter zu leiden hat, sie sonst an den Kartellparteien so scharf tadelt, entspricht zu sehr den alten Gewohnheiten des Freisinns, als daß es dieses Mal besonders hätte auffallen können. Den Freisinnigen gelang es, in Berlin den zweiten und fünften Wahlkreis uns mit ganz geringfügigen Majoritäten (15 und 59 Stimmen) mit Hilfe der Stöckergarde und der Antisemiten wieder zu entreißen. Ob indeß der Freisinn dieses Sieges froh werden wird, darüber wird in der Wahlprüfungs-Kommission und im Plenum des Reichstags noch ein letztes Wort gesprochen werden.

Neben der Geschlossenheit der gegnerischen Parteien, die nur in ganz vereinzelten Kreisen nicht zu stande kam und auch dann mehr in der Stimmenthaltung wie in direkter Stimmabgabe für unsere Kandidaten sich zeigte, war es besonders der amtliche Druck und die Beeinflussung durch die Unternehmer, welche bei den Stichwahlen eine Rolle spielten, um den Sieg unserer Partei zu verhindern. Besonders arg trat dieser Druck dieses Mal auch in den Staatswerkstätten und königlichen Bergwerken hervor. Nur so konnte es gelingen, uns Wahlkreise wie z. B. Kiel wieder zu entreißen.

Die Mehrzahl der Stichwahlen fanden am 24. Juni statt, nur in Bayern, Weimar und Mecklenburg waren sie auf ein paar Tage später angesetzt. Wie bei allen früheren allgemeinen Wahlen so brachten auch dieses Mal die Stichwahlen, im Verhältniß zur großen Zahl von Kreisen, an denen wir betheiligt waren, nur wenige Siege. Von den 16 Wahlkreisen unseres früheren Besitzstandes, welche wir in der Stichwahl zu vertheidigen hatten, gelang es nur sechs — Berlin III., Breslau-Ost, Braunschweig, Halle, Teltow-Beeskow und Waldenburg i. Schl. — zu behaupten. Zehn von diesen Kreisen: Berlin II. und V., Brandenburg, Dortmund, Höchst-Ilfingen, Kiel, München I., Plauen, Solingen und Stettin, gingen uns, meist mit geringfügigen Minoritäten, verloren. Diese Verluste aber, so bedauerlich sie für die Partei auch sind, sie werden reichlich aufgewogen durch die achtzehn neuen Wahlkreise, die unsere Partei bei den Stichwahlen eroberte. Unter den in der Stichwahl neu eroberten Kreisen befinden sich drei, Dresden-Altstadt, Hanau und Mannheim, die bereits in früheren Legislaturperioden von Sozialdemokraten im Reichstage vertreten waren. Das Schlußergebniß des Wahlkampfes für unsere Partei ist also 56 Mandate, von denen wir 35 bereits in der vorigen Legislaturperiode besaßen und 21 neu oder zurückerobert haben, von den letzteren Kreisen waren nämlich fünf bereits in früheren Jahren sozialdemokratisch vertreten.

Ein Bild, wie unsere Partei sich in den 56 Wahlkreisen, die jetzt sozialdemokratisch im Reichstage vertreten sind, entwickelt hat, giebt nachstehende Tabelle über die sozialdemokratische Stimmabgabe in diesen Kreisen seit Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts im Jahre 1867.

(Siehe Tabelle auf folgender Seite!)

Der Fortschritt, den unsere Partei auch bei diesen Wahlen wieder gezeigt hat, drückt sich aber nicht blos in der Zahl der neu eroberten Mandate, sondern noch mehr in dem Zuwachs von Stimmen aus, die auf unsere Kandidaten gefallen sind. Zwar ein so gewaltiges Wachsthum, wie es die Partei bei den Wahlen von 1890 zeigte, kann dieses Mal nicht konstatirt werden. Das erklärt sich aber am besten aus der Thatsache, daß in einer Reihe von Wahlkreisen die unseren Bestrebungen am meisten zugänglichen Arbeiterwähler zum großen Theil bereits gewonnen sind, in der übrigen Wählerschaft aber unser Anhang langsamer wächst. In manchen Wahlkreisen, die für absolut sicher galten, wurde die Agitation auch nicht so intensiv wie früher betrieben und wurden die vorhandenen Kräfte mehr in benachbarten Kreisen verwendet. Auch der Mangel einer die Wähler besonders aufregenden Wahlparole sowie der Umstand, daß die Gegner in vielen Kreisen mit ihrer Agitation fast garnicht an die Oeffentlichkeit traten, sondern sich ausschließlich auf die amtliche Beeinflussung und den Druck des Unternehmerthums verließen, mögen vielfach dazu beigetragen haben, daß die Wahlbetheiligung im Verhältniß eine schwächere war, wie im Jahre 1893. Wenn trotzdem aber die Zahl der sozialdemokratischen Wählerschaft um ca. 318 000 Stimmen gewachsen ist und nach einer vorläufigen Aufstellung — eine offizielle Zusammenstellung der Wahlresultate ist noch nicht erschienen — auf die Kandidaten unserer Partei insgesammt 2⅓ Millionen Stimmen gefallen sind, so ist dieser Erfolg um so höher anzuschlagen. Es kann uns deshalb kalt lassen, wenn unsere Gegner nach den Wahlen behaupteten, der Ausfall derselben habe in unseren Reihen sehr verstimmt, denn wir hätten sowohl in bezug auf die Mandate, als auch auf die Zahl der abgegebenen Stimmen viel weitergehende Erwartungen gehegt. Abgesehen davon, daß nicht abzusehen ist, woher gegenüber der Thatsache, daß wir die Zahl unserer Mandate um 8 verstärkt und unsere Stimmen sich um 318 000 vermehrt haben, bei uns eine besondere Mißstimmung über den Wahlausfall kommen sollte, darf an dieser Stelle auf die bezüglichen Verhandlungen auf dem Hamburger Parteitag verwiesen werden, wo der Referent über den Punkt „Reichstagswahlen“ dem Vorhalt gegenüber, etwas zu optimistisch zu sehen, ausführte:

„Den Optimismus, daß wir bei den kommenden Wahlen 30 Mandate gewinnen werden, theile ich so wenig wie mein Vorredner. Ich habe einfach erklärt, daß, wie immer der Ausfall der nächsten Wahlen sein könne, eine wesentliche Verschiebung der Parteiverhältnisse nicht eintreten dürfte, selbst auch dann nicht, wenn wir 15 oder 20, ja selbst wenn wir 30 Mandate erobern würden. Sie werden zugestehen, daß das nicht bedeutet: wir werden 30 Mandate erobern.“

In unseren Reihen haben also die hochgespannten Erwartungen, die uns von gegnerischer Seite aus sehr durchsichtigen taktischen Gründen unterstellt werden, nicht bestanden. Die sozialdemokratische Partei hat alle Ursache, mit den Fortschritten, die die Wahlen vom 16. Juni für sie gebracht haben, zufrieden zu sein.

Als für unsere Bewegung besonders erfreuliche Erscheinungen verdienen aus den Wahlergebnissen besonders nachfolgende drei Punkte hervorgehoben zu werden: Einmal, daß der Stimmenzuwachs mit Ausnahme eines einzigen Agitationsbezirks sich über ganz Deutschland vertheilt hat,*) unsere Bewegung also überall im Fortschritt begriffen ist und von einem Stillstand oder gar Rückschritt nicht die Rede sein kann. Zweitens, daß wir dieses Mal in Provinzen und Industriebezirken — Ostpreußen und Oberschlesien — Eingang gefunden und überraschend hohe Stimmenzahlen erreicht haben, wo noch bei der letzten Wahl 1893 von einer nennenswerthen sozialdemokratischen Bewegung gar nicht geredet werden konnte, und drittens, daß das ländliche Proletariat sich dieses Mal zu gunsten unserer Partei an der Wahl betheiligte, wie nie zuvor. Es kann auf grund der bereits bekannten Zahlenergebnisse der Wahlen ausgesprochen werden, daß von den 318 000 Stimmen, welche die Partei dieses Mal mehr als 1895 aufbrachte, ein erheblicher Bruchtheil aus den Kreisen des ländlichen Kleinbesitzes und des Proletariats stammt. Daran ändert auch die Thatsache nichts, daß in einigen ländlichen Wahlkreisen Süddeutschlands die für unsere Partei abgegebenen Stimmen nicht gewachsen oder vereinzelt sogar zurückgegangen sind. Es ist dieser Stillstand resp. Rückgang wohl vor allem aus der bei den letzten Wahlen stärker hervorgetretenen Bauernbewegung zu erklären. Der Bauernhofsbesitzer, der selbst auf die Ausnützung fremder Arbeitskraft angewiesen ist, findet, soweit er nicht blind der Parole des Zentrums folgt, seine politische Vertretung im Bauernbund, der, zum Unterschied von der in Norddeutschland durch den Bund der Landwirthe hervorgerufenen, von Junkern geleiteten Agrarbewegung einen mehr kleinbürgerlich-demokratischen Charakter trägt. Der ländliche Arbeiter, Knecht, Häusler, Tagelöhner findet aber in der

*) Nach einer Aufstellung, die wenige Wochen nach den Wahlen von privater Seite veröffentlicht wurde und deren Ziffern, wenn auch nicht als absolut genau, so doch als im ganzen richtig bezeichnet werden können, vertheilt sich der sozialdemokratische Stimmenzuwachs in folgender Weise: Preußen etwa 200 000 Stimmen, davon entfallen auf Ostpreußen 20 000, Berlin 4000, Brandenburg 35 000, Pommern 3000, Bezirk Breslau 7000, Bezirk Liegnitz 13 000, Provinz Sachsen 25 000, Schleswig-Holstein 7000, Hannover 16 000, Westfalen 14 000, Hessen-Nassau 15 000, Rheinprovinz 12 000 und die 12 Wahlkreise, die dem neuen Agitationskomitee in Oberschlesien unterstellt waren, 20 000 Stimmen. In Bayern wuchsen unsere Stimmen um 12 000, in Sachsen um 28 000, in Württemberg um 20 000, in den beiden Mecklenburg um 14 500, in Hessen-Darmstadt um 12 000, in Baden um 13 000, in Oldenburg um 1500, in den drei freien Städten um 18 000, in den Reichslanden um 4000 und in den thüringischen Staaten und Anhalt um mehr als 20 000. Ein kleines Minus weist die Stimmabgabe für unsere Partei nur im Großherzogthum Braunschweig auf.

Wahlkreise	1867	1871	1874	1877	1878	1881	1884	1887	1890	1893	1898	Ersatzwahlen in der Zwischenzeit	
Königreich Preußen:													
Königsberg	—	303	1365	2066	1108	248	4351	7987	12370	10968	**13522**	10.8.97	11914
Eng. Wahl.	—	—	—	—	—	—	6426	10260	**13138**	**13196**	—	—	—
Berlin III	—	519	1607	3991	6914	2452	6344	9088	12287	12782	11411	—	—
Eng. Wahl.	—	—	—	6070	—	—	—	10558	12945	**14068**	12766	—	—
Nachwahlen	—	—	1533	5765	—	3691	—	—	—	—	—	—	—
Berlin IV	—	1104	3860	**10769**	20224	13573	**25386**	**32064**	**48709**	**46356**	**45293**	—	—
Eng. Wahl.	—	—	—	—	**22020**	18979	—	—	—	—	—	—	—
Berlin VI	—	—	3161	**9559**	15707	10629	24258	**30453**	**42274**	**51569**	**58778**	—	—
Eng. Wahl.	—	—	6019	—	—	17378	**24465**	—	—	—	—	—	—
Nachwahlen	—	—	**5149**	**12751**	—	—	**20327**	**26067**	—	—	—	—	—
Niederbarnim	—	—	2142	2855	2775	935	2893	5680	13362	17044	**24709**	—	—
Eng. Wahl.	—	—	—	—	—	—	—	—	**15411**	**18710**	—	—	—
Teltow-Beeskow	—	—	1453	2608	4763	1265	4543	8608	19169	31424	42691	15.4.95	4514
Eng. Wahl.	—	—	—	—	—	—	—	—	**22639**	**36330**	**51967**	—	—
Sorau-Forst	—	—	1677	3661	2294	2290	3588	3806	6052	7012	8863	—	—
Eng. Wahl	—	—	—	—	—	—	—	—	—	9235	**10513**	—	—
Nachwahl	—	—	—	—	—	2231	—	—	—	—	—	—	—
Koltbus-Spremberg	—	—	545	1839	1242	955	2699	3964	5610	6452	7950	5.4.79	582
Eng. Wahl.	—	—	—	—	—	—	—	4933	7811	8558	**10741**	—	—
Breslau-Ost	—	175	1148	4273	6503	5243	6019	7781	10044	**12738**	12505	—	5415
Eng. Wahl.	—	—	—	7826	**9789**	**8455**	**8803**	10069	12766	—	**15594**	—	**7589**
Nachwahl	—	—	—	7815	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Breslau-West	—	134	1814	4347	6412	4955	6221	8032	11511	**13507**	**14820**	14.1.89	7800
Eng. Wahl.	—	—	—	7276	8819	**8313**	**8936**	**10779**	13283	—	—	—	**9949**
Nachwahlen	—	—	—	7439	5184	—	—	—	—	—	—	—	—
Eng. Wahl	—	—	—	—	7544	—	—	—	—	—	—	—	—
Waldenburg i. Schl.	—	—	846	3168	3912	1552	1244	—	6834	11386	11409	—	—
Eng. Wahl.	—	—	—	7476	—	—	—	—	—	**12299**	**13043**	—	—
Magdeburg	—	265	1208	2724	6253	5541	8112	11458	**17261**	16633	**20125**	—	—
Eng. Wahl.	—	—	—	6471	—	—	**12301**	13465	—	**19074**	—	—	—
Nachwahl	—	—	—	—	—	—	—	—	**18455**	—	—	—	—
Aschersleben-Calbe	—	227	2594	4475	1016	298	2204	4837	12514	13630	17090	—	—
Eng. Wahl	—	—	—	—	—	—	—	—	16387	—	**18300**	—	—
Halle a. S.	—	—	1250	2323	1046	1137	3585	6590	12808	12991	17840	18.6.89	1908
Eng. Wahl.	—	—	—	—	—	—	—	—	**15109**	14127	**19511**	30.6.95	**15567**
Weißenfels-Zeitz	—	904	1889	2542	2142	1449	3520	5591	10563	11716	13376	—	—
Eng. Wahl.	—	—	—	—	—	—	—	—	13602	13120	**15794**	—	—
Ottensen-Pinneberg	—	1815	6769	7923	5452	1157	3593	6520	10820	13097	**15928**	13.6.94	12231
Eng. Wahl.	—	—	—	8354	6753	—	—	9895	**12993**	13791	—	—	**13814**
Altona	—	3875	**11782**	11355	11662	6971	**10770**	**15120**	**19533**	**20448**	**22589**	—	—
Eng. Wahl.	—	6062	—	—	13224	9060	—	—	—	—	—	—	—
Nachwahl	—	—	—	13256	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Eng. Wahl	—	—	—	12815	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hannover	—	1966	3853	5604	6588	5515	8839	12210	15789	19538	25045	4.5.69	2887
Eng. Wahl.	—	—	—	—	6082	5890	**12253**	**16577**	**16940**	**22014**	—	—	—
Elberfeld-Barmen	4674	5605	9606	11435	11325	7949	13081	15655	**18473**	19005	24145	—	—
Eng. Wahl.	—	8478	**12948**	14246	15229	12126	**17256**	**18424**	—	**22605**	—	—	—
Nachwahl	4920	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Eng. Wahl	7921	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
II. Wahl I. L.-P.	6111	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Eng. Wahl	8915	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Frankfurt a. M.	—	447	2363	3448	4080	4704	8602	8640	12658	13482	20019	—	—
Eng. Wahl.	—	—[1]	—	—	—	8602	12166	12876	**18038**	**17180**	—	—	—
Hanau	—	1141	3908	5622	5851	4803	5508	5208	8446	9902	12692	—	—
Eng. Wahl.	—	—	—	9589	7682	**9048**	**8245**	—	11194	11927	—	—	—
Großherzogthum Braunschweig:													
Braunschweig	—	2022	7747	9212	7870	5703	6764	10659	13621	**15470**	14661	—	—
Eng. Wahl.	—	—	—	—	—	—	**10994**	—	**15665**	—	**16981**	—	—
Holzminden	—	—	3752	1854	892	—	145	147	2698	5907	6827	—	—
Eng. Wahl.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	6226	**8595**	—	—
Herzogthum Sachsen-Meiningen:													
Sonneberg	—	—	1001	4842	809	—	3490	4659	7215	**9696**	**8645**	21.3.84	3482
Eng. Wahl.	—	—	—	—	—	—	—	—	8496	—	—	eng.W.	4889
												19.2.91	7103
												eng.W.	7650
Herzogthum Sachsen-Coburg-Gotha:													
Gotha	—	—	1486	6154	3513	1558	7440	8765	11205	12362	13235	15.3.89	953
Eng. Wahl.	—	—	—	8935	—	—	**10754**	11063	12769	—	—	—	—
Herzogthum Anhalt:													
Bernburg	—	595	5755	3292	412	—	225	1370	5496	9145	12817	30.X.94	9297
Eng. Wahl	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	**14749**	—	11569
Fürstenthum Reuß ä. L. und Reuß j. L.:													
Reuß ä. L.	—	—	2654	4051	3082	2215	3890	4079	5885	6041	6339	—	—
Eng. Wahl.	—	—	3257	—	—	4711	—	4284	—	—	—	—	—
Nachwahl	—	—	—	—	—	—	3848	—	—	—	—	—	—
Gera j. L.	—	1173	1097	1847	1896	2758	5539	6455	9955	11539	12044	—	—
Eng. Wahl.	—	—	—	—	—	—	6923	—	—	—	—	—	—

Bei fett gedruckten Ziffern bedeuten Sieg unserer Partei.

Wahlkreise	1867	1871	1874	1877	1878	1881	1884	1887	1890	1893	1898	Ersatzwahlen in der Zwischenzeit	
Freie und Hansestadt Lübeck:													
Lübeck	—	543	2230	2514	1588	877	2432	4254	6894	7889	**9729**	1.7.90	1324
Eng. Wahl.	—	—	—	—	—	—	—	5168	7319	7871		—	—
Freie und Hansestadt Hamburg:													
Hamburg I.	1758	1686	4191	8962	10491	7563	12282	14497	17857	16935	18500	6.10.71	1474
Eng. Wahl	—	—	6262	—	—	—	—	—	—	—	—	15.4.89	9078
II. Wahl I. L.-P.	1067	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	eng.W.	**11715**
Nachwahl	—	—	—	—	—	—	—	—	—	16476	—	—	—
Hamburg II.	1461	2893	6117	10054	12447	9439	14278	18572	22518	20681	21791	1890	**13155**
Eng. Wahl.	—	—	8247	—	—	**12315**	—	—	—	—	—	—	—
II. Wahl I. L.-P.	1200	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hamburg III.	—	292	3085	6133	6691	6108	10922	17808	**26928**	**32936**	41804	—	—
Eng. Wahl.	—	—	—	—	—	—	14644	19324	—	—	—	—	—
Elsaß-Lothringen:													
Mülhausen i. E.	—	—	655	—	—	462	2939	570	9749	12158	13619	—	—
Königreich Bayern:													
München II	—	—	1700	2568	3252	2972	6399	11335	**20594**	**21876**	**23116**	—	—
Eng. Wahl.	—	—	—	—	—	—	—	13552	12494	—	—	—	—
Nürnberg	—	340	5355	10025	10162	9669	12582	14857	17045	18015	22598	2.12.97	**20173**
Eng. Wahl.	—	—	—	12090	—	**12338**	**14412**	—	—	—	—	—	—
Erlangen-Fürth	—	861	2222	4458	—	2674	1506	2689	5811	6983	10045	—	—
Eng. Wahl.	—	—	—	—	—	—	—	—	8658	9889	12833	—	—
Speyer-Ludwigshafen	—	—	752	1708	1679	2912	4822	4052	5993	7438	12008	—	—
Eng. Wahl.	—	—	—	—	—	—	7259	—	—	8134	15471	—	—
Königreich Sachsen:													
Zittau	—	826	1518	1202	1921	2475	1904	1703	4898	5659	7814	—	—
Eng. Wahl.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	**10944**	—	—
Dresden r. d. E.	—	1132	3682	5411	7433	8231	6514	6942	11670	14420	20521	—	—
Eng. Wahl	—	—	—	—	—	—	—	—	—	15190	21729	—	—
Dresden I. d. E.	—	1317	3582	6940	9879	9079	8620	9175	13427	15035	17118	—	—
Eng. Wahl.	—	—	6469	**10835**	**11619**	10827	11106	10077	—	16189	19647	—	—
Dresden-Land	—	748	3743	3880	5007	3789	6214	7958	12737	15650	22325	25.4.98	**16512**
Eng. Wahl.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	16943	—	—	—
Leipzig-Land	—	—	4627	**9420**	11258	10503	**15233**	19827	**30127**	**33349**	**38933**	—	—
Eng. Wahl.	—	—	**7577**	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Nachwahl	—	—	5076	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Chemnitz	**5512**	8959	**10084**	**12117**	9899	10256	14512	15536	**24641**	**23296**	**24772**	—	—
Eng. Wahl	—	—	—	—	—	**14567**	—	—	—	—	—	—	—
Glauchau-Meerane	—	**7344**	**7777**	**11041**	**11579**	6692	**9513**	9886	**15266**	**15234**	**13437**	20.1.73	**10470**
Eng. Wahl	**7922**	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2.3.80	**8225**
II. Wahl I. L.-P.	**5256**	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Nachwahl	—	—	—	**10761**	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Zwickau II. Wahl	**8071**	**5875**	**8941**	**10971**	10135	7327	**11590**	12913	**17424**	**17971**	**18362**	—	—
I. L.-P.	**5416**	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Eng. Wahl	—	—	—	—	—	**12546**	—	—	—	—	—	—	—
Stollberg-Schneeberg	—	3981	**8141**	**7256**	**7906**	4633	6065	7106	**13264**	**14365**	**13730**	21.3.89	**8129**
II. Wahl I. L.-P.	1918	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Eng. Wahl	**4296**	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Zschoppau	—	1959	1982	4928	4725	2149	3029	2768	6181	8144	8999	—	—
Eng. Wahl.	—	—	—	5886	**7070**	4528	—	—	—	—	**10252**	—	—
Auerbach-Reichenbach	—	3477	6515	**8164**	7011	2154	4064	6802	11301	**13212**	**13154**	10.X.80	3986
Eng. Wahl.	—	—	—	—	7979	—	**9041**	—	11799	—	—	15.3.92	11868
Königreich Württemberg:													
Stuttgart	—	491	2411	4646	4136	4151	3846	4496	10446	13340	**17954**	23.9.75	3847
Eng. Wahl.	—	—	—	—	—	—	—	—	13456	15837	—	—	—
Großherzogthum Baden:													
Pforzheim	—	—	1599	954	—	470	1838	2312	5208	7148	10860	1890	489
Eng. Wahl.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	9738	**12872**	—	—
Karlsruhe	—	—	627	618	758	1388	3010	2736	5476	5681	9031	—	—
Eng. Wahl.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	**12820**	—	—
Mannheim	—	—	1056	1689	2376	2517	4846	5128	8701	10114	15244	—	—
Eng. Wahl.	—	—	—	—	—	—	—	—	14550	13062	**19054**	—	—
Großherzogthum Hessen:													
Darmstadt	—	340	1244	2909	2190	1360	4892	4043	6009	5997	9013	—	—
Eng. Wahl.	—	—	—	—	—	—	7535	—	8817	7521	**12471**	—	—
Offenbach	—	3096	4126	5304	5557	5905	6924	8024	10334	11068	**13404**	—	—
Eng. Wahl.	—	—	—	10544	10539	11194	10505	—	**13131**	12802	—	—	—
Großherzogthum Mecklenburg-Schwerin:													
Rostock	—	433	1456	2742	815	360	744	1996	6974	7304	11838	—	—
Eng. Wahl.	—	—	—	—	—	—	—	—	7116	9184	**12609**	—	—
Großherzogthum Sachsen-Weimar:													
Weimar I.	—	—	2781	3383	895	445	1452	1968	5323	6061	8626	10.3.81	373
Eng. Wahl.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	9791	11114	25.4.96	5742
												eng.W.	9440

Bauernbewegung so wenig die Vertretung seiner wirthschaftlichen und politischen Interessen, wie im norddeutschen Bunde der Landwirthe. Fühlt der Junker sich als der von Gott bestimmte Führer der Bauern, so empfindet es der bäuerliche Grundbesitzer als eine durchaus verkehrte Einrichtung, daß der Knecht — „der Lump, der nichts hat und der keine Steuern zahlt" — ein gleichberechtigter Reichstagswähler ist, wie der Bauer selbst. Die „Demokratie", wie sie in den süddeutschen Bauernvereinigungen verstanden wird, ist von der Gleichberechtigung weit entfernt. In diesen Kreisen herrscht häufig noch ein Besitz- und Standesdünkel, wie kaum in anderen Bevölkerungsschichten. Daß Sprößlinge aus altadligen Geschlechtern eine eheliche Verbindung mit Mädchen aus bürgerlichen Kreisen eingehen, kommt vor, daß aber ein richtiger, besitzstolzer Bauer — selbst wenn die auf dem Gute lastenden Schulden und Ausgedinge dies erlauben — ein armes Mädchen aus der sozial tieferstehenden Schicht freien sollte, — das kommt wohl überhaupt nicht vor. Es kommt selbst dann nicht vor, wenn der junge Bauer in seinen Burschenjahren Beziehungen mit einem solchen Mädchen unterhalten haben sollte, die nicht ohne Folgen geblieben sind. „Bäuerin" kann nur eines Bauern Tochter werden, als Bauer gilt aber nur der selbständige Besitzer von Grund und Boden im entsprechenden Umfange. Daß in einer Reihe von Fragen Berührungspunkte zwischen den Interessen der Bauern und der sozialdemokratischen Arbeiterschaft vorhanden sind, ist sicher. Dies gilt besonders in bezug auf die Gegnerschaft gegen den Militarismus und die daraus resultirende Steuerlast. Für den Bauern, für den die Privilegien, die der Bourgeoisie durch die Institute des einjährigfreiwilligen Dienstes und des Reserve-Offiziersthums eingeräumt sind, nicht wirksam werden, hat der Militärdienst fast nur Schatten-, aber keine Lichtseiten. Selbst der Vortheil, der dem pommerschen und ost- und westpreußischen Rekruten aus der Berührung mit einer höheren Kultur erwächst, die er vorfindet, wenn er aus den Lehmhütten seiner Heimath nach den Kasernen der großen Städte versetzt wird, trifft für den süddeutschen Bauernrekruten in dem gleichen Maße nicht zu. Die viel ältere Kultur im Süden hat einen Ausgleich zwischen Stadt und Land im Gefolge gehabt, mit dem die Zustände in den östlichen Provinzen Preußens keinen Vergleich aushalten.

Von den Militär- und Steuerlasten aber abgesehen verfolgt der Bauernhofsbesitzer fast durchweg Interessen, die auf einer Marschroute liegen, die weitab von der unseren geht. Das in unseren Reihen vielfach verlangte Agrarprogramm würde zur Gewinnung der Bauern nur dann dienen, wenn wir ihnen auf allgemeine Kosten Vortheile einräumten, die wir ohne Verstoß gegen unsere Parteigrundsätze nie gewähren können.

Damit soll natürlich nicht gesagt sein, daß in den Provinzen, wo man den Großgrundbesitz nicht oder doch nur in geringem Umfange kennt, für unsere Partei keine Möglichkeit gegeben sei, Anhänger zu gewinnen. Es giebt auch unter den Bauern genau so wie unter den Handwerkern einzelne, die sich den Blick durch ihre engeren Standesinteressen nicht trüben lassen und die wohl begreifen, daß der altväterliche Betrieb, der heute nur in Begleitung mühseligster eigener Ueberanstrengung und halber Versklavung der Lohnarbeiter sich über Wasser halten läßt, neben den modernen Betriebsformen, die mit allen Hilfsmitteln der Neuzeit arbeiten, auf die Dauer doch nicht bestehen kann. Diese Einsichtigen, die sehr wohl begreifen, daß ihre bäuerliche Selbstherrlichkeit in nichts weiter besteht, als in Frohndiensten für den Hypothekenbesitzer und im Bezahlen von Steuern und Abgaben an den Staat, den Kreis und die Gemeinde, sie marschiren heute schon vielfach in unseren Reihen. Diese schrecken auch vor der Forderung der Verwandlung des kapitalistischen Privateigenthums an Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigenthum nicht zurück. Sie wissen und fühlen es am eigenen Leibe, daß ihr Eigenthum meist nur die Fessel ist, mit der der Kapitalismus sie in seine Dienste spannt.

Vor allem aber werden wir auch in den Provinzen mit bäuerlicher Bevölkerung und ohne Großgüter und Gutsbezirke unser Hauptaugenmerk auf die Arbeiter und auf die Wahrnehmung ihrer Interessen richten müssen. Das sind unsere natürlichen Anhänger und sie werden um so leichter zugänglich sein, als deren Interessen und Bedürfnisse bisher von keiner anderen Partei berücksichtigt worden sind oder in Zukunft berücksichtigt werden können. Ueber die Lohn-,

Arbeits- und besonders Wohnverhältnisse der Arbeiter auf den Gütern des Großgrundbesitzes haben wir mehrfach authentische Mittheilungen, die uns häufig ein erschreckendes Bild über die dortigen Zustände geben. Derartige Untersuchungen über die Lage des bäuerlichen Gesindes fehlen fast vollständig und doch unterliegt es für den Kenner nicht dem geringsten Zweifel, daß in manchen bäuerlichen Gegenden das Gesinde unter Verhältnissen lebt und besonders wohnt, die den schlimmsten Zuständen auf den ostelbischen Gütern in nichts nachstehen. Wenn diese Zustände bisher weniger in die Erscheinung traten, so wohl nur aus dem Grunde, daß der Bauer häufig fast eben so schlecht lebt und wohnt wie das Gesinde, also der Kontrast fehlt, den das Herrenhaus der Junker und die Lehmhütte der Arbeiter bietet. Hinaus aufs Land wird also nach wie vor unsere Parole bleiben, wir können aber auch dort unsere Erfolge nicht als Bauern-, sondern nur als Arbeiterpartei erzielen.

Das starke Anwachsen unserer Partei bei den letzten Wahlen scheint für die Gegner ein neuer Ansporn zu sein, von ihren Kampfesmitteln noch mehr als bisher Gebrauch zu machen. Hunderte von Arbeitern wurden nach der Wahl aus ihren Arbeitsstellen entlassen, blos weil man sie im Verdacht hatte, daß sie am Wahltag für einen Sozialdemokraten gestimmt haben, oder weil sie einen Stimmzettel oder ein Flugblatt für einen Arbeiterkandidaten weiter gegeben haben. Besonders auf den fiskalischen Gruben und Bergwerken und den Staatswerkstätten wurde die Gesinnungsriecherei dieses Mal in schlimmster Weise getrieben und damit Unglück und Noth in zahlreiche Familien getragen. In besonders brutaler Weise wurden diese Maßregelungen der Arbeiter, ihrer politischen Ueberzeugungen wegen, in den oberschlesischen Industriebezirken durchgeführt. Daß als Nachwehen zu den Wahlen auch eine Anzahl Prozesse gegen unsere Redner und Preßorgane anhängig gemacht sind, versteht sich bei unseren politischen Verhältnissen und der Neigung in den maßgebenden Kreisen, sich zwar selbst in der rücksichtslosesten Kritik der Opposition nicht den geringsten Zwang aufzulegen, dafür aber jedes unvorsichtige Wort des politischen Gegners mit Polizei und Staatsanwalt zu verfolgen, von selbst.

Eine Fluth schmutzigster Angriffe und aus den Fingern gesogener persönlicher Verleumdungen ergoß sich aus dem bekannten Hülle'schen Flugschriften-Verlag über unsere Partei und ihren bekannteren Führern, und keine der politischen Parteien verschmähte es, sich des aus dieser trüben Quelle fließenden Unrathes im Kampfe gegen uns zu bedienen.

Als Folge der Wahlbewegung und als Zeugniß für den Aerger, den unser Wachsthum an gewissen Stellen bereitet hat, verdient auch die jetzt im großen Maßstabe betriebene Reinigung der Kriegervereine von oppositionellen Elementen und speziell von Sozialdemokraten bezeichnet zu werden. Generäle, die aus uns unbekannten Gründen in der Linie nicht mehr Verwendung finden, und die ihre dadurch gewonnenen Mußestunden den Kriegervereinen als Leiter widmen, haben sich nach den Wahlen in Reden und Aufrufen mit dröhnendem Pathos an ihre „Kameraden" gewandt und dieselben aufgefordert, die räudigen Schafe aus ihren Vereinen auszuschließen. Das geschieht denn jetzt auch auf der ganzen Linie, und zwar mit einem Eifer, daß nicht nur die sozialdemokratischer Gesinnung verdächtigen Mitglieder, sondern auch Welfen, Freisinnige, ja sogar auch Antisemiten dieser Ketzerriecherei bereits zum Opfer gefallen sind. An sich eine lächerlich-kleinliche Maßregel, erhält sie ihre charakteristische Bedeutung dadurch, daß der Ausgeschlossene nichts von seinen geleisteten Beiträgen zurückerhält, aber alle erworbenen Rechte verliert. Je mehr Opfer also die Gesinnungsriecherei aufstöbert, desto profitabler gestaltet sich die Mitgliedschaft für den verbleibenden Rest. Patriotismus und Geschäft gehen also auch hier treulich Hand in Hand.

Leider haben uns die diesmaligen Reichstagswahlen einen Vorgang gebracht, wie er seit der Vereinigung der beiden Parteigruppen im Jahre 1875 nicht mehr dagewesen ist und sich hoffentlich auch in Zukunft nicht mehr wiederholen wird. Der leidige Zwist unter den Genossen im Wahlkreise Solingen, der schon so viele Parteitage beschäftigt hat und den man nach den Beschlüssen des vorjährigen Parteitags und nach den Erklärungen der beiden Parteien, die bei dieser Gelegenheit abgegeben wurden, in der Partei als endgiltig beigelegt betrachtet hat, ℞ brach angesichts der bevorstehenden Neuwahlen mit erneuter Heftigkeit aus. Obwohl seitens der Parteileitung alles geschah, um den Hamburger Beschluß durchzuführen und Georg Schumacher, unter der Zusicherung, daß er die vom Parteivorstand in Vorschlag gebrachten Arrangements der Solinger Blatt- und Druckereiverhältnisse als Ausführung der Hamburger Beschlüsse anerkannte, es erreichte, daß mehrere tausend Mark Parteigelder zur Verfügung gestellt wurden, um Verpflichtungen aus der Schumacher'schen Blattgründung zu decken, für welche Schumacher neben einigen seiner Freunde die Bürgschaft übernommen hatte, brach er doch nach dem Empfange des Geldes sein in Hamburg und dem Parteivorstand gegenüber verpfändetes Wort. Unter lächerlichen Vorwänden behauptete er später, die in Hamburg gemachten Zusagen seien vom Vorstand nicht erfüllt und deshalb sei auch er an sein gegebenes Wort nicht mehr gebunden. Er ließ sich von seinen Freunden wieder als Kandidat aufstellen und die Folge war, daß im Kreise zwei sozialdemokratische Kandidaturen gegenüber standen. Von seiten des Parteivorstandes wurde nichts versäumt, um die Parteigenossen und Arbeiter des Kreises über den wirklichen Sachverhalt und den eigentlich Schuldigen aufzuklären. Der Erfolg blieb auch insofern nicht aus, als von den fünf in dem Kreise aufgestellten Kandidaten Schumacher erst an dritter Stelle rangirte, während unser Parteikandidat mit einem Liberalen in die Stichwahl kam. Bei dieser zeigte es sich nun erst offenkundig, wie vollständig entfremdet Schumacher der Partei bereits war. Statt, wie von seinen alten Parteibekannten als selbstverständlich betrachtet wurde, nunmehr seine Anhänger aufzufordern, wie ein Mann für den sozialdemokratischen Kandidaten gegen den Liberalen einzutreten, stellte er Bedingungen für seine Entscheidung bei der Stichwahl, die einfach für jeden Ehrenmann unannehmbar waren und denen man es auf den ersten Blick ansah, daß sie nur gestellt waren, um eine Verständigung unmöglich zu machen. Unsere Genossen im Kreise gaben die einzige, einem solchen Verhalten gegenüber gebührende Antwort, sie straften den abtrünnigen Verräther mit Verachtung, nahmen aber den Stichwahlkampf mit verdoppelter Energie auf. Schumacher aber und das Gros seiner Anhänger schwenkte zu den Liberalen ab und verhalf diesen auch zum Siege.

So ist der Partei ein alter und sicherer Wahlkreis verloren gegangen durch das verrätherische Gebahren eines Mannes, der sich seit 30 Jahren zu ihr zählte und sie 14 Jahre als Abgeordneter im Reichstag vertrat.

Die Genossen im Solinger Kreise haben Schumacher und fünf Genossen aus der Partei ausgeschlossen.

* * *

Neben den allgemeinen Reichstagswahlen hatte unsere Partei noch einige Wahlkämpfe zum Reichstag durchzufechten, wobei es sich um Ersatzwahlen handelte. Wenige Tage nach Schluß des vorjährigen Parteitages überraschte uns die Trauerbotschaft von dem plötzlichen Tode unseres unvergeßlichen Genossen Karl Grillenberger. Ein Herzleiden, das dem äußerlich so robust und kerngesund Scheinenden die letzten Jahre seines Lebens schon viel zu schaffen gemacht hatte, raffte ihn mitten aus seiner Thätigkeit für die Arbeiterschaft und für unsere Partei dahin. Die Partei hat durch seinen Tod einen tiefschmerzlichen Verlust erlitten.

Den Nürnberger Genossen fiel, nachdem sie das Andenken ihres bisherigen Vertreters im Reichstag und Landtag in würdiger und großartiger Weise gefeiert hatten, die Aufgabe zu, für Ersatz zu sorgen. Dabei waren besonders für die Landtagswahlen große Schwierigkeiten zu überwinden. Nach bayerischem Landtags-Wahlrecht bleiben die Wahlmänner während der ganzen Dauer der Legislaturperiode im Amt. Eine große Anzahl unserer Wahlmänner war aber seit der letzten Landtagswahl verzogen, viele von ihnen sogar genöthigt gewesen, um ihrer Brotstellen willen, nach auswärts zu ziehen. Diese Genossen am Wahltage zur Stelle zu bringen, hat unendliche Mühen und auch erhebliche Kosten verursacht. Diese und viele andere Schwierigkeiten wurden aber überwunden und bei der Neuwahl der sozialdemokratische Kandidat, Genosse Segitz, glänzend gewählt. Dasselbe war der Fall bei der kurz darauf folgenden Ersatzwahl zum Reichstag, bei der die Zahl der Stimmen für unsere Partei von über 18 000 auf über 20 000 stieg.

Sonst betheiligte sich unsere Partei im letzten Jahre an den Reichstags-Ersatzwahlen in der Westprignitz, wo durch Hilfe unserer Wähler bei der Nachwahl der Freisinn den Konservativen den Kreis abnahm, im IX. schleswig-holsteinischen Wahlkreis und in Homburg-Kusel (Rheinpfalz) und dem fünften oberpfälzischen Wahlkreis.

Die Landtagswahlen im letzten Berichtsjahr haben insofern einen schlechten Anfang genommen, als der von den sächsischen Reaktionären durchgeführte Gewaltstreich — Beseitigung des allgemeinen Wahlrechts und Ersatz desselben durch eine Nachäffung des preußischen Dreiklassenwahl-Systems — den gewünschten Erfolg gehabt hat. Von den sämmtlichen Abgeordneten unserer Partei, deren Mandate abgelaufen waren, ist keiner wiedergewählt worden. Nur in einem einzigen Wahlkreise — es fehlten uns hier nur wenige Stimmen an der Majorität, da unsere Genossen mehrfach in der zweiten Klasse und in ein paar Bezirken sogar in der ersten Klasse gesiegt hatten — wäre die Möglichkeit der Wahl unseres Abgeordneten gegeben gewesen, wenn unsere Genossen sich hätten entschließen können, mit den Antisemiten ein Kompromiß einzugehen. Letzteres geschah selbstverständlich nicht und so schieden sämmtliche zur Wahl stehende Abgeordnete aus dem Landtage aus. Ob gerade der letztere Vorgang, der zeigt, daß bei der Stärke unserer Partei in Sachsen es keineswegs ausgeschlossen ist, daß unsere Genossen den einen oder anderen Kreis selbst unterm Dreiklassenwahl-System zu erobern vermögen, nicht Anlaß sein soll, die Genossen jener Bezirke, welche sich bei der letzten Wahl von derselben fern hielten, obwohl gerade in ihren Bezirken unsere Partei selbst für sächsische Verhältnisse ungewöhnlich stark vertreten ist, sich in Zukunft doch an der Wahl zu betheiligen, das wird eine Frage sein, die auf den sächsischen Parteitagen wohl noch wiederholt zur Erörterung kommen wird. Daß agitatorisch die Landtagswahlen von unseren Genossen in nachhaltigster Weise und mit bestem Erfolge ausgenützt wurden, dürfte beweisen, daß, selbst wenn direkte Erfolge noch nicht erzielt werden können, die Betheiligung doch eine große praktische Bedeutung für unsere Bewegung hat.

In anderen deutschen Staaten hat unser Eingreifen bei den Landtagswahlen direkte Erfolge für unsere Partei gehabt. Es sind unsere alten Abgeordneten, wo ihre Mandate abgelaufen waren, wiedergewählt und neue Mandate dazu erobert worden in Baden, Meiningen, Weimar und Altenburg. In Württemberg hatte unsere Partei bei Landtags-Ersatzwahlen einen erheblichen Stimmenzuwachs aufzuweisen. Der Versuch unserer Hamburger Genossen, Sitze in der dortigen Bürgerschaft zu erobern, ist auch im letzten Jahre gemacht worden, leider aber ohne Erfolg. Die Betheiligung unserer Genossen an den Gemeindewahlen wächst von Jahr zu Jahr und zählen die Gemeinden, in deren Vertretung auch Sozialdemokraten sitzen, nach hunderten. Im letzten Jahre haben sich, um nur einige größere Orte zu nennen, unsere Genossen mit Erfolg an den Gemeindewahlen betheiligt in: Arnstadt, Berlin, Bielefeld, Brandenburg, Bremerhafen, Chemnitz, Crimmitzschau, Elmshorn, Gera, Geesthacht, Luckenwalde, Nixdorf, Spandau, Stuttgart u. a. O.

Dieselben Erfolge, wie in früheren Jahren, haben die organisirten Arbeiter auch im letzten Jahre wieder bei den Gewerbegerichts-Wahlen erzielt. Obwohl sie sich häufig einer sehr gemischten Gesellschaft von katholischen Arbeiter- und protestantischen Jünglingsvereinen, Christlich-Sozialen und Hirsch-Dunckerianern gegenüber sehen, bleibt doch der Sieg fast immer den Anhängern der Organisation treu, die auf dem Boden der klassenbewußten Arbeiterschaft stehen. Diese fortschreitenden Siege unserer Gesinnungsgenossen haben auch im letzten Jahre wieder vielfach den Anlaß dazu geben müssen, das Institut der Gewerbegerichte in der gehässigsten Weise anzugreifen und auf deren „Reform", d. h. die Beseitigung der direkten Wahl der Beisitzer durch ihre Berufsgenossen, zu dringen. Aber gerade aus den Reihen der unparteiischen Gerichtsvorsitzenden selbst sind den Beisitzern und speziell auch den Arbeiterbeisitzern Vertheidiger entstanden, die konstatiren, daß dieselben mit verschwindenden Ausnahmen ihr Amt in würdiger und gerechter Weise ausüben und, wie es ihre Pflicht ist, den Parteimann hinter den Richter zurücktreten lassen.

* * *

Die **Erste-Mai-Demonstration** ist in diesem Jahre, vom prachtvollsten Wetter begünstigt, großartig verlaufen. Die Versammlungen und Feste waren überall überfüllt und die Genossen benutzten die Massenansammlungen dazu, den Anwesenden neben der Bedeutung der Maifeier besonders auch die bevorstehenden Reichstagswahlen ins Gedächtniß zu rufen. Da dieses Mal der 1. Mai auf einen Sonntag fiel, so ist von den sonst üblichen Maßregelungen von seiten der Unternehmer aus Anlaß der Maifeier und der damit verbundenen Arbeitsruhe dieses Mal nichts zu berichten. Dagegen hat es an polizeilichen Scherereien auch heuer nicht gefehlt und besonders in einigen Bezirken Sachsens hat es Strafmandate geregnet, weil als Sozialdemokraten bekannte Arbeiter sich erlaubt hatten, am Sonntag, 1. Mai, mit ihren Familien und Freunden irgend ein Vergnügungslokal aufzusuchen. Mehrere Amtshauptmannschaften hatten nämlich für den 1. Mai „Massenspaziergänge" verboten. Da aber unsere Genossen nicht nach den Treffpunkten fliegen können, so erfolgten die Strafmandate.

* * *

Der **internationale Arbeiterkongreß** sollte nach einem Beschlusse des Londoner Kongresses im Jahre 1899 in Deutschland stattfinden. Obwohl von Anfang an Zweifel daran laut wurden, ob es möglich sei, in Deutschland einen solchen Kongreß abzuhalten, wurden von seiten des Vorstandes alle nothwendigen Schritte gethan. Die Genossen mehrerer großer Parteiorte bewarben sich um die Ehre, die fremdländischen Delegirten der internationalen Bruderparteien in ihrem Orte begrüßen zu dürfen, und es durfte als sicher angenommen werden, daß der Kongreß, soweit dies von unserer Partei abhängig gewesen wäre, sich seinen Vorgängern würdig an die Seite gestellt hätte. Immer aber mußten wir uns wieder die Frage vorlegen, ob der Kongreß auch ungestört von seiten der Behörden bleiben werde? Daß man denselben von vornherein verbieten werde, war weniger zu befürchten, als wie, daß man gegen einzelne Delegirte vorgehen und sie, wie dies bereits auf dem internationalen Bergarbeiter-Kongreß in Berlin mit einem belgischen und auf dem Breslauer Parteitag mit einem österreichischen Delegirten geschah, ausweisen und möglicherweise gar den einzelnen Regierungen (Rußland 2c.) ausliefern werde. Diese Befürchtung wurde von von fast allen Genossen, deren Meinung der Vorstand einholte, getheilt. Der Vorstand glaubte die Verantwortung, unter solchen Verhältnissen unsere Bruderparteien nach Deutschland einzuladen, nicht übernehmen zu können. Darum mußten wir den Gedanken aufgeben, den nächsten Kongreß im Jahre 1899 in Deutschland abzuhalten. Wir sehen uns deshalb gezwungen, unseren französischen Brüdern die Ehre zu überlassen, denen wir nach Kräften bei den Vorbereitungen für den nun in Paris abzuhaltenden Kongreß helfen werden.

* * *

Die **Parteipresse** hat im Laufe des letzten Jahres, so weit die Zahl der Blätter in betracht kommt, eine Aenderung nicht erfahren. Inhaltlich und dem Umfange nach haben aber bei einer Reihe Blätter Aenderungen stattgefunden, die denselben sehr zum Vortheile gereichen. Ueberhaupt haben die Genossen den früher gegebenen Rath, ihre Aufmerksamkeit mehr der Ausgestaltung und Verbesserung der bestehenden Blätter, wie der Neugründung von solchen zuzuwenden, befolgt. Mit der größeren Aufmerksamkeit, die dem Inhalt zugewendet wurde, und der reicheren Ausgestaltung der Blätter, hat vielfach eine ganz bedeutende Steigerung des Abonnements stattgefunden, wozu die rege Agitationsthätigkeit während des Wahlkampfes natürlich auch ihr gut Theil beitrug.

Es erscheinen zur Zeit politische Blätter:

wöchentlich	6	mal	37
„	3	„	16
„	2	„	8
„	1	„	6
monatlich	1	„	1
			68

Außer diesen regelmäßig erscheinenden politischen Zeitungen werden von Agitationskomitees und Landesausschüssen verschiedener Provinzen in unregelmäßigen Zwischenräumen Agitationsblätter herausgegeben, die ihren bestimmten Namen tragen und mit fortlaufenden Nummern versehen sind. Diese werden gratis vertheilt und die Herstellungskosten aus den Kreis- oder Provinzkassen gedeckt.

Die wissenschaftliche Revue „Neue Welt", sowie die beiden Witzblätter „Der wahre Jakob" und der „Süddeutsche Postillon", sowie die illustrirten Unterhaltungsblätter „Neue Welt" und „In Freien Stunden" erscheinen in bisheriger Weise. Mit dem Steigen der Auflage der „Neuen Welt", die als Sonntagsbeilage zu den meisten Parteiblättern beigegeben wird, ist auch das Defizit für dieselbe wieder gestiegen, so daß ernsthafte Maßnahmen zu dessen Beseitigung in Aussicht genommen werden müssen. Der im Parteiverlag erscheinende „Neue Welt-Kalender" ist auch in diesem Jahre in steigender Auflage abgesetzt worden.

In hunderttausenden von Exemplaren wurden die Maifest- und die Märzjubiläums-Nummer abgesetzt und zwar dieses Mal ohne die sonst üblichen polizeilichen Scherereien.

Entsprechend der immer mehr wachsenden gewerkschaftlichen Bewegung hat sich auch die Presse dieser Organisationen im letzten Jahre entwickelt. Zwar sind neue Blätter nur vereinzelt und nur für kleine Gewerkschaften ins Leben gerufen worden, aber die bestehenden älteren Gewerkschaftsblätter haben sich, was Inhalt und Auflage betrifft, mächtig entwickelt und gestalten sich in dem Emanzipationskampfe der deutschen Arbeiterklasse zu einer immer wirksameren Waffe.

* * *

Im **Zentralorgan** haben im verflossenen Jahre keine Aenderungen in der Zusammensetzung der Redaktion stattgefunden. Die anfangs 1897 vorgenommenen Erweiterungen des Blattes durch die Unterhaltungsbeilage und die volkswirthschaftliche und literarische Rundschau haben sich zur Zufriedenheit der Parteigenossen eingelebt.

Preßkommission, Parteileitung und Redaktion haben den zum Ausdruck gebrachten Klagen, Wünschen und Anregungen nach Kräften Rechnung zu tragen gesucht. Auch in diesem Jahre gingen fast sämmtlichen Parteiblättern die Fahnenabzüge des „Vorwärts" am Abend vor dem Erscheinungstage zu. Die Parteipresse nutzt dieses Hilfsmittel erfreulicherweise gut aus.

Eine erhebliche Steigerung der Ausgaben stellte sich beim Feuilleton heraus, dieselbe findet ihre Erklärung in dem Umstande, daß bei der vorjährigen Rechnungslegung blos zwei, diesmal aber vier Quartale der Unterhaltungsbeilage in Rechnung stehen. Das Steigen des Postens Berichterstatterhonorare erklärt sich aus der durch die Wahlbewegung bedingten Steigerung der Zahl der Versammlungen, über die zu berichten war.

Trotz der Steigerung der Auflage um ca. 4000 Exemplare ist in Folge der verbesserten maschinellen Einrichtung die Druckrechnung nicht gestiegen.

Die Einnahmen aus dem Abonnement sind um 8927 M. 75 Pf. gestiegen. Bei den übrigen Einnahmeposten sind erhebliche Schwankungen nicht zu verzeichnen. Der Gesammtgewinn beträgt 53 347 M. 75 Pf., er übersteigt den des vorangegangenen Geschäftsjahres um 5137 M. 75 Pf. Die Auflage des „Vorwärts" hat sich auch nach den Wahlen auf über 52 000 Exemplare gehalten.

Die genaue Spezifikation der Einnahmen und Ausgaben folgt nachstehend:

1897/98.

	Juli-Septemb. 1897	Oktober-Dezemb. 1897	Januar-März 1898	April-Juni 1898	Summe
A. Eingänge:					
Abonnementsgelder durch die Expedition	97450 45	98353 35	100146 65	103044 75	398995 20
Abonnementsgelder durch die Post	7640 20	8372 15	8827 10	9361 40	34200 85
Inseraten-Einnahme	25838 85	40987 80	32637 65	38968 40	138432 70
Gewinn aus dem Broschürenverkauf durch die Expedition		1139 80			1139 80
Gesammt-Einnahme M.	130929 50	148853 10	141611 40	151374 55	572768 55
B. Ausgänge:					
Diverse Unkosten: (Porto f. Kreuzbänder, Gebühren für Ueberweisungen, Porto und Depeschen d. Redaktion, Telephon, Steuern, Beleuchtung, Laufburschen der Redaktion, Schreibutensilien, Geschäftsbüch., Formulare, Agitation 2c.)	5162 20	7198 45	5057 30	4367 45	21785 40
Zeitungs-Abonnement	592 25	479 40	592 15	502 90	2166 70
Berichterstatter-Honorar	6736 90	10327 75	8030 95	8024 65	33720 25
Feuilleton	1810 30	1856 15	1683 90	3105 45	8455 80
Redaktion und angestellte Mitarbeiter	13878 75	14117 55	14227 —	14233 35	56456 65
Depeschen u. Parlamentsberichte	609 80	1190 30	1185 30	1403 85	4389 25
Neue Welt	6922 60	7012 50	7066 40	7359 30	28360 80
Gehälter der Expedition	2565 —	2625 —	2590 —	3005 —	10785 —
Miethe	1215 —	1247 50	1247 50	1247 50	4957 50
Gerichtskosten u. Strafen	30 90	232 —	155 45	941 85	1360 20
Redaktionsbibliothek	714 75	46 20	26 65	513 90	1301 50
Druckrechnung	78667 70	91247 85	87669 85	88066 35	345651 75
Gesammt-Ausgabe M.	118906 15	137580 65	129562 45	135371 55	519420 80
Gewinn	12023 35	11272 45	12048 95	18003 —	53347 75
wie oben unter A. M.	130929 50	148853 10	141611 40	151374 55	572768 55

Der Gesammtüberschuß beträgt 53 347,75 M.

Berlin, den 16. September 1898.

Revidirt und für richtig befunden:

H. Meister. C. Oertel. H. Koenen. Clara Zetkin.
Aug. Kaden. Theodor Metzner. Erdm. Dubber.

* * *

Der Bericht der **Buchhandlung Vorwärts** über das Geschäftsjahr 1897/98 — von dem wir auch diesmal wie im Vorjahre Kenntniß erhielten — giebt von dem Stand des Geschäfts ein erfreuliches Bild. Der Geschäftsumsatz hat den aller früheren Jahre überholt und übertraf den des Vorjahres um 50 000 M. Diese Erscheinung ist gewiß zu einem Theile dem Umstande zuzuschreiben, daß in die Schlußperiode des Geschäftsjahres die Neuwahlen fielen, die naturgemäß das politische Leben mehr erregten und das Bedürfniß nach sozialpolitischer Literatur erhöhten, auf der anderen Seite erklärt sie sich daraus, daß mit Schaffung des Lieferungswerkes „In freien Stunden" der Kundenkreis mit regelmäßiger Bezugsweise sich erweiterte. Dieses im Vorjahre ins Leben gerufene Lieferungswerk wurde vom 1. Januar 1898 ab inhaltlich um die Hälfte erweitert, ohne daß in der Ausstattung etwas verringert worden wäre oder eine Preiserhöhung stattgefunden hätte. Auch dem auf dem letzten Parteitag ausgesprochenen Wunsch, den Parteikolporteuren einen höheren Prozentsatz am Verdienst zukommen zu lassen, wurde seitens der Buchhandlung Vorwärts entsprochen und für die Einführung dieser Romanbibliothek durch Beilegung ausführlicher Prospekte in der gesammten Partei- und Gewerkschaftspresse eine erhöhte Propaganda entfaltet, trotzdem aber — wir brauchen daraus kein Hehl zu machen — sind die von der Buchhandlung Vorwärts gehegten Erwartungen auf eine dieser Agitation und der Erweiterung des Inhalts entsprechende Erhöhung des Absatzes nicht in gewünschtem Maße in Erfüllung gegangen. Wir bedauern das umsomehr, als auf allen Parteitagen, in der Presse wie in Versammlungen, seit Jahren der Ruf nach solcher Literatur ertönte. Die in der Partei bisher von verschiedenen Seiten unternommenen Versuche, diesen Wünschen zu entsprechen, haben aber bisher sämmtlich die Unterstützung der Genossen nur in ungenügendem Maße gefunden.

(Schluß in der dritten Beilage.)

Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Schröder in Halensee. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.

Bericht des Parteivorstandes.

(Schluß aus der zweiten Beilage.)

Gewiß sind durch die Vermehrung und die bessere Ausgestaltung der Parteipresse, namentlich auch auf feuilletonistischem Gebiete, zahlreiche Wünsche befriedigt worden; andererseits liefern aber gerade die Arbeiterfrauen und die Arbeiterjugend die Hauptrekrutirungs-Gebiete für die volksvergiftende mordspatriotische und muckerische Familienblätter-Literatur, und müßten die Genossen bei ihrer Agitation gerade hierauf ihr Augenmerk richten.

Der sozialpolitischen Propaganda hat die Buchhandlung Vorwärts auch im abgelaufenen Geschäftsjahre durch Herausgabe zahlreicher neuer Agitationsschriften nach Kräften zu dienen versucht. Die „März-Zeitung" wurde in 150 000 Exemplaren abgesetzt. Liebknecht's „Zum Jubeljahr der März-Revolution 1848" in 30 000 Exemplaren, die „Mai-Zeitung" in 292 000 Exemplaren, und Thurow's „Erfolge der Achtstunden-Agitation" in 10 000 Exemplaren. Die für die Arbeiterklasse wichtigsten Reichstags-Verhandlungen wurden in zehntausenden von Abdrücken in die Massen geworfen, um über die arbeiterfeindliche Schwenkung des neuesten Kurses auf dem Gebiete der Arbeiterschutz-Politik keinen Zweifel zu lassen: zum Beispiel „Klassenpolitik und Sozialreform" fand 119 000, „Graf Posadowsky und die Koalitionsfreiheit" 50 000, „Herrenhausjunker" 6000 Abnehmer, das „Protokoll des Hamburger Parteitages" erzielte eine Auflage von 28 800 Exemplaren, Hirsch: „Prostitution und Verbrechen" eine solche von 2800 Exemplaren. Vom „Arbeiter-Notiz-Kalender", der aus dem Verlage von Wörlein u. Ko. übernommen wurde, war die 20 000 Exemplare starke Auflage schon zu Neujahr vergriffen. Calwer's Wahlbroschüre: „Wen wähle ich?" endlich wurde in 448 000 Exemplaren verbreitet und an sonstigen Flugblättern wurden 248 000 Exemplare seitens der Buchhandlung Vorwärts vertrieben. Von dem im Auftrage des Parteivorstandes herausgegebenen „Handbuch für sozialdemokratische Wähler" (5000 Auflage) wurden 3226 Exemplare an die in der Agitation thätigen Genossen gratis abgegeben. Die Sammlung sozialistischer Theaterstücke wurde um ein neues Heft vermehrt: Preczang, „Töchter der Arbeit", und das „Handbuch für Versammlungsleiter" in 5000 Exemplaren abgesetzt.

Neben diesen Neu-Erscheinungen wurden Neu-Auflagen früher erschienener Parteischriften veranstaltet; Bebel: „Christenthum und Sozialismus" (10 000), „Wahre Gestalt des Christenthums" (2000); Bracke: „Nieder mit den Sozialdemokraten" (76 000); Douai: „Wider Gottes- und Bibelglauben" (2000); Kegler: „Ziel der Sozialdemokratie" (5000); Kautsky-Schoenlank: „Grundsätze und Forderungen" (7000); Marx-Engels: „Kommunistisches Manifest" (3000).

Im ganzen wurden also seitens der Buchhandlung Vorwärts allein anderthalb Millionen sozialistische Agitationsschriften eigenen Verlages in die Massen geworfen, und fügen wir noch hinzu, daß auch in diesem Jahre aus ihrem Reingewinn der Parteikasse 19 000 Mark für Parteizwecke zur Verfügung gestellt wurden, so können wir auch nach dieser Seite das Jahresergebniß befriedigend nennen.

* * *

Kassenbericht. Einnahmen wie Ausgaben weisen gegen den vorjährigen Bericht eine Steigerung auf. Während der letztere in Einnahme und Ausgabe mit 201 839,78 M. abschloß, zeigt der diesjährige eine Einnahme von 315 866,91 M., der eine Ausgabe von 343 105,60 M. gegenübersteht. Der ungünstigste Monat war der November mit nur 7807,19 M., die besten Monate waren März und Juli mit 42 574,52 M. bezw. 42 420,85 M. an allgemeinen Einnahmen.

War schon in den Vorjahren in vielen Parteiorten die Neigung vorhanden, möglichst hohe Beträge in den örtlichen Kassen anzusammeln, so wurde dies Bestreben mit dem Herannahen der Reichstagswahl natürlich noch stärker. Es hätte deshalb eigentlich auch erwartet werden können, daß die Zentralkasse bei der Reichstagswahl weniger als früher in Anspruch genommen werden würde. Das Gegentheil war aber der Fall. Während bei der letzten Wahl im Jahre 1893 die von der Zentralkasse geleisteten Zuschüsse 133 136,48 M. betrugen, belaufen sich die Ausgaben der Zentralkasse für Wahlagitation im Berichtsjahre auf 213 217,70 M. Von dieser Summe sind bis zum Abschluß der Rechnung 4000 M. wieder in die Hauptkasse zurückgeflossen, während die Rückzahlung von weiteren kleineren Beträgen in Aussicht gestellt ist. Andererseits kommen aber auch erfahrungsgemäß noch nach Monaten Nachforderungen von einzelnen Orten, die Defizits gemacht haben, so daß sich Rückzahlungen und Nachbewilligungen die Wage zu halten pflegen. Die letzte Reichstagswahl hat demnach die Zentralkasse mit ca. 80 000 M. mehr belastet, als die Reichstagswahl im Jahre 1893. Da diese Anforderungen aus den laufenden Einnahmen des Jahres nicht bestritten werden konnten, mußte ein größerer Betrag der Reserve entnommen werden.

Bedeutend ist die Differenz zwischen der vorjährigen und der diesjährigen Preßunterstützung. Daß im Berichtsjahr 73 078,67 M. weniger für Preßunterstützung verausgabt wurden als im Vorjahre, ist auf zwei Umstände zurückzuführen. Einmal hat sich die geschäftliche Lage verschiedener bisher unterstützungsbedürftiger Parteiblätter soweit gebessert, daß sie entweder mit einem geringeren Zuschusse auskommen oder ganz aus der Reihe der subventionirten Blätter ausscheiden. Die von der Parteileitung auf grund langjähriger Erfahrung ertheilten Rathschläge sind, wenn auch nicht überall, so doch vielfach beherzigt worden. Zweitens aber fehlt in der diesjährigen Aufstellung der für die „Neue Welt" zu leistende Zuschuß, der erst in der nächsten Jahresrechnung zum Vorschein kommen und zwischen 20 000 und 25 000 M. betragen wird.

Im einzelnen vertheilen sich die Einnahmen und Ausgaben wie folgt:

Bericht über die Einnahmen und Ausgaben der Parteikasse

vom 1. September 1897 bis 31. August 1898.

A. Einnahmen.

Im Monat:	Insgesammt		Von den gesammten Einnahmen entfielen auf: Allgemeine Einnahmen		Darlehns-Konto		Zinsen		Ueberschuß des „Vorwärts"		Vermischte Einnahmen	
	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.
1897												
September	12333	41	8000	06	20	—	4313	35	—	—	—	—
Oktober	24597	78	10724	33	1840	—	—	—	12023	35	10	10
November	8527	19	7807	19	720	—	—	—	—	—	—	—
Dezember	36415	41	35465	41	800	—	150	—	—	—	—	—
1898												
Januar	29494	44	8792	37	8300	—	6128	57	11272	45	1	05
Februar	12357	69	11157	69	1200	—	—	—	—	—	—	—
März	42924	52	42574	52	200	—	150	—	—	—	—	—
April	29703	23	13354	28	4300	—	—	—	12048	95	—	—
Mai	12875	75	11245	75	1530	—	100	—	—	—	—	—
Juni	18415	55	18018	45	250	—	150	—	—	—	2	10
Juli	64927	15	42420	85	—	—	4503	30	18003	—	—	—
August	23294	79	22294	79	1000	—	—	—	—	—	—	—
	315866	91	231850	69	15160	—	15495	22[1]	53347	75	13	25

315 866,91 Mk.
Hierzu Bestand vom 31. August 1897 7 086,18 „
Der Reserve entnommen . . . . . 25 907,93 „
348 861,02 Mk.

B. Ausgaben.

Im Monat:	Insgesammt		Von den gesammten Ausgaben entfielen auf: Unterstützungen		Prozeß- und Gefängnißkosten		Allgemeine Agitation		Wahl-Agitation		Reichstagskosten		Gehälter und Verwaltungs-Ausgaben		Darlehns-Konto		Preß-Unterstützungen		Vermischte Ausgaben	
	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf	Mk.	Pf.
1897																				
September	7216	73	495	—	159	—	3267	70	—	—	—	—	1421	63	1000	—	700	—	173	40
Oktober	17514	79	802	30	749	7	7389	75	—	—	—	—	2302	5	1000	—	5170	—	101	62
November	13555	97	493	—	999	21	3186	30	1000	—	—	—	1280	96	2225	—	4220	—	151	50
Dezember	17631	98	490	—	680	98	4108	90	500	—	8000	—	1232	10	7000	—	620	—	—	—
1898																				
Januar	10131	35	415	—	200	—	2591	70	—	—	2500	—	1184	65	3000	—	220	—	20	—
Februar	12439	15	738	65	—	—	1450	50	—	—	3600	—	180	—	3000	—	3220	—	250	—
März	12806	75	523	—	90	—	3742	20	—	—	4500	—	1956	55	200	—	1760	—	35	—
April	16153	81	1742	55	709	55	3727	90	7650	—	1000	—	1173	81	—	—	—	—	150	—
Mai	107779	54	1669	25	555	40	1976	—	98073	45	2000	—	765	44	2300	—	440	—	—	—
Juni	88759	30	70	—	—	—	2040	—	82696	80	—	—	1517	50	—	—	2420	—	15	—
Juli	22667	85	941	—	499	90	715	—	18794	5	345	—	1360	90	—	—	—	—	12	—
August	16448	38	684	60	376	60	4965	20	4508	40	—	—	937	58	800	—	2385	60	1795	40
	343105	60	9064	35[1]	5019	71	39161	15	213217	70	16945	—[2]	15313	17[3]	20525	—[4]	21155	60	2703	92

343 105,60 Mk.
Kassenbestand am 31. August 1898 5 755,42 Mk.
348 861,02 Mk.

Berlin, den 15. September 1898.

Revidirt und für richtig befunden:

H. Meister. C. Oertel. Theodor Metzner. Erdm. Dubber. H. Koenen. A. Kaden. Clara Zetkin.

Bemerkungen zu A. Einnahmen:

[1]) Die diesjährigen Einnahmen aus Zinsen erscheinen aus dem Grunde besonders hoch, weil ein Posten von über 4000 M., der eigentlich unter die Einnahmen des Vorjahres gehört hätte, erst in die Rechnung dieses Jahres Aufnahme gefunden hat.

Bemerkungen zu B. Ausgaben:

[1]) Unterstützungen wurden wie üblich nur gezahlt an Parteigenossen oder an Angehörige von Parteigenossen, die wegen ihrer Parteithätigkeit gemaßregelt oder sonstwie geschädigt wurden.

[2]) Die Reichstagskosten sind gegen das Vorjahr um 10 584 M. niedriger. Das Mitglied der Fraktion, welches die Kassengeschäfte derselben führt, rechnet erst nach Schluß der Session endgiltig mit dem Kassirer ab. Aus diesem Grunde erscheint im Monat Juli für Reichstagskosten noch eine Ausgabe von 345 M.

[3]) Unter dieser Rubrik befinden sich die Ausgaben für Gehälter, Miethe, Bureauräume, Porto- und Telegrammgebühren, Druckkosten für Zirkuläre 2c., die Kosten für Kontrolle der Kasse 2c.

[4]) Während das Darlehns-Konto in Einnahme und Ausgabe sich in der Regel auszugleichen pflegt, übersteigen in diesem Jahre die Ausgaben die Einnahmen um 5365 M. Es ist dies darauf zurückzuführen, daß eine Reihe von Darlehen gegeben wurden, die naturgemäß erst später und allmälig in die Parteikasse zurückfließen. Es haben erhalten die Parteigenossen im Verbreitungsgebiet des „Volksfreundes" in Offenburg i. B. 2000 M. als Betriebskapital für die Uebernahme des „Volksfreund"; desgleichen die Parteigenossen in Braunschweig 4000 M. als Betriebskapital für den „Braunschweiger Volksfreund"; desgleichen die Parteigenossen in München 5000 M., um die eingeführte Vergrößerung der „Münchener Post" aufrecht erhalten zu können. Bisher haben erst die Münchener Genossen 1000 M. zurückgezahlt.

C. Ausgaben für die Parteipresse,

im einzelnen nachgewiesen.

„Braunschweiger Volksfreund"	Mk.	1 500,—[1])
Els.-lothr. Ausgabe der Mannheimer „Volksstimme"	„	2 540,—[2])
„Fränkische Volkstribüne"	„	1 600,—
„Königsberger Volkstribüne"	„	3 000,—[3])
„Rheinische Zeitung"	„	2 700,—[4])
„Saalfelder Blätter"	„	2 850,—[5])
„Solinger Freie Presse"	„	2 000,—[6])
„Vogtländische Volkszeitung"	„	765,60[7])
„Volksbote", Stettin	„	1 200,—[8])
„Volkswacht", Breslau	„	3 000,—[9])
	Mk.	21 155,60

Bemerkungen zu C. Ausgaben für die Parteipresse.

[1]) Was bereits im vorjährigen Protokoll bezüglich des „Braunschweiger Volksfreund" bemerkt wurde, „daß noch weitere Opfer gebracht werden müssen, ehe das Blatt sich deckt und die Folgen des jahrelangen Haders überwunden sind", ist eingetroffen. Außer den bereits an anderer Stelle gedachten 4000 M. mußten noch 1500 M. direkt gegeben werden.

[2]) Die Ausgaben für die elsaß-lothringische Ausgabe der Mannheimer „Volksstimme" halten sich auf der im vorjährigen Protokoll festgelegten Linie.

[3]) Die „Königsberger Volkstribüne" mußte weiter unterstützt werden, weil die Königsberger Parteigenossen den Wunsch hegten, ihr Organ auch während der Reichstagswahl dreimal wöchentlich erscheinen zu lassen. Für die Zukunft ist die Frage des Erscheinungsmodus der „Königsberger Volkstribüne" noch eine offene.

[4]) Die „Rheinische Zeitung" hat sich wie im Vorjahr, so auch in diesem Jahre in erfreulichster Weise weiter entwickelt. Statt des ihnen zustehenden Zuschusses von 4000 M. haben die Kölner Parteigenossen nur 2700 M. in Anspruch genommen und dabei zugleich die begründete Hoffnung ausgesprochen, daß die „Rheinische Zeitung" im nächsten Jahre nicht mehr unter den subventionirten Blättern erscheinen wird.

[5]) Auch auf den geschäftlichen Stand der in Saalfeld erscheinenden Parteiblätter hat die Wahlbewegung günstig eingewirkt, so daß für die nächste Zeit eine Verringerung des Zuschusses möglich sein wird.

[6]) Diese Ausgabe wurde infolge des bekannten Beschlusses, den der Hamburger Parteitag in der Solinger Angelegenheit gefaßt hat, nöthig, um den früheren Abgeordneten Schumacher und seine nächsten Freunde von den für die „Solinger Freie Presse" eingegangenen Verpflichtungen zu befreien. Wie von seiten Schumacher's und seiner Freunde dieses Entgegenkommen der Gesammtpartei beantwortet wurde, ist bekannt.

[7]) Die Unterstützung der „Vogtl. Volksztg." wurde nur aus dem Grunde nöthig, weil der Herausgeber, Genosse Künzel, seit Monaten schwerkrank darniederliegt, und um das Weitererscheinen des Blattes zu ermöglichen, von seiten der Partei ein Geschäftsführer gestellt werden mußte.

[8]) Dieser Zuschuß wurde nöthig infolge der Uebernahme des Stettiner „Volksboten" durch die Stettiner Genossen. Voraussichtlich wird das Blatt auch fernerhin noch Hilfe bedürfen.

[9]) Die „Breslauer Volkswacht" ist leider auch im Berichtsjahr infolge der Drangsalirungen, denen sie ausgesetzt ist, nicht ohne Zuschuß ausgekommen.

* * *

Unser Strafregister. Wie in den früheren Jahren, so hat es auch dieses Mal wieder eine reiche Ernte an Geld-, Haft- und Gefängnißstrafen für unsere Genossen abgesetzt. Je glänzender sich die Aussichten des Wahlkampfes für unsere Partei gestalteten, desto nervöser wurden unsere Gegner und desto häufiger die Denunziationen und Strafanzeigen gegen unsere Redner und Redakteure. Zahllos waren besonders die Anklagen und Strafmandate wegen Verbreitung von Wahlflugblättern. Zwar bestimmt § 43 der Gewerbe-Ordnung ausdrücklich, daß von der Zeit der Wahlausschreibung bis zur Beendigung der Wahl zur Verbreitung von Flugschriften eine polizeiliche Erlaubniß nicht nothwendig ist. Aber an solchen gesetzlichen Zwirnsfäden stößt sich ein gut Theil unserer Polizei nicht im geringsten. Immer und immer wieder fanden Sistirungen der Flugblattvertheiler und Beschlagnahmungen der Blätter statt. Wenn die Gerichte denn später auch freisprechen müssen, so war doch die sonst gesetzlich frei gegebene Agitation gestört, ungerechnet die Schererei und Kosten, die jede Gerichtsverhandlung im Gefolge hat, auch wenn sie mit einer Freisprechung endet. Aber nicht überall haben die Prozesse mit Freisprechung geendet. Unverständliche Bestimmungen über die Sonntagsheiligung oder der — grobe Unfug-Paragraph haben dazu herhalten müssen, das, was der Gesetzgeber ausdrücklich als straffrei sichern wollte, das Austheilen von Wahlflugblättern zur Wahlzeit — doch unter Strafe zu stellen.

Ungemein zahlreich waren die Strafverfolgungen auch im letzten Jahre und wurden unerhört hohe Strafen erkannt wegen Vergehen gegen den § 153 der Gewerbe-Ordnung. Aeußerungen, die im gewöhnlichen Verkehr unter den Arbeitern gang und gäbe sind und niemand als verfänglich betrachtet, wurden vom Richter als „Bedrohungen" aufgefaßt und mit wochen- und monatelangem Gefängniß bestraft. Daß diese Judikatur ganz im Sinne und Geiste gewisser unter dem Einflusse der großindustriellen Unternehmer-Vereinigungen stehenden, maßgebenden Kreise gelegen ist, ist zweifellos, die gesetzlich gewährleistete Koalitionsfreiheit der Arbeiter aber muß darunter auf das schwerste leiden.

Es sind nach unseren Aufstellungen im letzten Jahre Strafen erkannt worden:

Monat	Gefängnißstrafen: Jahre	Monate	Wochen	Tage	Geldbuße: Mark
September	8	10	1	2	2 130
Oktober	4	5	2	3	1 861
November	4	2	4	—	2 468
Dezember	1	8	3	6	737
Januar	1	10	2	5	1 464
Februar	2	8	—	—	1 066
März	5	—	2	3	1 194
April	5	1	1	1	305
Mai	7	1	3	5	2 825
Juni	5	10	3	5	850
Juli	4	11	—	5	2 918
August	2	11	3	5	2 135
Zusammen	54	7	1	3	19 948

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, den 20. Septbr.:

Opernhaus. Undine. Anf. 7½ Uhr.
Schauspielhaus. Der Kaufmann von Venedig. Anfang 7½ Uhr.
Deutsches. Johannes. Anf. 7½ Uhr.
Lessing. Im weißen Rößl. Anfang 7½ Uhr.
Berliner. Othello. Anf. 7½ Uhr.
Neues. Tartuffe. Anfang 7½ Uhr.
Westen. Die Hugenotten. Anfang 7½ Uhr.
Residenz. Frühlingswende. Hierauf: Eifersucht. Anfang 7½ Uhr.
Metropol. Das Paradies der Frauen. Anfang 7½ Uhr.
Schiller. Die Haubenlerche. Anfang 8 Uhr.
Central. Die Geisha. Anf. 7½ Uhr.
Belle-Alliance. Ueber Land und Meer. Anfang 8 Uhr.
Ostend. Schluntz sel. Wwe. Anfang 8 Uhr.
Luisen. Seine Puppe. Anf. 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Leopoldi Fregoli (Verwandlungskünstler). Camaleonte. Eldorado. Zum Schluß: Fregoligraph. Anfang 8 Uhr.
Alexanderplatz. Die beiden Waisen. Anfang 8 Uhr.
Urania. Taubenstraße 48—49. Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: Wissenschaftliches Theater.
Invalidenstraße 57/62. Täglich abends von 5—10 Uhr: Sternwarte, Operntelephon.
Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7½ Uhr.
Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7 Uhr.
Passage-Panopticum. Spezialitäten-Vorstellung.

Schiller-Theater

(Wallner-Theater).

Dienstag:

Die Haubenlerche.

Schauspiel in 4 Akten von Ernst v. Wildenbruch.

Mittwoch:

Die Haubenlerche.

Donnerstag:

Die Haubenlerche.

Central-Theater

Direktion: José Ferenczy.

Die Geisha

oder: **Eine japanische Theehaus-Geschichte.**

Operette in 3 Akten von Owen Hall. Musik von Sidney Jones. Deutsch von E. M. Röhr und Julius Freund. In Szene gesetzt von J. Ferenczy. Dirig. Hr. Kapellmstr. C. Goldmann. Kassenöffnung ½7 Uhr, Anf. ½8 Uhr.

Morgen und folgende Tage: **Die Geisha.**

Thalia-Theater.

Dresdenerstr. 72/73.

Dienstag, den 20. September: Erstes Auftreten des Fräulein Willy Sandrock vom Hofburgtheater in Wien, des Frl. Grete Bräunig vom Hoftheater in Cassel, des Frl. Claire Geschinsky vom Stadttheater in Stettin, und der Herren George Kaiser und George Worlitzsch. Gastspiel des Herrn Fritz Helmerding v. Metropol-Theater in Berlin.

Novität! Z. 1. Male: **Novität!**

Unser lustiges Berlin.

Große Gesangsposse in 5 Bildern von E. Sondermann u. Ch. Bischoff. Couplets von Alfred Bender. Musik von Curt Goldmann.

Anfang 7½ Uhr. [975b

Luisen-Theater

34. Reichenbergerstraße 34.

Abends 8 Uhr:

Zum **25.** Male:

Seine Puppe.

Vollsstück mit Gesang in 3 Akten von Max Schönau. Musik von Fritz Krause.

Hierauf:

Der phänomenale Verwandlungskünstler Arpád Angeloti

in seiner Tragikomödie: **Entdeckt!**

Zum Schluß: **Sinfonia Cosmopolita.**

Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Ostend-Carl Weiß-Theater.

Gr. Frankfurterstr. 132.

Novität! Zum 14. Male: Novität!

Schluntz sel. Wwe.

Gesangsburleske in 3 Akten von O. Haneld, bearbeitet v. J. Dill. Musik von G. Steffens.

Anfang 8 Uhr.

Vorzugsbillets haben Giltigkeit.

Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Sonntag, nachm. 3 Uhr: **Preciosa.**

Mähr's Theater

Oranienstr. 24.

Täglich

Große Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.

Berliner Wäscher-Mädchen.

Anfang an den Wochentagen 8 Uhr. Sonntags 6 Uhr.

Bons haben Giltigkeit.

Urania

Taubenstr. 48/49.

Täglich:

Die Urzeit des Menschen.

Invalidenstr. 57/62:

Sternwarte.

Nachmittags täglich 5—10 Uhr.

Passage-Panopticum.

Geöffnet von 9 Uhr früh bis 10 Uhr abends.

Im Theatersaal von 6 Uhr ab:

Théâtre-Variété.

Ohne Extra-Entrée.

Neues September-Programm.

Castan's Panopticum.

Major Grai

Neu!! Walsin-Esterhazy.

Neu!! Lebende Bilder

dargestellt von

6 jungen schönen Damen.

Metropol-Theater.

Behrenstr. 55—57.

Novität. Novität.

Das Paradies der Frauen.

Gr. Ausstattungsposse mit Gesang u. Tanz in 6 Bildern nach Blum u. Toché's „Madame Satan" von Jul. Freund. Musik von Jul. Einödshofer u. Bertr. Sänger. In Szene gesetzt vom Dir. Richard Schultz.

Apollo-Theater.

Friedrichstr. 118.

Otto Reutter

Consuelo Tortajada

Les Minstrels Parisiens

und 15 hervorragende Debuts.

Kassenöffnung 6½ Uhr, Anfang der Vorstellung 7½ Uhr.

Reichshallen.

(Im großen Theatersaal)

Täglich:

Stettiner Sänger

(Meysel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Röhl, Schneider und Schrader).

Anfang der Soiree 8 Uhr; vorher: **Konzert.** Entree 50 Pf., Vorverkauf 40 Pf., Num. Balkon 75 Pf., Balkon-Loge 1 M., Orchester-Loge und Fremden-Loge 1,50 u. 2 M. Tageskasse v. 11—1 Uhr.

Reichshallen-Restaurant

Mittags u. abends **Konzert** des schon so beliebt. **Reichshallen-Orchesters.** (Dirig. Kapellmeister Schmidt).

Grosser Mittagstisch.

Couvert, Kinder-Couvert u. à la carte. Schultheiß-Märzen ½ 15 Pf., Löwenbräu ½ Ltr. 30 Pf., Pilsener (Camphausen) ½ Ltr. 30 Pf.

Feen-Palast-Theater

Burgstr. 22. Burgstr. 22.

Direktion: Winkler und Fröbel.

Neu! Neu!

Fred Edlawi.

Erster deutscher Original-Blitz-Verwandlungs-Schauspieler mit seiner Sensationskomödie

Eine Minute zu spät.

Sechs Personen dargestellt von Edlawi.

Neu! Nuscha Melitta, Neu! Sport-Soubrette in ihrem eleganten **Pony-Gespann.** Neu! **Ballenl,** Kaleidoskoptänzerin. — Ferner: Carola Carla, Prima-Ballerina. — Helene Voss. — Max u. Ernst Wardini. — Molly Verch. — Barsikow Truppe. — Welser Trio. — Carré und Banola.

Anfang 7½, Sonntags 6 Uhr.

Entree 50 Pfg.

Prater-Theater,

Kastanien-Allee 7/9.

Robert und Bertram.

Posse mit Gesang in 3 Abtheilungen von Räder.

Klown **Tanti** mit seinen dressirten Hunden. The 3 Forleys, chinesische Excentrics. Gebr. Milardo, Groteske-Duettisten. Elly Viola, Kostümsoubr. Jan and Jim, Knockeouts. Morleys, Fata Morgana.

Konzert u. Ball.

Anfang 4 Uhr.

Eintritt 30 Pf., num. Platz 50 Pf.

Kalbo.

W. Noack's Theater

Brunnenstr. 16.

Goldener Boden.

Original-Posse mit Gesang u. Tanz in 4 Akten von Ely und Wegel. Musik von F. Brandt.

Jeden **Sonntag, Dienstag** und **Donnerstag** nach der Vorstellung:

Tanzkränzchen.

Alcazar-Theater

Dresdenerstr. 52/53. City-Passage.

Direktion: **Richard Winkler.**

Novität! Täglich: Novität!

Die Kiebitze.

Große Ausstattungsposse mit Gesang und Tanz.

Neu! Neu! Neu!

Schach und Matt.

Lustspiel in 1 Akt von Carlos Duchow.

Gesammtauftreten des durchweg neuengagirten **Künstler- und Spezialitäten-Personals.**

Anfang: Wochent. 7½ Uhr. Sonntags 6 Uhr.

Entree 30 Pf. Res. Platz 50 Pf. Vorzugsbillets haben Giltigkeit.

Concerthaus.

Leipzigerstr. No. 48

Täglich:

Hoffmann's Quartett,

Humoristen- und Schauspiel-Ensemble.

Zum Schluß:

Der liebe Onkel.

Lustspiel in 4 Akten von Rudolf Kneisel.

Anf. Sonntags 7, Wochentags 8 Uhr.

Berliner Sänger

u. Theater-Ensemble **Tyll Eulenspiegel.** Direktion: Oskar Klein — Gustav Oberg. 10 Damen, 12 Herren, groß. Orchester.

Jeden Montag u. Freitag in der

Viktoria-Brauerei.

Jeden Dienstag in der

Actien-Brauerei Friedrichshain

früher Lipps. **Am Königsthor.**

— Humor auf Humor. —

Beginn 7½ Uhr, Billet 75 und 50 Pf., Vorverkauf 40 Pf.

Olympia-Theater

(Circus Renz) Karlstrasse.

Eröffnungs-Vorstellung

Donnerstag, 22. Septbr.

Mene Tekel

Sylvester-Phantasie m. Gesang u. gr. Ballets in 3 Akt. (12 Bild.) Anf. ausnahmsweise 7½ Uhr.

Die Kasse ist für den Vorverkauf täglich v. 11 Uhr vorm. ununterbrochen geöffnet.

Circus G. Deike

Nollendorfplatz 5.

Der erste und eleganteste reisende Circus Europas.

130 Personen, 45 Pferde.

Eigene elektrische Beleuchtung.

Heute u. folgende Tage:

Gr. Vorstellung

mit stets wechselndem Programm.

Sonnabends, Sonntags wie Mittwochs **je 2 große Vorstellungen,** nachm. 4 Uhr u. abends 8 Uhr.

Cohn's Festsäle,

Benthstr. 19—22.

Säle von 100—1000 Personen fassend, für Versammlungen u. Vergnügungen. September noch zwei Sonnabende frei. Oktober einige Sonntage.

Zum Ausschank gelangt **Schultheiß Märzen** und **Versandt.** 5759[illegible]*

Neue freie Volksbühne.

Sonntag, den 25. September, nachmittags 2½ Uhr: Extra-Vorstellung im Schiller-Theater:

Am Tage des Gerichts.

Volksschauspiel in 4 Aufzügen von P. K. Rosegger.

Zu diesen Extra-Vorstellungen haben auch Nichtmitglieder Zutritt. — Eintrittskarten à 75 Pf. inkl. Garderobe sind in allen Zahlstellen, sowie bei H. Kaufhold, Melchiorstr. 3, I., und auch beim unterzeichneten Kassirer **bis Sonnabend Abend** zu haben. 150/16

NB. Im **Lessing-Theater** Sonntag, den 23. Oktober: **Extra-Vorstellung.**

Im Auftrage des Vorstandes: **Ad. Löhr,** Kassirer, Ackerstr. 40.

Max Kliem's Sommer-Theater,

Hasenhaide 14/15. — Artistischer Leiter: **Paul Milbitz.**

Täglich:

Theater- und Spezialitäten-Vorstellung

Neues Programm:

Wienecke's Zwerg-Theater. Mackwell, Froschmensch. **Benedetti,** Imitator. **Edler von Metz,** Transformationskünstler. **Bertoletti,** Jongleuse. **Max Grabow,** Komiker. **Elsa Rotti,** Chansonnette. **„Das Täubchen von Quedlinburg",** Volksstück mit Gesang.

In den Festsälen:

Grosser Ball.

Die Kaffeküche ist geöffnet.

Max Kliem.

AUSSTELLUNG am KURFÜRSTENDAMM.

Nur noch kurze Zeit!

CARL HAGENBECK's **INDIEN.**

Schaustellungen in der gedeckten Arena:

Wochentags 5 u. 7 Uhr, Sonntags 3, 5 u. 7 Uhr.

Vorstellungen im „Indischen Theater" ab 4 Uhr.

Ab 4 Uhr nachmittags: **Gr. Militär-Doppel-Konzert.**

Entree 50 Pf., Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Zähne 2 M. 10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzloses Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Theilzahl. wöchentl. 1 M. Sprechst. 9-6. Zahnarzt **Wolf,** Leipzigerstr. 22. *

Oranien-Hallen

Am Moritzplatz. Oranienstr. 51. Am Moritzplatz.

Inhaber: **Hermann Scholze** 56503*

empfiehlt seine Säle den Vereinen zu Versammlungen und Festlichkeiten.

Im unteren Saal täglich: **Frei-Konzert.**

Karol Weil's Seifenextrakt

verleiht

der Wäsche einen angenehmen und lieblichen Geruch.

Lungenkrankheiten

(chronische Katarrhe und Lungenschwindsucht)

heilbar

durch das vorzüglich wirkende und *gänzlich unschädliche*

„Glandulēn"

Hergestellt aus Bronchialdrüsen. (Gesetzlich geschützt. D. R.-P. 95 193.)

Rationellste und wirksamste aller bisherigen Behandlungsweisen, denn es ist derjenige Stoff, womit die Natur im Körper selbst die Lungenerkrankungen heilt. Hunderte von geheilten Kranken und Aerzten bestätigen die ausgezeichneten Heilerfolge.

Jede Tablette von 0,25 Gr. entspricht 0,25 Gr. Drüsensubstanz, Geschmackszusatz Milchzucker. Erhältlich in Apotheken à M. 4,50 für 100 Tabl. auch direkt aus der **chem. Fabrik Dr. Hofmann Nachf., Meerane i. Sa.,** welche auf Wunsch ausführliche Broschüre und Krankenberichte gratis sendet. (VIII 94.)

Gr. Möbelverkauf,

passende Gelegenheit für Brautleute, Gneisenaustr. 15, Möbel-Ausstattungsmagazin, sollen viele Wohnungs-Einrichtungen, verliehen gewesene und neue Möbel zu sehr mäßigen Preisen verkauft werden. Durch große Gelegenheits-Einkäufe zu billigen Preisen ist es mir möglich, schon Einrichtungen für 100 bis 300 Mark zu liefern, ferner herrschaftliche Einrichtungen von 500 bis 3000 Mark. Theilzahlung gestattet. Beamten ohne Anzahlung. Besonders billig sind die an Herrschaften kurze Zeit verliehen gewesenen und zurückgesetzten Möbel, Kleiderspind 20, Küchenspind, Kommoden 15, Bettstelle mit Matratze 20, nußbaumfournirte Kleiderspinden und Wäschespinden 36 Mark, Muschelspinden und Vertikow 36, französische Muschelbettstellen mit Matratzen 40, Säulen-Kleiderspinden, Trumeaux, Plüschgarnitur 60 Mark. Buffets, Kouliffentische, Paneelsofas, Damen-, Herrenschreibtische. Gekaufte Möbel werden unentgeltlich 3 Monate aufbewahrt, durch eigene Gespanne transportirt. 51969*

Dr. med. Schaper,

prakt. homöopath. Arzt u. Spezialarzt f. **Haut-, Harn-, Geschlechtsleiden. Frauenkrankheiten.** Spr. 9-1, 4-8.

Schöneberger Ufer 25.

Homöopath. Poliklinik:

Montag, Mittwoch, Sonnab. Nh. 7-8.

Große Hamburgerstr. 20, I.

Sophastoffe

auch **Reste**

in **Rips, Damast, Crêpe, Phantasie, Gobelin und Plüsch spottbillig!** [49719*

Proben franko!

Läuferstoffe in allen Qualitäten zu Fabrikpreisen.

Emil Lefèvre, Berlin S., Oranienstr. Nr. 158.

Wichtig für Brautleute!

Möbel, Spiegel, Polsterwaaren verkaufe wegen Ersparniß der Ladenmiethe bedeutend billiger. Eig. Werkstelle i. Hause. Tischlermeister,

Bukow, Invaliden-Straße 13.

Fahrräder.

Stets großes Lager erstklass. Fabrikate auf 58049*

Theilzahlung

ohne Preiserhöhung zu den kulantesten Zahlungsbedingungen.

Herren- u. Damen-Räder v. 150 M. an.

Adomeit & Landau,

Lothringerstraße 48 I,

dicht am Rosenthaler Thor.

Kohlengeschäft mit guter Fahrkundschaft verkäuflich Adalbertstr. 70

Direct von Aachen!!

weltberühmt durch **prämiirte erstklassige** Tuche, liefern wir zu **bekannt** bill. Preisen

Herren-Anzug- und Paletotstoffe vom **einfachsten** bis **elegantesten.**

Tausende Anerkennungsschreiben!

Grosse Musterauswahl **franco** an Jedermann. Keine **Kaufverpflichtung.**

Monopol-Cheviot uns **berühmte** Specialität, schwarz, blau, braun, **3** mtr. zum soliden, gediegenen Anzug, für **Mk. 12.**

Garantie für reine Wolle und echte Farbe. Die durch unsere Bücher bewiesene Zahl von **30 000** Kunden bestätigen unsere hervorragende Leistungsfähigkeit.

Wilkes & Cie., Tuchindustrie, Aachen No. 78.

Englischen Unterricht (auch deutschen) für Anfänger und Fortgeschrittene ertheilt **G. Liebknecht,** Kantstr. 160.

Volks-Theater im Welt-Restaurant

Dresdener-Straße 97.

Täglich: **Theater- und Spezialitäten-Vorstellung**

Neu! **Novität!** Neu!

Unser Junge.

Posse mit Gesang v. E. Braune.

Anfang: Wochentags 8 Uhr. Sonntags 6 Uhr.

Entree: Wochentags 20 Pfennig. Sonntags 40 Pfennig.

Die Direktion: Aug. Kolig.

Wedding-Park

Müller-Strasse 178.

Jeden Dienstag: Jeden Sonntag:

Norddeutsche Sänger

Biegler, Wolff, Hohenberg etc.

Entree 20 Pf., Vorzugsbillets 15 Pf.

Achtung! Achtung!

Feldschlößchen,

Müllerstraße 142. [97309*

Jeden **Mittwoch: Großes Kinderfest** mit Verlosung.

Altes Schützenhaus,

Linienstrasse 5,

empfiehlt seine **„neuen"** Säle.

Buss' Ball-Salon,

Gr. Frankfurterstr. 85.

empfiehlt seine **Säle** zu Versammlungen und **Vergnügungen.**

Oktober und November sind noch einige Sonnabende frei.

Flora-Säle

1000 Pers. faß. Elektr. Beleuchtung. Besitzer: Lornh. Nieft, Weberstr. 17.

Sonnabende Septemb. bis Dezember gratis zu vergeben. [*

Möbel

verliehen gewesene und neue, staunend **billig. Theilzahlung** gestattet. Beamten ohne Anzahlung. 58866*

Neue Königstraße 59.

Wegen Räumung.

Gardinen und [56399*

Stores,

crême und weiss, fabelhaft billig.

Gardinen-Lager

J. Adler, Teppichhaus

Spandauerstrasse 30,

gegenüber dem Rathhause.

Möbel auf Theilzahlung

Gr. Frankfurterstr. 34

S. Lichtenthal

Ausstattungs-Magazin, altes renom. Geschäft, besteht schon über 20 Jahre.

„Hülfe"

für jedermann in Krankheitsfällen durch baare Geldunterstützung für äußerst billige Monatsbeiträge erhält man bei der Krankenkasse **„Hülfe", Berlin SO., Skalitzerstr. 82, I,** am Schlesischen Thor.

Agenten allerorts gesucht. 6525

Arbeitsanzüge W. Pahr **Brunnenstr. 112.**

Arbeitsmarkt.

Achtung! Achtung!

Brauerei-Arbeiter

Berlins u. Umgegend.

Den Mitgliedern zur Kenntniß, daß Kollegen, welche arbeitslos sind, sich umgehend im Arbeitsnachweis,

Blumenstraße 38

bei **Scheere** zu melden haben.

Auch Nichtmitglieder werden unentgeltlich in Arbeit geschickt. [41/8

Der Vorstand der Brauerei-Arbeiter.

Acquisiteure

werden von einer alten

Feuer-Versicherung

gegen hohes Gehalt angestellt.

Offerten unter **W. 200** postlagernd **Bochum 1. W.**

Nebenverdienst

von 6 bis 8 Mark können Arbeiter, die in größeren Betrieben beschäftigt sind, wöchentlich verdienen. Zu erfragen Müllerstr. 174 I bei **Jacobi,** abends 6 bis 8 Uhr. 59815*

Bautischler verlangt Duncker-straße 74.

Klaviaturmacher

auf Brummkasten für Harmonikas sofort gesucht. Deutsche Musikwerke, Fehrbellinerstr. 45, Berlin.

Zwei tüchtige [72/10

Besteckarbeiter

für sofort nach Braunschweig. Arbeitsnachweis, Holzmarktstr. 8.

Lehrmädchen, 12 Mark Vergütigung monatlich, sucht Blumenfabrik Lewin u. Neufeld, Ritterstr. 45.

Verantwortlicher Redakteur: **Wilhelm Schröder** in Halensee. Für den Inseratentheil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin.